



09

2008

Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:


Kommunalwahlen

Bevölkerungsvorausberechnung

Außenhandel mit Wein



Statistik nutzen



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Hans Ulrich Weidenfeller

Die repräsentative Wahlstatistik der Bundes- bzw. der Landtagswahlen verdeutlicht, dass vor allem junge Wählerinnen und Wähler sich der Wahlteilnahme enthalten. Vor diesem Hintergrund hat die Landeswahlleitung Rheinland-Pfalz zusammen mit dem Peter-Joerres-Gymnasium Ahrweiler und dem Landesmusikgymnasium Rheinland-Pfalz in Montabaur einen Flyer und Plakate entworfen. Sie sollen insbesondere die jüngeren Wähler ansprechen und zur Wahlteilnahme auffordern.

A u t o r e n f o t o s: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e n : Faltblätter Kommunalwahl, Bauen und Wohnen

Inhalt

kurz + aktuell	651
Industrie ■ Einzelhandel ■ Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Ehen Bildung ■ Gesundheit ■ Verkehr ■ Finanzen ■ Preise	
Kommunalwahlen 2004 – Auswertung des Wählerverhaltens	663
Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis 2020	670
Außenhandel mit Wein – USA wichtigstes Abnehmerland, Italien bedeutendstes Herkunftsland	680
Daten zur Konjunktur	686
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	711
Neuerscheinungen	721

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2008

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Auslandsnachfrage schwächt

Industrie erhält im Juni weniger Aufträge

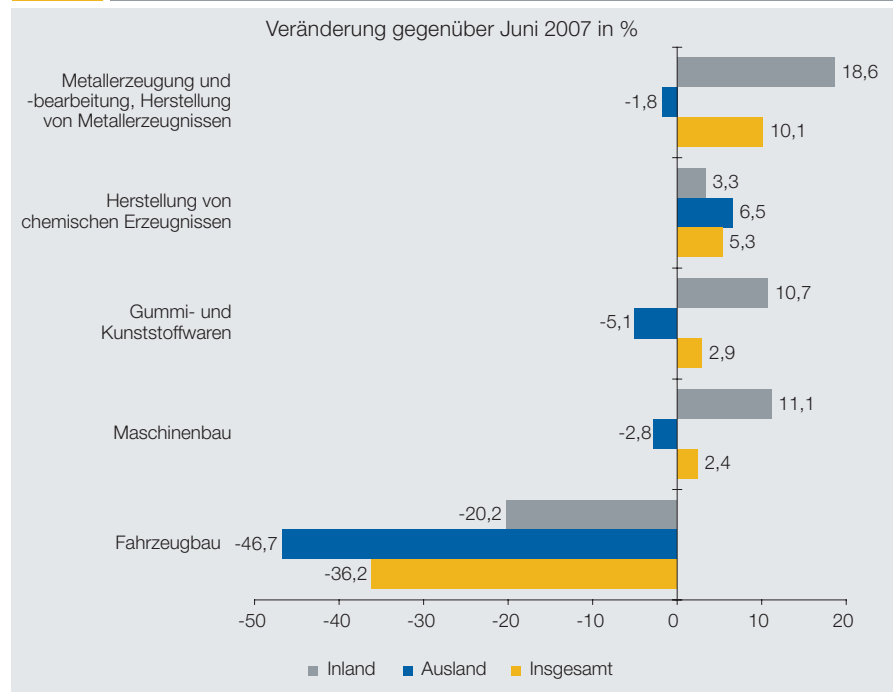
Die deutlich gesunkene Nachfrage aus dem Ausland hat im Juni zu einem fühlbaren Rückgang der Auftragseingänge in der rheinland-pfälzischen Industrie geführt. Das Ordervolumen lag preisbereinigt um 3% niedriger als im Juni 2007. Die Bestellfähigkeit aus dem Ausland blieb um 9,2% unter dem Vorjahreswert; aus dem Inland kamen hingegen mehr Bestellungen (+4,1%). Bundesweit war das Gesamtordervolumen um 6,1% geringer als im Juni vergangenen Jahres (Ausland: -11,9%; Inland: +0,8%).

Über mehr als drei Jahre waren die Auftragseingänge der rheinland-pfälzischen Industrie fast durchweg gestiegen. Die Rückgänge in diesem Jahr – bereits im März und im Mai hatte es ein Minus gegeben – müssen auch vor dem Hintergrund des hohen Vorjahresniveaus gesehen werden.

Maßgeblich bestimmt wird das rheinland-pfälzische Ergebnis vom Fahrzeugbau, dessen Auftragseingänge bereits seit Februar unter denen des jeweiligen Vorjahresmonats liegen. Die Branche zehrt derzeit jedoch noch von den sehr hohen Auftrags-eingängen früherer Monate; die Auftragsbestände bewirken eine gute Auslastung, die sich in nach wie vor hohen Produktionszahlen und stark wachsenden Auslandsumsätzen niederschlägt.

Die Auftragseingänge der Metallindustrie wiesen im Juni 2008 im

Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe im Juni 2008 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Branchenvergleich die günstigste Entwicklung auf; ein kräftiges Plus bei den Inlandsaufträgen machte hier ein leichtes Minus bei den Bestellungen aus dem Ausland wett. Ähnlich verlief die Entwicklung im Maschinenbau und bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren: Die Aufträge aus dem Ausland waren rückläufig, das Minus konnte jedoch durch eine stärkere Nachfrage aus dem Inland kompensiert werden. Die chemische Industrie bekam sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland mehr Aufträge als im Juni 2007.

Industrie stellte 2007 Waren im Wert von 66 Mrd. Euro her

Zweites Jahr in Folge mit starkem Zuwachs

Die rheinland-pfälzische Industrie hat im Jahr 2007 Waren im Rekordwert

von knapp 66 Mrd. Euro hergestellt. Das waren 9,7% mehr als im Jahr zuvor (Deutschland: +7,5%). Im Jahr 2006 war die rheinland-pfälzische Industrieproduktion bereits um 10% gestiegen.

Starke Impulse gingen von den Vorleistungsgüterproduzenten in der chemischen Industrie, der Metallindustrie und im Papiergewerbe sowie von den Investitionsgüterproduzenten im Maschinenbau und im Fahrzeugbau aus. Mehr als die Hälfte (53,5%) des gesamten Güterausstoßes der heimischen Industrie entfiel auf die drei für Rheinland-Pfalz wichtigsten Branchen: die chemische Industrie, den Fahrzeugbau und den Maschinenbau. Die chemische Industrie als größter Vorleistungsgüterproduzent stellte Waren im Wert von 16,7 Mrd. Euro her, das war genau

ein Viertel der rheinland-pfälzischen Gesamtproduktion. Zum bundesweiten Branchenergebnis trugen die rheinland-pfälzischen Chemieunternehmen 12,9% bei.

Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit einem Produktionswert von 11,4 Mrd. Euro (17,3% der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion) hatten am deutschen Branchenergebnis einen Anteil von 4,5%. Der Maschinenbau als größter Investitionsgüterproduzent stellte Waren im Wert von 7,2 Mrd. Euro her und erzielte damit einen Anteil von 10,9% an der rheinland-pfälzischen Gesamtproduktion bzw. von 3,9% am deutschen Branchenergebnis.

Industrie erzielte im ersten Halbjahr 7% mehr Umsatz

9 200 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen

Mehr Umsatz und ein Plus bei den Beschäftigten kennzeichneten die Lage der rheinland-pfälzischen Industrie im ersten Halbjahr 2008. Die Industriebetriebe setzten von Januar bis Juni 40,3 Mrd. Euro um, das waren 7% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutschland: +6,9%). Die Zahl der Beschäftigten lag im Juni bei knapp 254 400 und damit um 9 200 höher als ein Jahr zuvor (+3,7%; Deutschland: +2,6%).

Die Umsatzzuwächse im ersten Halbjahr resultieren gleichermaßen

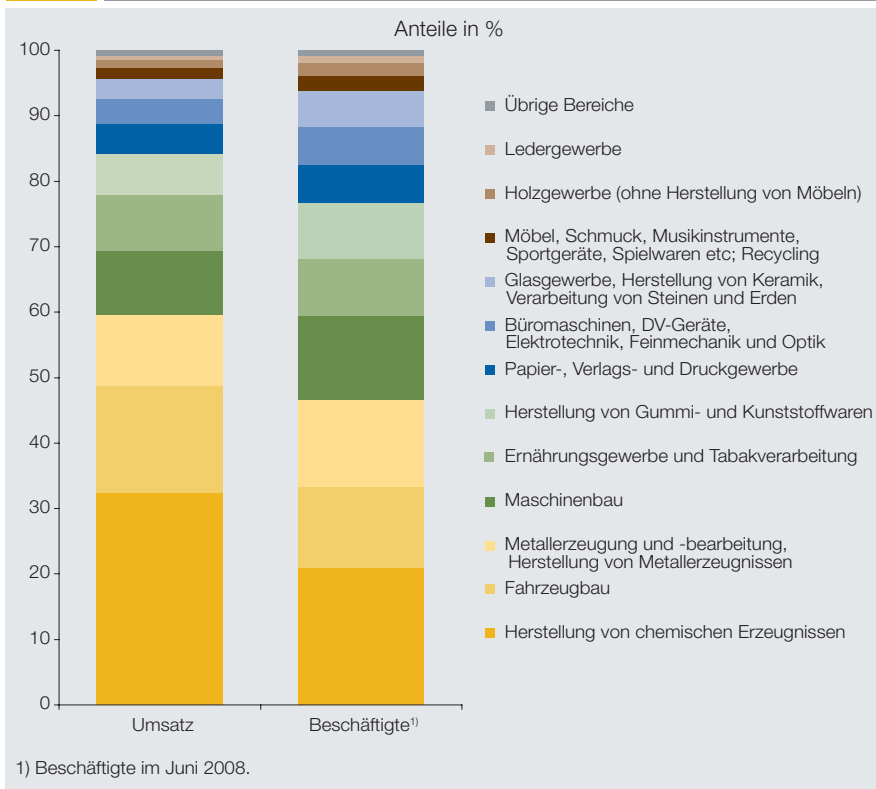
aus dem Inlandsabsatz (+7%) wie aus Geschäften mit dem Ausland (+6,9%). Die Exportquote lag bei 50,7%, das heißt, mehr als die Hälfte des Umsatzes stammte aus Geschäften mit ausländischen Abnehmern. Im ersten Halbjahr 2008 wiesen neben Rheinland-Pfalz noch die Bundesländer Bremen (52,2%), Baden-Württemberg (51%), Bayern und Hessen (jeweils 50%) Exportquoten von über 50% auf (Deutschland: 45,2%).

Das deutliche Umsatzplus wurde von fast allen Branchen getragen und führte in den meisten Wirtschaftszweigen auch zu mehr Beschäftigung. Einen vergleichsweise hohen Umsatz- und Beschäftigtenanstieg verzeichnete der Wirtschaftszweig

Umsätze in der Industrie von Januar bis Juni 2008 sowie Beschäftigte im Juni 2008 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Umsatz						Beschäftigte	
	insgesamt	Inland	Ausland	insgesamt	Inland	Ausland		
	Januar bis Juni 2008			Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum			Juni 2008	Veränderung gegenüber Juni 2007
	1 000 EUR			%			Anzahl	%
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	13 016 836	4 726 709	8 290 127	5,3	7,6	4,1	53 114	0,7
Fahrzeugbau	6 653 695	2 809 352	3 844 343	10,7	0,6	19,5	31 569	8,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	4 314 898	2 479 041	1 835 857	6,9	11,3	1,5	33 464	5,7
Maschinenbau	3 963 608	1 398 615	2 564 993	7,0	10,6	5,1	33 003	7,5
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	3 425 985	2 756 737	669 247	6,6	2,4	28,4	21 963	-1,9
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 502 698	1 353 450	1 149 247	6,7	15,0	-1,7	21 555	7,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	1 878 797	1 389 271	489 527	7,8	10,2	1,6	15 010	1,7
Büromaschinen, DV-Geräte, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	1 505 195	1 032 568	472 627	10,3	9,4	12,4	14 513	1,9
Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 264 723	747 408	477 315	1,8	4,4	-2,3	13 994	1,9
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren etc; Recycling	655 496	372 357	283 139	19,3	12,9	28,9	6 038	15,5
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	537 446	414 185	123 261	-0,4	7,6	-20,4	4 914	-7,6
Ledergewerbe	231 064	140 354	90 710	-3,1	-2,6	-3,8	2 611	-1,4
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	40 299 735	19 875 079	20 424 656	7,0	7,0	6,9	254 374	3,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	20 485	.	.	22,7	.	.	349	17,9
Verarbeitendes Gewerbe	40 279 250	.	.	7,0	.	.	254 025	3,7

Sektorale Strukturen des Verarbeitenden Gewerbes im 1. Halbjahr 2008



„Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten und Spielwaren; Recycling“. Auch im Fahrzeugbau lagen der Umsatz und der Beschäftigungszuwachs über dem Durchschnitt.

In der chemischen Industrie, der umsatzstärksten Branche in Rheinland-Pfalz, konnte der Umsatz um 5,3% auf gut 13 Mrd. Euro gesteigert werden. Die Aufwärtsentwicklung wurde dort vom Inlands- wie vom Auslandsgeschäft getragen. Zuwächse von 10,7% im Fahrzeugbau gehen vornehmlich auf die ausländische Kundschaft zurück. Metallindustrie und Maschinenbau profitierten vor allem von Geschäften mit inländischen Partnern.

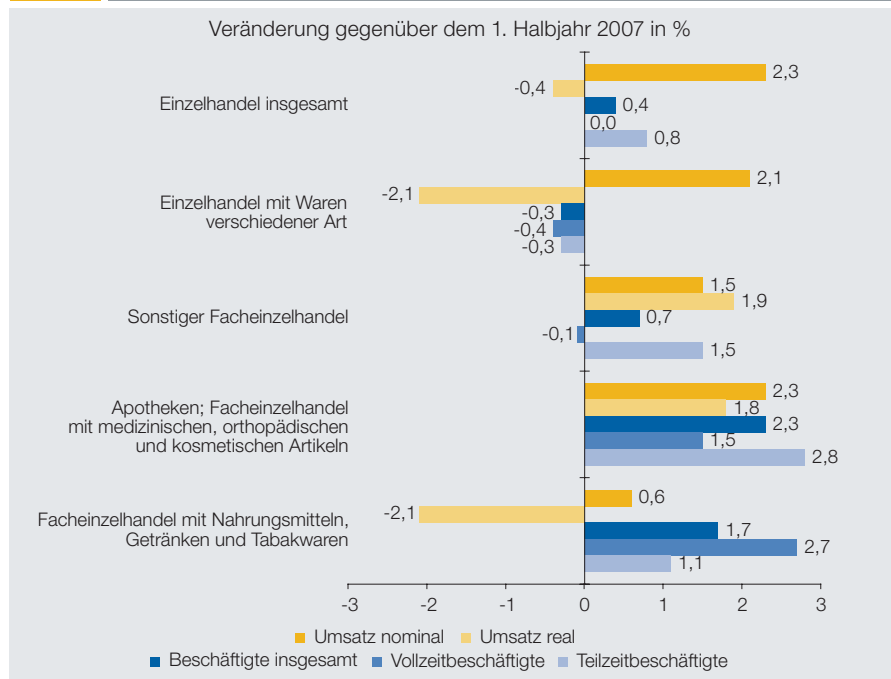
Im Juni 2008, der einen Arbeitstag mehr aufwies als der Juni 2007, wurden Umsätze in Höhe von knapp 7,1 Mrd. Euro erzielt; das waren 8,3% mehr als ein Jahr zuvor.

Die Daten stammen aus dem Monatsbericht für Betriebe im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, zu dem die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten regelmäßig melden. Befragt werden rund 1 060 Betriebe.

Einzelhandel im ersten Halbjahr mit realem Umsatzrückgang

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel hat im ersten Halbjahr 2008 real weniger Umsatz erwirtschaftet als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Umsätze legten nominal, also zu jeweiligen Preisen, zwar um 2,3% zu;

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel im 1. Halbjahr 2008



werden jedoch die Preisveränderungen herausgerechnet, blieben die Umsätze um 0,4% hinter den Vorjahreszahlen zurück. In ganz Deutschland setzte der Einzelhandel nominal 1,8% mehr um, preisbereinigt ergab sich ein Rückgang von 0,8%.

Besonders ausgeprägt war die Differenz zwischen nominalem Umsatzplus und realem Umsatzminus bei Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten (Einzelhandel mit Waren verschiedener Art). Die steigenden Preise vor allem für Nahrungsmittel sorgten zwar dafür, dass mehr Geld in die Kassen floss; bereinigt um die Preisentwicklung, blieb für den Handel ein deutliches Umsatzminus. Ähnlich, wenn auch mit einem geringeren Anstieg des nominalen Umsatzes, verlief die Entwicklung im Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Dagegen verzeichneten die Apotheken und der Fachhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (z. B. Drogeriemärkte) sowie der sonstige Facheinzelhandel (z. B. Bekleidungs- und Schuhgeschäfte, Möbelhäuser, Baumärkte) sowohl nominal als auch real Umsatzzuwächse.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag im ersten Halbjahr um 0,4% über dem Vorjahresstand. Während die Zahl der Vollzeitkräfte unverändert blieb, nahm die Zahl der Teilzeitkräfte nur leicht um 0,8% zu.

Die Daten stammen aus der monatlichen Stichprobenerhebung bei etwa 1 900 Einzelhandelsunternehmen in Rheinland-Pfalz. Das sind fast 10% aller Einzelhändler. Die Angaben für Filialbetriebe von Einzelhandelsketten

mit Sitz in einem anderen Bundesland sind in den Ergebnissen enthalten. Da es sich um eine Stichprobenerhebung handelt, liegen absolute Werte sowie Regionalangaben nicht vor.

Gäste und Übernachtungsplus im rheinland-pfälzischen Tourismus

In den ersten fünf Monaten des Jahres meldeten die rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe fast 2,7 Mill. Gästeankünfte, das waren 170 000 mehr (+6,8%) als von Januar bis Mai 2007. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 5,3% auf 7,2 Mill.

Der überwiegende Teil der Übernachtungen (80%) entfiel auf den Inlandstourismus. Hier war in den ersten fünf Monaten ein Zuwachs von 5,1% zu verzeichnen. Gleichzeitig nahmen die Übernachtungszahlen der Auslandsgäste um 6,1% zu. Mehr als die Hälfte der Übernachtungen von Ausländern entfiel auf Urlauber aus den Niederlanden und aus Belgien.

Alle sieben rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgebiete verzeichneten in den ersten fünf Monaten sowohl bei den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen Zuwächse. Das höchste Übernachtungsplus erzielte dabei die Region Mosel/Saar; dieses Ergebnis ist allerdings stark beeinflusst von einem neuen Ferienzentrum, das in diesem Jahr erstmals statistisch erfasst wird.

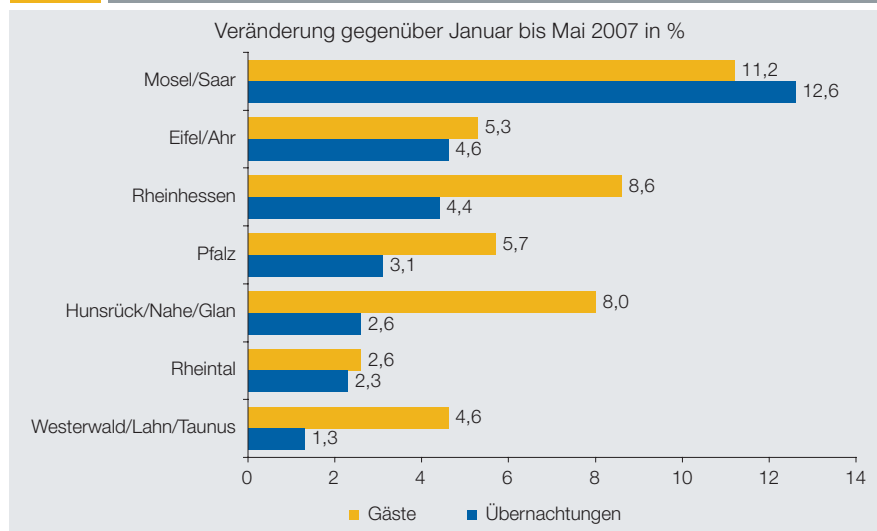
Im Monat Mai kamen 823 000 Übernachtungsgäste nach Rheinland-Pfalz, das waren 9,7% mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Übernachtungen lag mit 2,24 Mill. um 8,9% höher als im Mai 2007.

Landwirte bringen Rekordernte ein

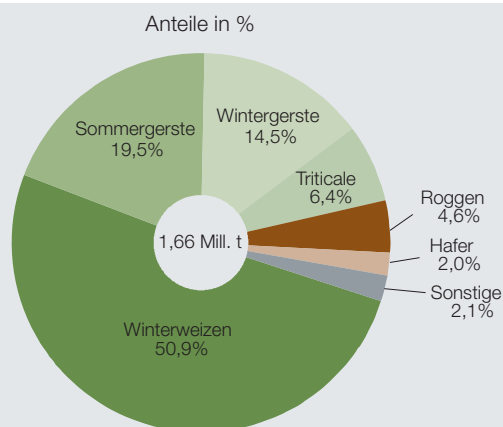
Größere Anbauflächen und höhere Hektarerträge

So viel Getreide wie in diesem Sommer wurde in Rheinland-Pfalz seit Bestehen des Landes noch nicht geerntet. Nach einer ersten Bilanz fuh-

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Mai 2008 nach Fremdenverkehrsgebieten



Getreideernte 2008¹⁾ nach Fruchtarten



1) Vorläufiges Ergebnis.

ren die Landwirte knapp 1,66 Mill. t Getreide ein, das waren 34% mehr als im vergangenen Jahr. Der Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2007 wurde um 21% übertroffen. Zurückzuführen ist die starke Zunahme auf eine Ausweitung der Anbauflächen und auf höhere Erträge. Der durchschnittliche Getreideertrag je ha stieg auf 6,6 t, das waren 1,2 t mehr als im vergangenen Jahr und 0,8 t mehr als im sechsjährigen Durchschnitt. Die Getreidefläche wurde gegenüber dem Jahr 2007 um 9,2% auf 250 700 ha ausgedehnt.

Bundesweit stieg die Getreideernte auf 45 Mill. t (+22,2% gegenüber 2007), die Anbaufläche war um 5,9% höher als im Vorjahr. Der rheinland-pfälzische Anteil an der deutschen Getreideernte hat sich von 3,4% im Jahr 2007 auf nunmehr 3,7% erhöht.

Ursache für die kräftige Flächenzunahme ist das Ende der obligatorischen Flächenstilllegung. Bis zum Jahr 2006 waren die Landwirte verpflichtet, einen Teil ihrer Flächen

nicht zu nutzen, wenn sie Fördermittel in Anspruch nehmen wollten. Wegen der weltweiten Verknappung des Angebots und der daraufhin deutlich gestiegenen Getreidepreise wurde die Verpflichtung zur Flächenstilllegung zunächst ausgesetzt und zwischenzeitlich aufgehoben.

Rund 51% der diesjährigen Getreideernte entfielen in Rheinland-Pfalz auf Winterweizen (843 000 t). Der Ertrag lag bei 7,5 t je ha (+19%), die Anbaufläche nahm um gut ein Zehntel auf 111 500 Hektar zu.

Der Sommergerstenanbau hat in Rheinland-Pfalz traditionell eine große Bedeutung. Nachdem in den zurückliegenden Jahren die Fläche stetig reduziert worden war, stieg sie dieses Jahr um über 11% auf 60 100 ha an. Auch der Ertrag konnte auf 5,4 t je ha zulegen (+32%). Aufgrund der Flächenzunahme und des höheren Hektarertrages lag die Erntemenge bei 324 000 t (+ 47%). Damit stammen 12% der deutschen Sommergerstenernte aus Rheinland-Pfalz.

Dritt wichtigste Fruchtart auf dem Ackerland ist der Winterraps. Die Fläche wurde entgegen dem Bundestrend um 2,2% auf 43 400 ha ausgeweitet. Ertraglich kam der Winterraps auf 3,9 t je ha (+11%). Die Erntemenge stieg damit auf den bisherigen Höchststand von 167 000 t (+13%). Bundesweit nahm die Anbaufläche um 11% und die Erntemenge um 3,3% ab.

Weitere wichtige Getreidearten sind in Rheinland-Pfalz Wintergerste (38 100 ha; +1,2%), Triticale (16 100 ha; +9%) und Roggen (12 000 ha; +22%). Neben der Ausweitung der Anbauflächen sorgten auch hier höhere Hektarerträge für größere Erntemengen. Sie beliefen sich für Wintergerste auf 240 000 t (+24%), für Triticale auf 107 000 t (+ 37%) und für Roggen auf 76 000 t (+54%).

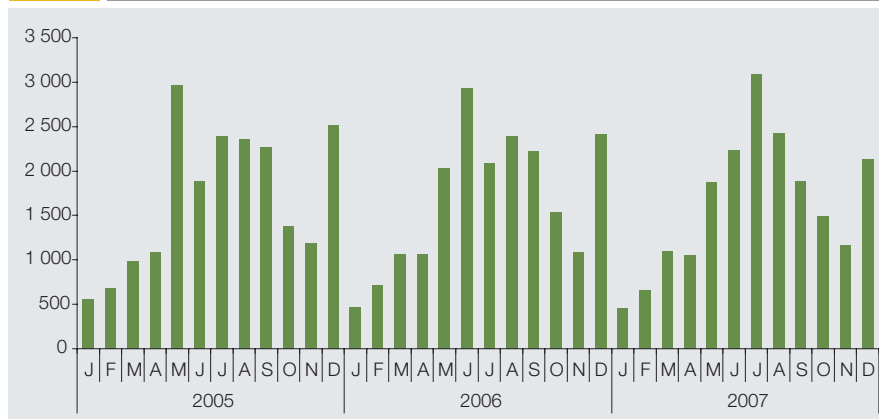
Die Daten stammen aus der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung sowie der Ernte und Betriebsberichterstattung. Bei der Besonderen Erntemittlung werden 500 Getreidefelder ausgewählt, vollständig abgeerntet und das Erntegut verwogen. Im Rahmen der Ernte- und Betriebsberichterstattung berichten fast 440 Landwirte regelmäßig über die Wachstumsbedingungen und die Erträge von Feldfrüchten.

Hochbetrieb in den Standesämtern am 08.08.08

„Magische Daten“ ziehen Brautpaare an

Einen Ansturm auf die Standesämter gab es am 08.08.08. Bereits im vergangenen Jahr bescherte der 07.07.07 den Standesbeamten im

Eheschließungen 2005–2007



Land zahlreiche Überstunden. Viele Standesämter waren bereits frühzeitig ausgebucht; wer sich zu spät entschied, hatte unter Umständen das Nachsehen.

Im vergangenen Jahr mag bei einigen die Glückszahl 7 eine besondere Rolle gespielt haben: Glück hoch drei durften 963 heiratswillige Paare erwarten, die den 07.07.07 als Tag für den Start ins Eheglück wählten. Das waren weit mehr als an jedem anderen Tag des Jahres. Vielleicht sind bei vielen auch praktische Erwägungen für die Wahl eines derart einprägsamen Datums ausschlaggebend; schließlich ist die Gefahr, einen solchen Hochzeitstag zu vergessen, nicht so groß. Ein Drittel aller Paare, die sich im Juli 2007 das Ja-Wort gaben, heiratete an diesem magischen Datum. Mit rund 3 100 Hochzeiten ging der Juli als der Monat mit den meisten Trauungen des vergangenen Jahres in die Statistik ein. Ein Jahr davor war dies – wohl wegen des 06.06.06 – der Juni (2 900) und im Jahr 2005 der Mai (3 000). Auch die kommenden Jahre halten noch

einige einprägsame Tage für Hochzeiten bereit.

So viele Spitzenwerte dürfen über eine Tatsache nicht hinwegtäuschen: Langfristig ist die Zahl der Eheschließungen rückläufig. So war die Gesamtzahl der Trauungen im vergangenen Jahr mit deutlich weniger als 20 000 die niedrigste in der Geschichte des Landes. Im Jahr 1990 gaben sich noch über 25 000 Paare das Ja-Wort. Auch die zukünftige Entwicklung ist vorgezeichnet, denn der demografische Wandel bringt

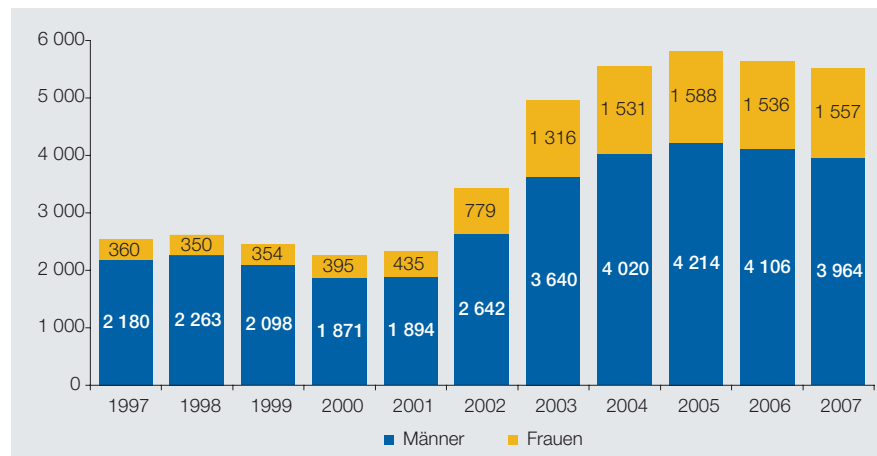
es mit sich, dass es immer weniger junge Menschen im heiratsüblichen Alter geben wird.

Zahl der Bezieher von „Meister-BAföG“ leicht gesunken

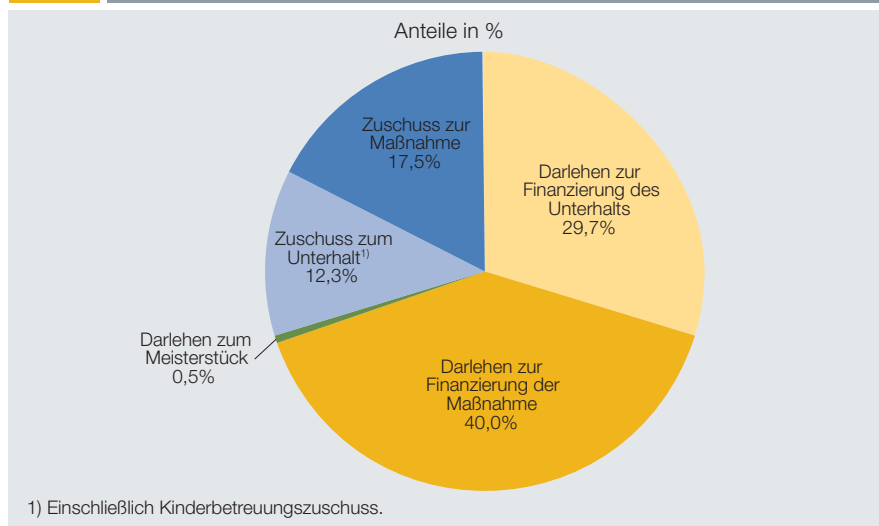
Im vergangenen Jahr erhielten in Rheinland-Pfalz 5 521 Personen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), im Volksmund auch „Meister-BAföG“ genannt. Dies waren 121 Empfängerinnen und Empfänger weniger als im Jahr zuvor (–2,1%). Bundesweit wurden 134 000 Personen gefördert (–1,7%).

In Rheinland-Pfalz sank die Zahl der geförderten Männer um 3,5%, während es bei den Frauen eine leichte Zunahme um 1,4% gab. Nach wie vor bezogen aber mit einem Anteil von 72% deutlich mehr Männer als Frauen das „Meister-BAföG“. Die Mehrzahl der Geförderten (64%) absolvierte Fortbildungsmaßnahmen in Teilzeitform, allerdings verringerte sich ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr um 4,2%.

Geförderte nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz 1997–2007



Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz 2007 nach Art der Förderung



Die bewilligten Förderleistungen lagen 2007 bei über 15,2 Mill. Euro, das waren 203 000 Euro weniger als im Jahr zuvor (-1,3%). Gut 70% davon wurden in Form von Darlehen gewährt, knapp 30% flossen als Zuschuss.

Das AFBG gibt all denjenigen, die sich nach einer ersten qualifizierenden Berufsausbildung beispielsweise zum Handwerks- oder Industriemeister, zum Betriebswirt oder Fachkaufmann weiterbilden möchten, einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung. Die Aufwendungen dafür werden zu 78% vom Bund und zu 22% vom Land getragen.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind häufigste Todesursache

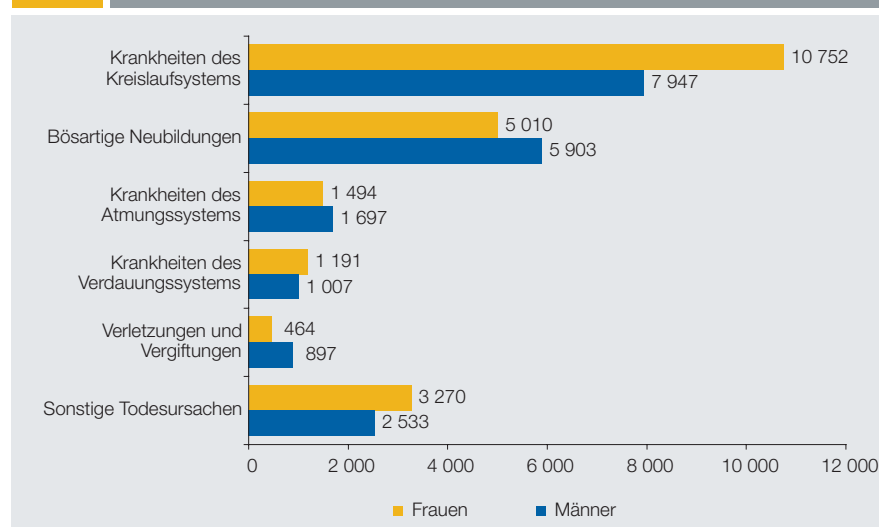
Im Jahr 2007 starben in Rheinland-Pfalz 42 165 Menschen, 22 181 Frauen und 19 984 Männer. Die Lebenserwartung der Frauen ist zwar

deutlich höher als die der Männer – derzeit liegt sie bei 81,6 gegenüber 76,5 Jahren. Dennoch sterben regelmäßig mehr Frauen als Männer, da insbesondere bei den älteren Jahrgängen, die natürlicherweise einem höheren Sterblichkeitsrisiko unterliegen, der Frauenanteil in der Bevölkerung größer ist.

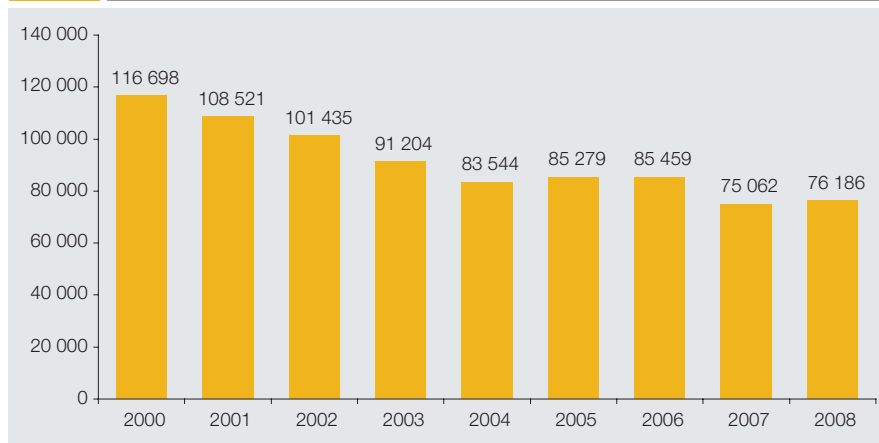
Herz-Kreislauf-Leiden waren in 18 699 Fällen (44%) der mit Abstand am häufigsten zum Tode führende Krankheitszustand. Insbesondere ältere Menschen sind betroffen: So waren 86% der hieran Verstorbenen über 70 Jahre alt. Dies erklärt auch, warum weit mehr Frauen (10 752) als Männer (7 947) infolge von Herz-Kreislauf-Erkrankungen starben; auch hier wirkt sich der erheblich größere Frauenanteil in der älteren Bevölkerung aus.

Zweithäufigste Todesursache waren die bösartigen Neubildungen (Krebs). Bei 10 913 Menschen (26% der Verstorbenen) führten die verschiedenen Formen dieser Krankheit zum Tode. An Neubildungen starben mehr Männer (5 903) als Frauen (5 010). Der Anteil der über 70-Jährigen lag bei dieser Todesursache mit 62% weit unter ihrem Anteil an allen Gestorbenen. Mehr als jeder zweite Krebssterbefall ging auf eine bösartige Neubildung der Verdauungsorgane (3 510) bzw. der Atmungsorgane (2 294) zurück.

Gestorbene 2007 nach Todesursachen und Geschlecht



Neuzulassungen von Personenkraftwagen von Januar bis Juli 2000–2008



An Krankheiten des Atmungssystems starben 3 191 Menschen (8%). Männer (1 697) waren etwas häufiger als Frauen (1 494) betroffen. Krankheiten des Verdauungssystems waren für 2 198 Verstorbene die Todesursache (5%). Hier waren die Frauen in der Überzahl (1 191 gegenüber 1 007). An einer Verletzung oder Vergiftung starben 1 361 Personen, davon 897 Männer und 464 Frauen. Darunter waren 484 Menschen (373 Männer und 111 Frauen), die freiwillig aus dem Leben schieden.

Leichtes Plus bei Pkw-Neuzulassungen

Vergangene Höchststände aber noch in weiter Ferne

Die Autofahrer in Rheinland-Pfalz verspüren nach wie vor wenig Lust auf neue Pkw. Zwar lag die Zahl der Neuzulassungen zwischen Januar und Juli leicht über dem Vorjahresniveau. An frühere Jahre können die Zulassungszahlen jedoch bei Weitem nicht anknüpfen. Insgesamt wurden in den ersten sieben Monaten 76 186 fabrikneue Pkw angemeldet, das

waren 1,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutschland: 1,9 Mill.; +3,3%).

Deutlich gesunken ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum der Anteil der neu zugelassenen Diesel-Pkw. Von den Neuwagenkäufern in Rheinland-Pfalz entschieden sich 41,6% für diese Antriebsart, vor einem Jahr waren es noch 46,7%. Die Zahl der neu zugelassenen Diesel-Pkw ging um 9,5% auf 31 685 Fahrzeuge zurück. Benziner machen 57,7% der

neu zugelassenen Pkw aus, ihre Zahl stieg um 11,1%. Mit Flüssiggas fahren 0,3% der neu zugelassenen Pkw, jeweils 0,2% werden mit Erdgas bzw. mit Hybridtechnik betrieben. Insgesamt wurden von Januar bis Juli 550 Gas- und Hybrid-Pkw zugelassen, das waren 76 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

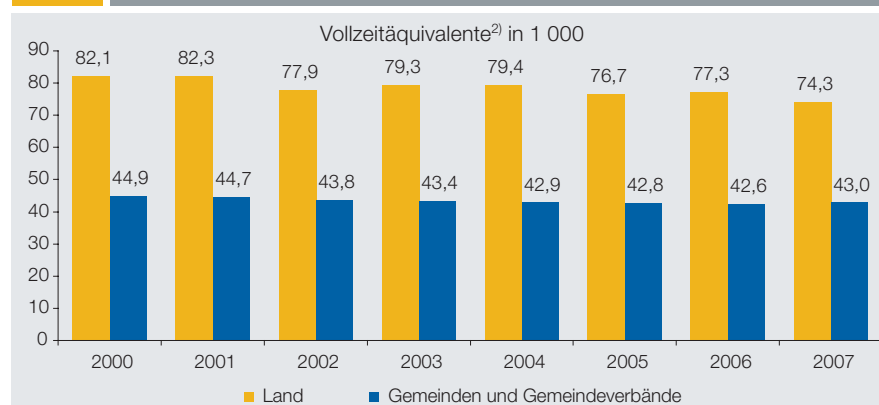
Rückläufig war in den ersten sieben Monaten die Zahl der Besitzumschreibungen von Pkw, die das Gebrauchtwagengeschäft widerspiegelt. Knapp 201 000 Personenwagen wechselten den Besitzer, das waren 1,2% weniger als von Januar bis Juli 2007.

Personalstand der Kommunen leicht erhöht

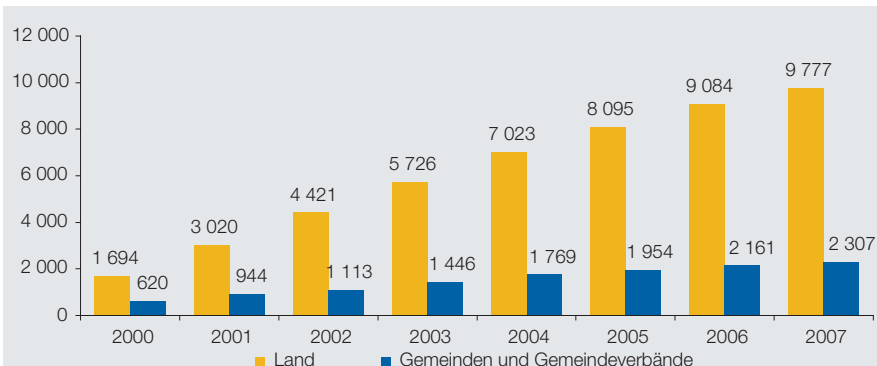
Weniger Personal im unmittelbaren Dienst des Landes

Der Personalstand der Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz hat sich zum Stichtag 30. Juni 2007 gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Die Kommunen waren Arbeitgeber für rund 53 200

Beschäftigte des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände¹⁾ 2000–2007



1) Kernhaushalte, ohne ausgegliederte Bereiche. – 2) Maßeinheit für die fiktive Anzahl von Vollzeitbeschäftigten, wenn alle Teilzeitarbeitsverhältnisse in Vollzeitarbeitsverhältnisse umgerechnet werden.

Beschäftigte des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände¹⁾ in Altersteilzeit 2000–2007


1) Kernhaushalte, ohne ausgegliederte Bereiche.

Personen, das waren 0,9% mehr als ein Jahr zuvor. Dagegen verringerte sich der Personalstand des Landes um 3,5%. Bundesweit wurden für das Jahr 2007 Personalarückgänge im kommunalen Bereich von 0,5% und bei den Ländern von 4,2% registriert. Die Angaben beziehen sich auf das Personal, das aus den Kernhaushalten finanziert wird; ausgelagerte Bereiche, wie Landesbetriebe und kommunale Eigenbetriebe, sind nicht berücksichtigt.

Ursächlich für die spürbar rückläufige Zahl der Landesbediensteten war die Ausgliederung der Universität Trier, der Technischen Universität Kaiserslautern sowie der Fachhochschulen Mainz und Kaiserslautern aus dem Kernhaushalt des Landes aufgrund eines Rechtsformwechsels. Das Land Rheinland-Pfalz beschäftigte Ende 2007 rund 87 200 Personen, ein Drittel davon als Teilzeitkräfte.

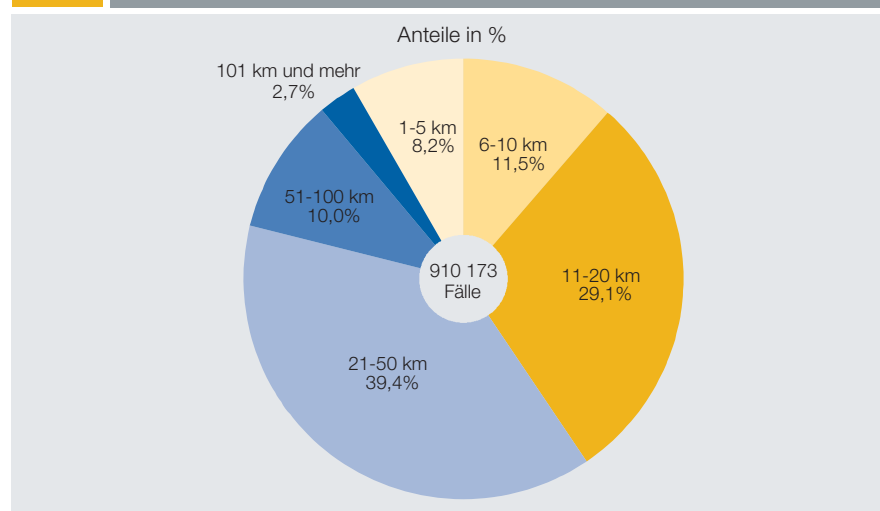
Wachsender Beliebtheit erfreuen sich bei den Bediensteten sowohl des Landes als auch der Gemeinden und Gemeindeverbände die Altersteilzeitmodelle. Wie bereits in den zurück-

liegenden Jahren wurden hier deutliche Zuwächse registriert (+7,6 bzw. +6,8%). Anders verlief hingegen die Entwicklung bei der gewöhnlichen Teilzeitbeschäftigung. Während sich die Zahl der Teilzeitkräfte auf kommunaler Ebene geringfügig erhöhte, nutzten deutlich weniger Landesbedienstete derartige Arbeitszeitmodelle. Vor allem bei den Teilzeitbeschäftigten mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit war im Landesdienst ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen (–6,2%).

Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage wurde in den vergangenen Jahren der Personalabbau im öffentlichen Dienst sowohl auf Ebene des Landes als auch bei den Kommunen weiter vorangetrieben. Verglichen mit dem Jahr 2000 verringerte sich der Beschäftigungsumfang, gemessen in Vollzeitäquivalenten (hierbei wird die Zahl der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse in Vollzeitarbeitsverhältnisse umgerechnet), beim Land um 9,6% bzw. bei den Kommunen um 4,3%. Diese Entwicklung ist allerdings teilweise auch auf die Auslagerung von Aufgaben aus den Kernhaushalten zurückzuführen.

Durchschnittlich mehr als 26 km Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz
Über die Hälfte der Arbeitnehmer legt 21 km und mehr zurück

Durchschnittlich 26,1 km legten die Arbeitnehmer im Jahr 2004 auf dem

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2004 nach einfacher Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz


Weg zur Arbeit zurück. Bundesweit liegt der Durchschnitt bei 23,4 km. Rund 910 000 Arbeitnehmer hatten in jenem Jahr Wegstrecken für die Entfernungspauschale geltend gemacht. Über die Hälfte von ihnen – rund 466 000 (51,2%) – mussten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz 20 km und mehr zurücklegen, weniger als 20 km wohnten rund 444 000 Arbeitnehmer von ihrem Arbeitsplatz entfernt (48,8%).

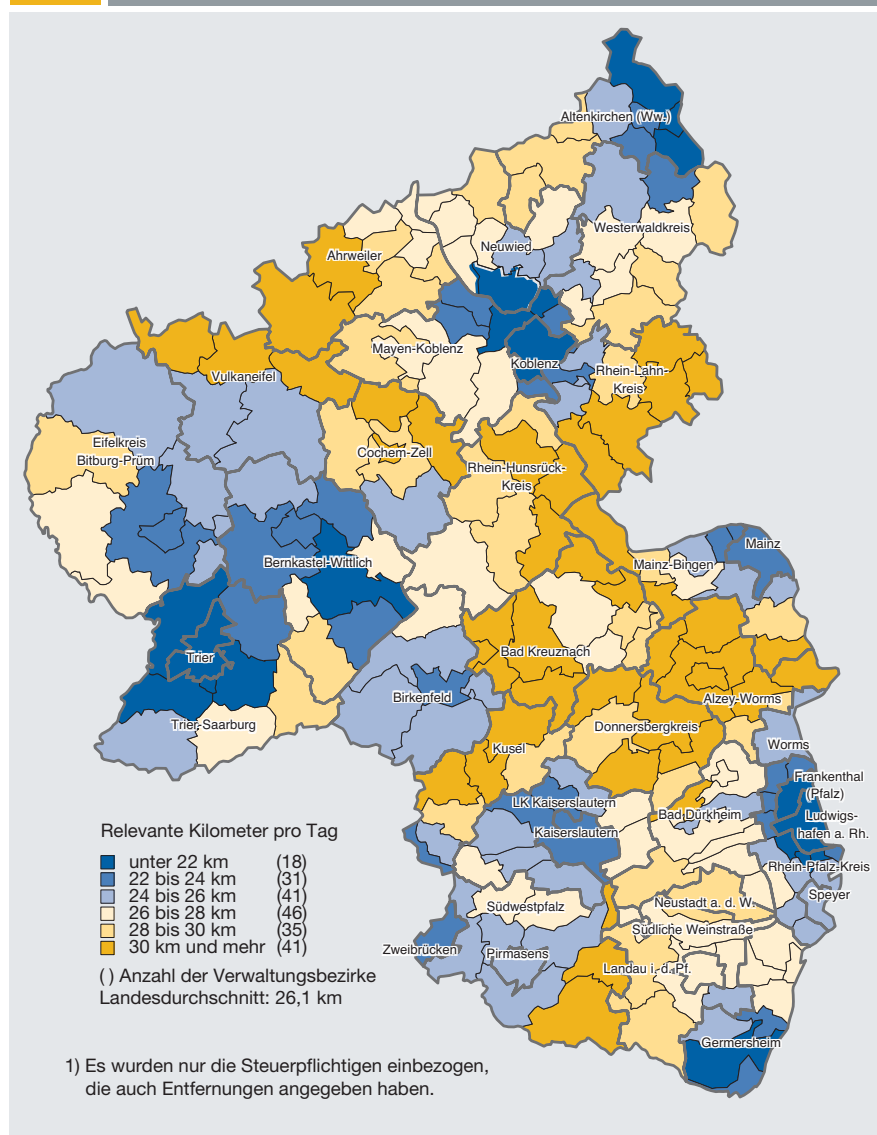
Insgesamt gut 24 Mill. km an einfacher Strecke bewältigten alle rheinland-pfälzischen Arbeitnehmer täglich bei den Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsort, wobei sie den Weg durchschnittlich an 179 Tagen auf sich nahmen. Im gesamten Jahr 2004 kamen so knapp 4,3 Mrd. km zusammen. Anfahrtswege von über 100 km legten knapp 2,7% der Arbeitnehmer zurück, während für 8,2% die Arbeitsstätte im Nahbereich, d. h. in einer Entfernung bis zu 6 km, lag.

In Rheinland-Pfalz ist der Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte stark von der Entfernung zu den Ballungsräumen und den Großstädten abhängig. Am niedrigsten waren die Werte mit weniger als 20 km in den kreisfreien Städten Trier und Ludwigshafen. Dort gab es auch die geringsten Anteile der Arbeitnehmer, die 20 und mehr Kilometer fahren mussten. Die Arbeitnehmer im Landkreis Alzey-Worms, im Rhein-Lahn-Kreis, im Rhein-Hunsrück-Kreis und im Donnersbergkreis nahmen die größte Distanz zwischen Arbeits-

und Wohnort in Kauf. Diese Landkreise, die auch überdurchschnittliche Anteile an Arbeitnehmern mit mehr als 20 km einfacher Wegstrecke aufweisen, liegen im weiteren Einzugsbereich des Rhein-Main-Gebietes bzw. des Rhein-Neckar-Raums. Die von den Pendlern täglich zurückgelegte einfache Entfernung betrug hier im Schnitt mehr als 30 km. Für Landkreise, die unmittelbar an Großstädte

angrenzen – beispielsweise Mayen-Koblenz, den Rhein-Pfalz-Kreis und Trier-Saarburg –, errechnen sich unterdurchschnittliche Entfernungen. Ausnahme ist hier der Landkreis Mainz-Bingen, was als Indiz dafür gelten kann, dass von dort aus Arbeitsplätze nicht nur in Mainz, sondern im gesamten Rhein-Main-Gebiet angesteuert werden.

Einfache Entfernung zur Arbeitsstätte pro Tag 2004¹⁾
nach Verwaltungsbezirken



Aus der amtlichen Statistik

Neues Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP 2009)

Statistisches Landesamt bietet Betrieben detaillierte Informationen

Diese Ergebnisse stammen aus der Einkommensteuerstatistik 2004. Da die Auswertungen auf den endgültigen Steuerbescheiden basieren, liegen die Zahlen erst mit einer Verzögerung von etwa drei Jahren vor.

Von 2009 an wird es für die Produktionsstatistiken ein neues Güterverzeichnis geben. Darauf weist das Statistische Landesamt in Bad Ems hin. Den amtlichen Produktionserhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, die monatlich und vierteljährlich aufgrund des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe durchgeführt werden, liegt das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) zugrunde. Es wird in regelmäßigen Abständen überarbeitet, um es an neue Produktentwicklungen anzupassen, die Vorgaben der europäischen Produktionsstatistik PRODCOM zu erfüllen und Anregungen aus der Wirtschaft umzusetzen. So wurde das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2002 (GP 2002), im Rahmen eines international abgestimmten Revisionsprozesses zusammen mit

den übrigen Wirtschaftsklassifikationen neu gefasst und als Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009), herausgegeben.

Das Statistische Landesamt in Bad Ems wird die berichtspflichtigen produzierenden Betriebe detailliert über das neue Güterverzeichnis informieren. Dabei erhalten die Betriebe eine Übersicht, in der die bisher gemeldeten Güterarten des GP 2002 denen des neuen Güterverzeichnisses GP 2009 gegenübergestellt sind. Die Betriebe können Korrekturen oder Ergänzungen vornehmen und diese dem Statistischen Landesamt zuleiten. Dort werden die aktualisierten Informationen bereits auf die ab 2009 verwendeten Fragebogen gedruckt und den Betrieben bei der Durchführung der Erhebung vorgelegt. Dadurch wird es ihnen erleichtert, ab Januar bzw. ab dem ersten Quartal 2009 ihre Produktionsangaben nach dem GP 2009 zu melden. Das gilt sowohl für den Fragebogen in Papierform als auch in der internetgestützten elektronischen Form IDEV.

Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz – Ergebnisse des Mikrozensus 2006

Statistisches Landesamt stellt Untersuchung zu den Menschen mit Migrationshintergrund vor



Migration und Integration sind Themen, die für unsere Gesellschaft von außerordentlicher Bedeutung sind. Rund 700 000 Menschen in Rheinland-Pfalz haben einen Migrationshintergrund; etwa jeder sechste Rheinland-Pfälzer ist also entweder Migrant oder Nachkomme von Migranten. Viele dieser Menschen

sind seit Jahrzehnten Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, unsere Nachbarn, Arbeitskollegen, Freunde oder Bekannten.

In dieser Statistischen Analyse wird zunächst die Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dargelegt. Anschließend werden für die Menschen mit Migrationshintergrund und die Menschen ohne Migrationshintergrund Ergebnisse für die Bereiche Bildung und Qualifikation, der Erwerbstätigkeit sowie der sozialen und wirtschaftlichen Lage auf der Basis von Ergebnissen des Mikrozensus analysiert.

Die Untersuchung steht als PDF-Datei zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/analysen/statistik/migration/Migration_2006.pdf zur Verfügung. Die Printausgabe kann zum Preis von 15 Euro beim Statistischen Landesamt, Vertrieb, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Verbraucherpreise im August 2008

Im August 2008 lag die Jahresteuerrate für Rheinland-Pfalz bei 3%. Damit hat sich der Preisauftrieb leicht abgeschwächt. Wie in den vergangenen Monaten waren auch im August erhebliche Preissteigerungen bei den Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken zu beobachten. Gegenüber August 2007 erhöhten sich vor allem die Preise für Molkereiprodukte und Eier (+15,5%), aber auch für Obst (+8,8 %) sowie für Brot und Getreiderzeugnisse (+ 8,3%) musste deutlich mehr bezahlt werden.

Die Energiepreise kletterten im Jahresvergleich durchschnittlich um 13,2%. Heizöl war 44,8% teurer als vor einem Jahr, der Gaspreis zog um 14,7% an und der Strompreis stieg um 6,2%. Die Preise für Kraftstoffe

legten um 10,4% zu. Vergleichsweise günstig verlief die Entwicklung im Bereich „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+1,2%). In der Hauptgruppe Nachrichtenübermittlung (–3,6%) waren die Preise gegenüber dem Vorjahresmonat sogar rückläufig.

Im Vergleich zum Vormonat Jul ging der Verbraucherpreisindex um 0,5% zurück. Deutlich stärker als im Durchschnitt sanken die Preise in der Hauptgruppe Verkehr (–2,5%), wobei hier insbesondere der Preisrückgang bei den Kraftstoffen (–7,6%) zu Buche schlug. Um jeweils 0,5% niedriger waren die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie für die Nachrichtenübermittlung.

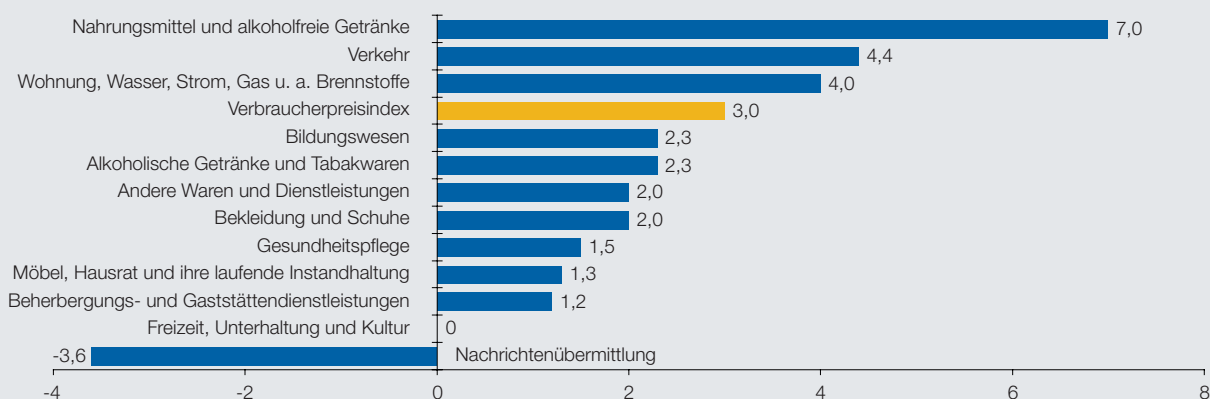
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

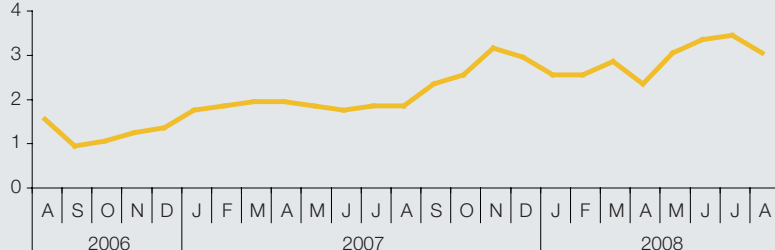
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) etwa 17 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im August 2008

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber August 2007 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



August 2008

- Verbraucherpreisindex: +3,0%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
- Mehl: +35,3%
- Butter: –15,0%

Kommunalwahlen 2004

Auswertung des Wählerverhaltens



Von Dr. Stephan Danzer

In Rheinland-Pfalz werden am 7. Juni 2009 zusammen mit der Europawahl die Kommunalwahlen stattfinden. Das bei den Kommunalwahlen 1989 eingeführte Wahlsystem der personalisierten Verhältniswahl mit offenen Listen existiert dann unverändert seit 20 Jahren.

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Kommunalwahlen aus dem Jahr 2004 ausgewertet. Die gesamte Analyse finden Sie im Internetangebot des Landeswahlleiters unter www.wahlen.rlp.de.

Analyse des Wahlsystems

Kumulieren:
Einem Bewerber
mehrere
Stimmen geben

Panaschieren:
Bewerbern
verschiedener
Wahlvorschläge
Stimmen geben

In Rheinland-Pfalz wird bei Kommunalwahlen seit 1989 die personalisierte Verhältniswahl mit offenen Listen praktiziert. Dabei werden die zu vergebenden Sitze nach der Stimmenzahl verteilt, die auf die Wahlvorschläge der Parteien oder Wählergruppen jeweils entfallen. Die Wählerinnen und Wähler können innerhalb eines Wahlvorschlags oder über mehrere Wahlvorschläge hinweg das ihnen zustehende Stimmenkontingent verteilen. Sie können also Einzelstimmen vergeben, aber auch kumulieren und panaschieren. An einzelne Kandidatinnen und Kandidaten dürfen bis zu drei Stimmen vergeben sowie Bewerberinnen und Bewerber unterschiedlicher Wahlvorschläge gewählt werden. Gesetzgeberisches Ziel der vielfältigen Wahlmöglichkeiten ist eine verstärkte Einflussnahme der Wählerinnen und Wähler auf die Zusammensetzung der kommunalen Parlamente.

Seit der Einführung des Wahlsystems hat die Landeswahlleitung die Ergebnisse der Kommunalwahlen¹⁾ analysiert. Dabei standen insbesondere zwei Aspekte im Vordergrund:

1. die bei den Wählerinnen und Wählern anzutreffende Akzeptanz und die Verständlichkeit des Wahlsystems,
2. die Veränderungen in der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber innerhalb der aufgestellten Listen.

Sinkende Wahlbeteiligung

Innerhalb des Untersuchungszeitraums 1989 bis 2004 ging die Wahlbeteiligung um fast 20 Prozentpunkte zurück. Tabelle 1 zeigt die Wahlbeteiligung zu den Kreistagen bzw. den Stadträten der kreisfreien Städte auf Landesebene.

Wahlbeteiligung
2004 bei knapp
58%

1) Im Jahr 1999 fand keine Auswertung statt.

T 1 Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen 1989–2004

Wahljahr	Wahlbeteiligung	Veränderung zu 1989	Veränderung zur Vorwahl
	%	Prozentpunkte	
1989	77,2	-	-
1994	74,1	-3,1	-3,1
1999	62,9	-14,3	-11,2
2004	57,8	-19,4	-5,1

T 2 Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen 1991–2006

Wahljahr	Wahlbeteiligung	Veränderung zu 1991	Veränderung zur Vorwahl
	%	Prozentpunkte	
1991	73,9	-	-
1996	70,8	-3,1	-3,1
2001	62,1	-12,8	-9,7
2006	58,2	-16,7	-4,9

Kaum Unterschiede bei der Beteiligung an Kommunal- und Landtagswahlen

Im Vergleich zu den Landtagswahlen sind hinsichtlich der Wahlbeteiligung keine signifikanten Unterschiede erkennbar (siehe Tabelle 2). Auch hier sank die Wahlbeteiligung von 1991 bis 2006 mit –15,7 Prozentpunkten deutlich.

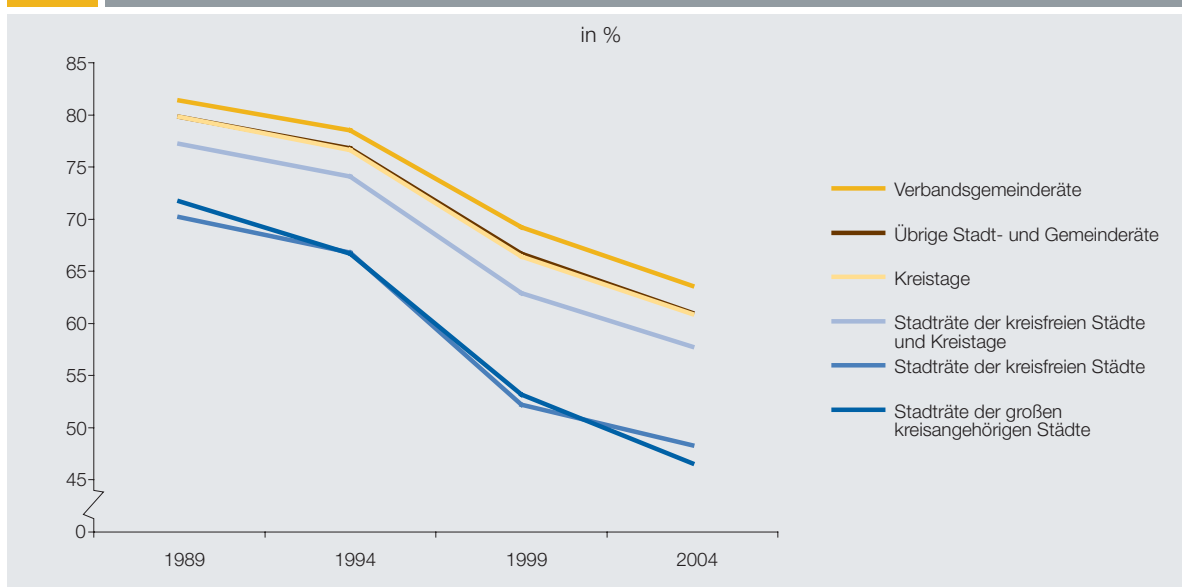
Die Beteiligung an den Kommunalwahlen ist seit 1989 rückläufig (siehe Grafik 1). Besonders signifikant ist die geringe Wahlbeteiligung in den kreisfreien und großen kreisangehörigen Städten. Hier führten vermutlich die Anonymität der größeren Städte sowie der fehlende persönliche Bezug der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber zur wahlberechtigten Bevölkerung zu einer Wahlbeteiligung von unter 50%.

Höhere Wahlbeteiligung in ländlichen Gebieten

In den ländlichen Gebieten (Landkreise, Verbandsgemeinden sowie kleinere Städte und Gemeinden) lag die Teilnahme an den Urnengängen 10 bis 13 Prozentpunkte über der in den größeren Städten. Hier machten etwa 60 bis 63% der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Ein Vergleich mit den Bundes- bzw. Landtagswahlen, zeigt, dass die mit dem Kumulieren und Panaschieren gegebenen Möglichkeiten der stärkeren Einflussnahme offensichtlich ohne Einfluss auf die Wahlbeteiligung sind.

Die repräsentative Wahlstatistik der Bundes- bzw. der Landtagswahlen verdeutlicht, dass

G 1 Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen 1989–2004



T 3		Wahlbeteiligung 2005 und 2006 nach ausgewählten Altersgruppen		
Wahl	Insgesamt	18- bis 20-Jährige	21- bis 24-Jährige	
	%			
Bundestagswahl 2005	78,7	70,1	68,0	
Landtagswahl 2006	57,8	46,5	38,5	

Besonders niedrige Wahlbeteiligung bei jungen Wählerinnen und Wählern

sich vor allem junge Wählerinnen und Wähler der Wahlteilnahme enthalten. Sowohl bei der Bundestagswahl 2005 als auch bei der Landtagswahl 2006 war in Rheinland-Pfalz bei den 18- bis 29-Jährigen eine im Vergleich zu anderen Altersgruppen¹⁾ unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung zu verzeichnen (siehe Tabelle 3).

Dies ist auch bei den Kommunalwahlen zu beobachten. Angesichts dieser Situation ist es angezeigt, insbesondere die Jungwählerinnen und Jungwähler zur Teilnahme an Wahlen zu animieren. Hierzu gehört auch, die möglichen Formen der Stimmabgabe transparent aufzuzeigen. Vor diesem Hintergrund hat die Landeswahlleitung Rheinland-Pfalz zusammen mit dem Peter-Joerres-Gymnasium Ahrweiler und dem Landesmusikgymnasium Rheinland-Pfalz in Montabaur einen Flyer und Plakate entworfen. Sie sollen insbesondere die jüngeren Wähler ansprechen und zur Wahlteilnahme auffordern. Flyer und Plakate sind im Internetangebot des Landeswahlleiters unter www.wahlen.rlp.de abrufbar.

Flyer ist Beilage in diesem Monatsheft

Anzahl der ungültigen Stimmen unauffällig

Als Indiz für die Akzeptanz des rheinland-pfälzischen Kommunalwahlsystems kann das Kriterium „ungültige Stimmen“ herangezogen werden, auch wenn letztendlich die „Ungültigkeitswähler“ über ihre Motive nicht näher befragt werden können. Für ein fehlendes oder falsches Verständnis des Wahl-

systems würde eine hohe Zahl unbewusst ungültig abgegebener Stimmen sprechen.

Bei den Kommunalwahlen 2004 werteten die Wahlvorstände im Landesdurchschnitt 4% der abgegebenen Stimmen als ungültig. Dies stellt zwar gegenüber den Wahlgängen der Jahre 1999 und 1994 einen Anstieg um 0,7 bzw. 0,5 Prozentpunkte dar, weist aber angesichts des geringen Umfangs nicht auf eine unzureichende Transparenz oder Akzeptanz des Wahlsystems hin.

Anteil der Ungültigwähler lag bei 4%

Bezüglich der ungültigen Stimmen fällt der Anteil von 4,4% bei den Wahlen zu den Kreistagen auf. Hier gab es 1999 einen Anstieg um 0,9 Prozentpunkte gegenüber den letzten Kreistagswahlen. Es existieren Anhaltspunkte dafür, dass hier zumindest ein Teil der ungültigen Stimmen bewusst abgegeben wurde. Eine weitergehende Analyse zeigt nämlich, dass auf dieser Ebene weniger kumuliert und panaschiert wird. Damit sinkt aber zugleich die Gefahr der unabsichtlichen Ungültigkeit der Stimmabgabe. Abweichend davon wurden bei den Verbandsgemeinderatswahlen sowie den übrigen Stadt- und Gemeinderatswahlen 3,5 bzw. 3,2% ungültige Stimmen abgegeben. Bei diesen Anteilen besteht kein Anlass, über eine Veränderung des Wahlsystems nachzudenken.

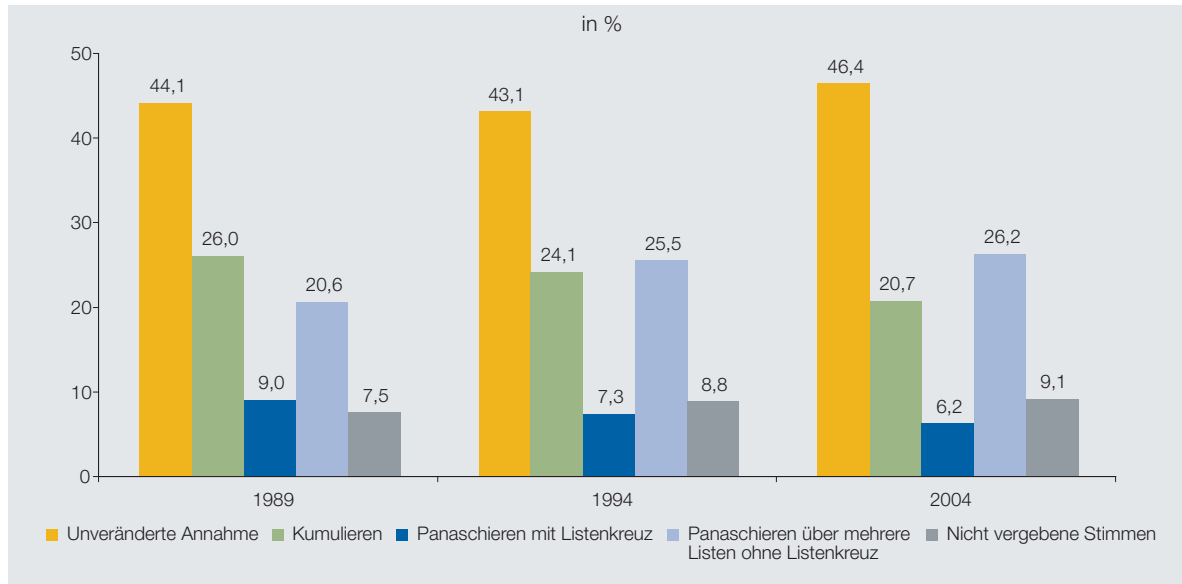
Stimmen werden teilweise bewusst ungültig abgegeben

Kumulieren und Panaschieren ist Bestandteil des Wählerverhaltens

Nach dem „offenen Listenwahlverfahren“ stehen den Wählerinnen und Wählern so viele Stimmen zu, wie Mitglieder in die Vertretungskörperschaft zu wählen sind. Aus diesem Stimmenkontingent können einem – auf dem Stimmzettel aufgeführten – Bewerber bis zu drei „Einzelstimmen“ gegeben werden (Kumulieren von Stimmen). Die Einzelstimmen dürfen aber auch auf Bewerber

G 2

Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen 1989–2004



ber unterschiedlicher Listen verteilt werden (Panaschieren von Stimmen).

Im Landesdurchschnitt haben bei der Stimmabgabe rund 53% der Wählerinnen und Wähler kumuliert und panaschiert. Neben der Vergabe des Listenkreuzes für einen Wahlvorschlag nutzten rund 21% der Wählerinnen und Wähler die Möglichkeiten des Kumulierens. Weniger häufig – nur in etwas mehr als 6% aller Stimmabgaben – wurden neben einem Listenkreuz auch Stimmen an Bewerberinnen und Bewerber anderer Wahlvorschläge vergeben. Weitere 26,1% der Wählerinnen und Wähler kumulierten und panaschierten ohne Bindung an einen bestimmten Wahlvorschlag.

Fast die Hälfte der Wählerinnen und Wähler nahmen Listenvorschläge unverändert an

Im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen verwendeten die Wählerinnen und Wähler die nach dem Kommunalwahlrecht gegebenen Möglichkeiten seltener (siehe Grafik 2). Gut 46% der abgegebenen Stimmen hatten eine unveränderte Annahme der Listenvorschläge zum Gegenstand. Dies war gegenüber 1994 eine Steigerung

um 3,3 Prozentpunkte. Kumuliert wurde nur noch in etwa 21% der Fälle (–3 Prozentpunkte). Das Panaschieren bei gleichzeitigem Ankreuzen eines Wahlvorschlages ging seit 1989 von 9,0 über 7,3 auf 6,2% zurück. Angestiegen ist dagegen der Anteil des Panaschierens ohne Präferenz für eine Liste. Die Bereitschaft stieg hier von 20,6% im Jahr 1989 auf 26,2% im Jahr 2004.

Vermehrtes Kumulieren und Panaschieren in kleineren Gebietskörperschaften

Bereits bei den vorangegangenen Wahlen wurde insbesondere in Ortsgemeinden und kleineren Städten am häufigsten kumuliert und panaschiert. Hier sind vermutlich die Sympathien der Wahlberechtigten für einzelne Bewerberinnen und Bewerber unterschiedlicher Wahlvorschläge und deren Bekanntheitsgrad ausschlaggebend.

In diesen Kommunen blieb nur etwa ein Drittel der Stimmzettel unverändert. Außerordentlich groß war hier mit etwa 40% das Ausmaß des Kumulierens und Pana-

Anteil der unveränderten Stimmzettel bei Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte am höchsten

schierens quer über alle Wahlvorschläge hinweg. Bei den Wahlen für die Verbandsgemeinderäte wurden die Wahlvorschläge auf weit über 50% der gültigen Stimmzettel abgeändert. Den größten Anteil unveränderter Stimmzettel wiesen die Wahlen zu den Kreistagen und zu den Stadträten der kreisfreien Städte auf. Mehr als die Hälfte (58,5% bzw. 52%) der Wahlberechtigten kreuzten nur einen Wahlvorschlag an, vergaben also ein Listenkreuz, ohne weitere Veränderungen vorzunehmen.

Bindung an den Wahlvorschlags-träger wächst

Die Bindung der Wählerinnen und Wähler an einen Wahlvorschlag hat gegenüber den vorangegangenen Wahlen zugenommen. Zu diesem Ergebnis kommt die Analyse des Wahlverhaltens von Wählerinnen und Wählern, die sich für einen Wahlvorschlag ent-

schieden haben. In diesen Fällen vergeben die an der Wahl Teilnehmenden ihre Stimmen nur sehr zurückhaltend an Bewerberinnen und Bewerber anderer Wahlvorschläge. Diese Aussage gilt sowohl für die beiden großen Parteien SPD (unveränderte Annahme: 62%) und CDU (61%) als auch für die FDP (71%), die GRÜNEN (rund 78%) sowie die Wählergruppen (63%). Eine Ursache für dieses Wählerverhalten könnte darin liegen, dass die zur Wahl gehenden „Stammwählerinnen und Stammwähler“ ausschließlich „ihre“ Partei oder Wählergruppe bevorzugen wollen.

Deutliche Rangverschiebungen

Die von den Wählerinnen und Wählern häufig genutzten Möglichkeiten, die Reihenfolge innerhalb der Liste zu ändern und zu kumulieren, führte zu deutlichen Rangverschiebungen. Landesweit konnten lediglich 20,4% der Kandidatinnen und Kandidaten

20% der Kandidatinnen und Kandidaten behielten ihren Listenplatz

T 4 Listenplätze der Vertretungsorgane 2004 nach ihrer Veränderung zum Listenvorschlag								
Vertretungsorgan	Geschlecht	Bewerber insgesamt	Listenplatz					
			gehalten		verbessert		verschlechtert	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Kreistage	insgesamt	4 733	637	13,5	1 820	38,5	2 276	48,1
	Männer	3 554	461	13,0	1 353	38,1	1 740	49,0
	Frauen	1 179	176	14,9	467	39,6	536	45,5
Stadträte der kreisfreien Städte	insgesamt	2 845	519	18,2	1 013	35,6	1 313	46,2
	Männer	1 894	334	17,6	627	33,1	933	49,3
	Frauen	951	185	19,5	386	40,6	380	40,0
Stadträte der großen kreisangehörigen Städte	insgesamt	1 517	298	19,6	533	35,1	686	45,2
	Männer	1 051	202	19,2	368	35,0	481	45,8
	Frauen	466	96	20,6	165	35,4	205	44,0
Übrige Stadt- und Gemeinderäte	insgesamt	41 925	10 034	23,9	14 640	34,9	17 251	41,1
	Männer	32 278	8 058	25,0	11 511	35,7	12 709	39,4
	Frauen	9 647	1 976	20,5	3 129	32,4	4 542	47,1
Verbandsgemeinderäte	insgesamt	17 330	2 448	14,1	6 779	39,1	8 103	46,8
	Männer	13 462	1 898	14,1	5 364	39,8	6 200	46,1
	Frauen	3 868	550	14,2	1 415	36,6	1 903	49,2
Zusammen	insgesamt	68 350	13 936	20,4	24 785	36,3	29 629	43,3
	Männer	52 239	10 953	21,0	19 223	36,8	22 063	42,2
	Frauen	16 111	2 983	18,5	5 562	34,5	7 566	47,0

ihren Listenplatz behaupten. Gegenüber 1994 bedeutet dies einen Rückgang um rund 4 Prozentpunkte.

43% der
Kandidatinnen
und Kandidaten
verschlechter-
ten ihren Rang

Eine Rangverbesserung erfolgte bei annähernd 36% der Kandidaturen, während 43% ihren Rang verschlechterten. Die Rangverschiebungen traten besonders häufig bei zunehmender Platzziffer auf. Spitzenkandidaten konnten hingegen ihre Platzierung zu 75% halten. Gegenüber 1994 ist das jedoch ein Minus von fast 4 Prozentpunkten. Bedeutend schlechter schnitten die Zweitplatzierten des Wahlvorschlags ab, von ihnen konnten nur noch gut 40% ihren in der Aufstellungsversammlung erhaltenen Platz behaupten (siehe Tabelle 4).

Häufig Wahl nachrangiger Bewerberinnen und Bewerber

20% der
Kandidatinnen
und Kandidaten
nach vorn gewählt

Aufgrund der offenen Listenwahl und der Möglichkeit des Kumulierens haben die Wählerinnen und Wähler rund 20% der von den Wahlvorschlagsträgern nachran-

gig aufgestellten Bewerberinnen und Bewerber „nach vorne“ gewählt. Besonders häufig geschah dies bei den Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten bzw. zu den Kreistagen. Die Wahl nachrangiger Bewerberinnen und Bewerber in den Rat erfolgte am stärksten bei der FDP (27,4%), gefolgt von den Listen der SPD (21,9%), den GRÜNEN (21%), der CDU (18,5%) und den Wählergruppen (20,5%).

Frauen unterrepräsentiert

Sowohl in den Wahlvorschlägen der Parteien und Wählergruppen als auch in der Gunst der wahlberechtigten Bevölkerung sind Frauen immer noch deutlich unterrepräsentiert. Nur knapp 25 % aller Wahlbewerber 2004 war weiblich, allerdings lag dieser Wert 1994 erst bei 19,8%. Das Wahlergebnis selbst stärkte die Position der männlichen Wahlbewerber noch einmal, denn lediglich 18,7% der Gewählten sind Frauen. Im Einzelnen ergab sich folgendes Bild:

Ein Viertel der
Wahlvorschläge
waren Frauen

T 5 Bevölkerung, Bewerber und gewählte Bewerber 2004 nach Geschlecht						
Vertretungsorgan	Bevölkerung ¹⁾		Bewerber		Gewählte Bewerber	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Anzahl						
Kreistage	1 499 412	1 549 758	3 554	1 179	744	232
Stadträte der						
kreisfreien Städte	490 308	518 508	1 894	951	402	190
großen kreisangehörigen Städte	125 845	134 401	1 051	466	256	84
Übrige Stadt- und Gemeinderäte	1 373 567	1 415 357	32 278	9 647	12 135	2 675
Verbandsgemeinderäte	1 183 885	1 215 390	13 462	3 868	3 880	830
Insgesamt	1 989 720	2 068 266	52 239	16 111	17 417	4 011
Anteile in %						
Kreistage	49,2	50,8	75,1	24,9	76,2	23,8
Stadträte der						
kreisfreien Städte	48,6	51,4	66,6	33,4	67,9	32,1
großen kreisangehörigen Städte	48,4	51,6	69,3	30,7	75,3	24,7
Übrige Stadt- und Gemeinderäte	49,3	50,7	77,0	23,0	81,9	18,1
Verbandsgemeinderäte	49,3	50,7	77,7	22,3	82,4	17,6
Insgesamt	49,0	51,0	76,4	23,6	81,3	18,7

1) Im Gebiet des jeweiligen Vertretungsorgans.

Frauen werden
in ländlichen
Gegenden noch
seltener
aufgestellt

Der Frauenanteil an den Wahlvorschlägen war in größeren Gebietseinheiten höher als in kleineren. Am höchsten lag der Anteil der Bewerberinnen der Wahlvorschläge zu den Räten der kreisfreien Städte mit 33,4% und der großen kreisangehörigen Städte mit 30,7%. Gegenüber den bisherigen Ergebnissen war dies eine Steigerung um 1,5 bzw. 2,3 Prozentpunkte. Bei den übrigen Stadt- und Gemeinderatswahlen (23%) sowie bei den Verbandsgemeinderatswahlen (22,3%) wurden Frauen dagegen deutlich seltener aufgestellt. Allerdings erhöhten sich auch diese Anteile gegenüber der vorhergehenden Kommunalwahl (+4,2 bzw. +3,6 Prozentpunkte).

Von den nominierten Frauen wurde nur etwa jede 4. gewählt

Bei den Kommunalwahlen 2004 bewarben sich insgesamt 68 350 Kandidatinnen und Kandidaten um ein Mandat. Von den letztlich insgesamt 21 428 im Rahmen der Verhältniswahlen Gewählten waren 4 011 (18,7%) Frauen und 17 417 Männer (81,3%). Wie bereits bei den Wahlen 1994 wurde von den nominierten Frauen jede vierte, von den Männern dagegen jeder dritte gewählt. Die Wahl und damit die Vertretung von Frauen in den kommunalen Parlamenten blieb also weiterhin auf einem niedrigen Stand. Die Einzelergebnisse weisen darauf hin, dass die Erfolgschancen der Frauen mit dem Umfang ihres jeweiligen Kandidatenanteils und mit der Größe der Gebietskörperschaften steigen.

So zeigen sich die Anteile weiblicher Ratsmitglieder in den Stadträten der kreisfreien Städte (32,1%) und den Kreistagen (23,8%) kaum verändert. In den großen kreisangehörigen Städten sank ihr Anteil um 0,3 Prozentpunkte auf 24,7%. Bei den Wahlen der übrigen Stadt- und Gemeinderäte entsprach er mit 18,1% annähernd dem

Landesdurchschnitt, während er bei den Verbandsgemeinderatswahlen mit 17,6% um 1,1 Prozentpunkte unter dem Landesmittel lag (siehe Tabelle 5).

Nach Wahlvorschlagsträgern gegliedert, haben die GRÜNEN mit 35,3% den höchsten Anteil weiblicher Ratsmitglieder, gefolgt von der SPD mit 22,4%, den REPUBLIKANERN mit 21,2% und der CDU mit 18,9%. Die Anteile der gewählten Bewerberinnen fallen bei der FDP mit nur 14% und bei den Wählergruppen mit 14,8% am niedrigsten aus.

Die GRÜNEN
mit höchstem
Anteil weiblicher
Ratsmitglieder

Fazit

Die Wählerinnen und Wähler machen weiterhin von den Möglichkeiten des Kommunalwahlgesetzes Gebrauch und setzen das Kumulieren und Panaschieren für ihre jeweiligen Wahlziele ein. Die notwendige Akzeptanz und Überschaubarkeit des Wahlsystems ist gegeben.

Der Umfang der Inanspruchnahme, vor allem des Kumulierens und Panaschierens, blieb gegenüber der vorangegangenen Kommunalwahl in etwa konstant.

Unabhängig von der Nutzung des Wahlsystems ist vor allem die geringe Wahlbeteiligung junger Wählerinnen und Wähler hervorzuheben. Gegenwärtig mildern auch die vermehrten Einflussmöglichkeiten der Wählerinnen und Wähler diesen Trend nicht. Mit zielgruppenspezifischen Informationen sollte versucht werden, das Interesse an den Kommunalwahlen zu steigern.

Dr. Stephan Danzer leitet die Zentralabteilung und ist stellvertretender Landeswahlleiter.

Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis 2020

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Das Statistische Landesamt hat im Jahr 2007 für Rheinland-Pfalz, seine Planungsregionen, kreisfreien Städte und Landkreise eine regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung vorgelegt¹⁾. Viele Nutzer äußerten im Anschluss an diese Untersuchung einen Bedarf an zusätzlichen kleinräumigen Ergebnissen. Deshalb ist eine Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden des Landes erstellt worden.

In diesem Beitrag werden in erster Linie die Methoden dargestellt, die für die Vorausberechnung auf der Verbandsgemeindeebene verwendet wurden und Hinweise zur Interpretation und Nutzung der Projektionsergebnisse gegeben. Eine Karte mit den verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden gibt einen Ergebnisüberblick. Tabellen mit detaillierten Ergebnissen für jede verbandsfreie Gemeinde und Verbandsgemeinde sind im Internet unter www.statistik.rlp.de/analysen/demografie/index.html verfügbar.

Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2050

Drei Modell-
varianten

In der Studie „Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006)“ wurden drei Modellvarianten zur künftigen Entwicklung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz mit unterschiedlichen Annahmensätzen zu den Bestimmungsgründen der Bevölkerungsentwicklung (Geburtenrate, Lebenserwartung, Wanderungen) vorgelegt.

In allen drei Varianten liegt die Geburtenrate über den gesamten Zeitraum bei 1,4 Kindern je Frau. Die Lebenserwartung nimmt in allen Varianten bis 2050 bei Frauen und Männern um etwa sieben Jahre zu.

Die Varianten unterscheiden sich also nur hinsichtlich der Annahmen zur Wanderung. In der unteren Variante sinkt der Wanderungssaldo auf null. In der mittleren Variante liegt der jährliche Wanderungsüberschuss bis 2050 bei +5 000 Personen, in der oberen Variante sind es +10 000 Personen im Jahr.

Es zeigte sich, dass die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz bis zum Jahre 2020 kaum

1) Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Statistische Analyse N° 7 „Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006)“. Bad Ems 2007.

Bevölkerungs-
zahl sinkt erst
langfristig

abnehmen wird, und zwar weitgehend unabhängig von den zugrunde gelegten Annahmen. Langfristig, d. h. bis 2050, ist nach der mittleren Variante der Vorausberechnungen jedoch mit einem Bevölkerungsrückgang um rund 15% zu rechnen, d. h. 2050 hätte Rheinland-Pfalz etwa 600 000 Einwohner weniger als im Basisjahr.

Bereits mittel-
fristig deutliche
demografische
Alterung

Bedeutsamer als der langfristige Rückgang der Einwohnerzahl ist aber die schon mittelfristig nachhaltige demografische Alterung der Gesellschaft, die um das Jahr 2035 ihren Höhepunkt erreichen wird. Bereits bis zum Jahr 2020 wird das Durchschnittsalter der Bevölkerung von derzeit 42 Jahren auf 47 Jahre ansteigen. Diese Entwicklung ist bereits heute klar erkennbar und kaum noch zu beeinflussen.

Regional
unterschiedliche
Entwicklungen

Die Bevölkerungsentwicklung wird regional unterschiedlich verlaufen. Das zeigen die Untersuchungen auf der Ebene der Planungsregionen sowie der kreisfreien Städte und Landkreise. Einige Landkreise werden voraussichtlich mittelfristig sogar noch Bevölkerungszuwächse haben.

Aufbauend auf den Berechnungen für die kreisfreien Städte und Landkreise wird nun

eine Vorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden vorgelegt.

Hinweise zur Interpretation und Nutzung der Ergebnisse kleinräumiger Bevölkerungsvorausberechnungen

Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnungen werden von den Kommunen als Grundlage für Planungen benötigt. Neben den Infrastruktureinrichtungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie Kindertageseinrichtungen, Schulen, Senioren- und Pflegeeinrichtungen, sind insbesondere noch die Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur sowie der Gesundheitsbereich zu nennen. Darüber hinaus sind Gesamtzahl und Altersstruktur der Bevölkerung auch für die Flächennutzungsplanung (z. B. für den Wohnungsbau und die Gewerbeansiedlung) von Bedeutung.

Auf den ersten Blick erscheint eine Bevölkerungsvorausberechnung als triviale Additions- und Subtraktionsaufgabe. Um die Bevölkerung am Ende eines Projektionszeitraumes zu erhalten, werden zu einem Anfangsbestand die vorausgerechneten Geburten und Zuzüge hinzugezählt sowie die projizierten Sterbefälle und Fortzüge abgezogen.

Die Schwierigkeit einer Bevölkerungsvorausberechnung besteht darin, die Parameter zu schätzen, die benötigt werden, um für das jeweilige Projektionsjahr die Höhe der Geburten und Sterbefälle sowie das Ausmaß der Zuzüge und Fortzüge zu bestimmen. Diese Aufgabe ist umso schwieriger, je kleiner die Gebietseinheiten sind, für welche Bevölkerungsvorausberechnungen durchgeführt werden sollen.

Bevölkerungs-
vorausberech-
nungen als
Planungs-
grundlagen

Besondere
Schwierigkeit:
Schätzung der
Parameter der
Bevölkerungs-
bewegungen

Annahmen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung

Der Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden mit dem Basisjahr 2006 liegen bis zum Jahr 2020 folgende Annahmen zugrunde:

- Die **Geburtenrate** steigt bis 2010 von jetzt 1,32 auf 1,4 Kinder je Frau und bleibt danach über den gesamten Zeitraum konstant.
- Die **Lebenserwartung** nimmt bei Frauen und bei Männern um etwa zwei Jahre zu.
- Der jährliche **Wanderungsüberschuss** steigt im Jahr 2007 auf 5 000 Personen und bleibt danach über den weiteren Zeitraum konstant.

Natürliche Bevölkerungs- bewegung

Um die künftigen Geburten berechnen zu können, müssen für die Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren Geburtenziffern geschätzt werden. Für die Berechnung der Sterbefälle sind altersspezifische Sterbeziffern zu ermitteln. Beides geschieht in der Regel mit Hilfe von Vergangenheitswerten dieser Parameter. Je kleiner die Bevölkerung eines Gebietes und damit die Besetzung der einzelnen Altersjahre ist, desto stärker schwanken von einem Jahr zum anderen die Vergangenheitswerte der altersspezifischen Geburten- bzw. Sterbeziffern und umso schwieriger ist es, die Werte dieser Parameter für die Zukunft zu schätzen.

Räumliche Bevölkerungs- bewegung

Noch größer sind die Schwierigkeiten bei der Abschätzung der künftigen Zu- und Fortzugsziffern, mit denen das Ausmaß der Zuzüge und der Fortzüge im Projektionszeitraum berechnet wird. Insbesondere kleinräumige Wanderungen sind schwankungsanfällig. So kann z. B. die Ausweisung eines neuen Baugebietes, die Ansiedlung oder Vergrößerung eines Gewerbebetriebes oder der Ausbau einer Verkehrsachse für eine kurze Zeit zu einem starken Anstieg der Zuzüge aus Nachbargemeinden oder auch aus weiter entfernten Gemeinden führen. Ein solcher Zuwanderungsstrom ebbt ab, wenn beispielsweise das Baugebiet ausgeschöpft ist oder der neue Gewerbebetrieb die angestrebte Zahl von Mitarbeitern eingestellt hat. Wenn in der Zeitreihe der Vergangenheitswerte eine solche kurzfristige „Spitze“ aufgetreten ist, geht diese in die Vorausberechnung ein und wird in die Zukunft fortgeschrieben. Dies führt zu einer Überschätzung der künftigen Bevölkerungsentwicklung in solchen Gebieten.

Die Entwicklung kann aber auch unterschätzt werden, wenn bereits abgeschlos-

sene Bau- oder Ansiedlungsplanungen der Kommunen, die erst im Vorausberechnungszeitraum realisiert werden, Auswirkungen auf die zukünftigen Wanderungsströme haben. In den nur aus Vergangenheitswerten geschätzten Zu- und Fortzügen des Projektionszeitraumes sind diese bevölkerungswirksamen Planrealisationen noch nicht enthalten.

Trotz dieser Schwierigkeiten können kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnungen für einen mittelfristigen Zeitraum gute Planungsgrundlagen liefern, wenn sie von den Nutzern – um Vor-Ort-Kenntnisse ergänzt – interpretiert werden.

Ergänzung um Vor-Ort-Kenntnisse erforderlich

Methodik der Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Landesamtes für die Verbandsgemeindeebene

Um zu gewährleisten, dass die Verbandsgemeindeergebnisse auf die Kreisergebnisse aus der Studie „Rheinland-Pfalz 2050“ abgestimmt sind, wurden keine neuen, von der Verbandsgemeindeebene ausgehenden, Berechnungen vorgenommen. Die Berechnungen für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erfolgen vielmehr anhand der mittleren Variante der Modellrechnungen. Es handelt sich also nicht um eine Neuberechnung der künftigen demografischen Entwicklung, sondern um eine Regionalisierung der auf der Kreisebene bereits vorgelegten Zahlen. Oder anders ausgedrückt: Die Ergebnisse der mittleren Variante für die 24 rheinland-pfälzischen Landkreise werden auf die jeweils zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden „herunter gebrochen“.²⁾

Verbandsgemeinde-ergebnisse auf mittlere Variante der Kreisergebnisse abgestimmt

2) Für die kreisfreien Städte liegen die Ergebnisse der mittleren Variante bereits auf der tiefstmöglichen Ebene vor.

Verbands-
gemeinde-
ergebnisse nur
bis 2020

Die Vorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erfolgt nur für die mittlere Frist, also bis zum Jahr 2020. Angesichts der zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen bei kleinräumigen Vorausberechnungen ist eine längerfristige Projektion nicht sinnvoll. Um eine unübersichtliche „Zahlenflut“ zu vermeiden, werden nur die Ergebnisse der mittleren Variante der Bevölkerungsprojektionen für die Verbandsgemeindeebene berechnet. Diese Einschränkung scheint auch deshalb gerechtfertigt, weil für die mittlere Frist bis 2020 die Ergebnisse der drei Varianten der Vorausberechnung auf der Kreisebene hinsichtlich der Bevölkerungszahl und -struktur nicht sehr stark voneinander abweichen. Die unterschiedlichen Annahmen der drei Varianten wirken sich erst langfristig deutlicher aus.

Um die methodische Vorgehensweise zu beschreiben, wird das grundsätzliche Vorgehen bei den Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung kurz skizziert und die Verteilung der Kreisergebnisse auf die Verbandsgemeindeebene erläutert.

Methode zur
Berechnung
der Kreis-
ergebnisse...

Der Ablauf der Bevölkerungsvorausberechnung für die kreisfreien Städte und Landkreise stellt sich folgendermaßen dar: Die Bevölkerung zum Ende des ersten Jahres der Projektion errechnet sich aus der Bevölkerung des Basisjahres durch Addition der Neugeborenen und der Zuzüge sowie durch Subtraktion der Sterbefälle und der Fortzüge in diesem Zeitraum – und zwar für jede kreisfreie Stadt und für jeden Landkreis. Dabei bilden die Neugeborenen des Jahres die neue Altersgruppe der unter Einjährigen. Alle anderen „Überlebenden“ rücken in das jeweils nächste Altersjahr vor. Die zu- und fortziehenden Personen werden ihrem Alter

entsprechend zugeordnet. Dieser Prozess wiederholt sich über den gesamten Berechnungszeitraum und erzeugt für jedes Jahr einen neuen Bevölkerungsstand. Die Aufsummierung der regionalen Ergebnisse führt zum Landeswert.

Als Basis der Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung dienen die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2006. Das Jahr 2006 wird deshalb auch als Basisjahr bezeichnet. Für die Berechnung der künftigen Entwicklung ist die Methode der geburtsjahrgangsweisen Fortschreibung gewählt worden. Sie erfordert eine nach Geschlecht und einzelnen Geburtsjahrgängen untergliederte Bevölkerung. In die originären Berechnungen gehen diese Daten auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise in das Modell ein.

Um für die 37 verbandsfreien Gemeinden und 163 Verbandsgemeinden Ergebnisse zu erhalten, werden ihre jeweiligen Ausgangsbevolkerungen zum 31. Dezember 2006 berücksichtigt. Bei der Berechnung der Bevölkerungszahlen für die Verbandsgemeindeebene wird im ersten Rechenschritt nur die natürliche Bevölkerungsentwicklung – also die Geburten und Sterbefälle – einbezogen. Die Verteilung der Zuzüge und Fortzüge wird in weiteren Rechenschritten – die noch erläutert werden – anhand des Wanderungsgeschehens auf der Verbandsgemeindeebene in der jüngeren Vergangenheit vorgenommen.

... und der
Verbands-
gemeinde-
ergebnisse

Die Berechnung der Zahl der Geburten erfolgt mittels altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern der 15- bis 45-jährigen Frauen. Die Geburtenrate, die sich als Summe dieser Ziffern ergibt, ist in Rheinland-Pfalz seit

Berechnung der
Geburten und
Verteilung auf
die Verbands-
gemeindeebene

drei Jahrzehnten auf dem Niveau von etwa 1,4 Neugeborenen je Frau relativ konstant. Deshalb ist in den Modellrechnungen für den gesamten Zeitraum dieser Wert unterstellt worden. Um die regionalen Unterschiede zu berücksichtigen, wurden bei den Kreisberechnungen kreisspezifische Werte zugrunde gelegt. Die vorausberechnete Zahl der Geburten auf der Kreisebene nach Geschlecht wird anschließend anhand der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre von 2002 bis 2006 auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden verteilt.

Berechnung der Sterbefälle und Verteilung auf die Verbands-gemeindeebene

Zur Berechnung der Zahl der Gestorbenen werden alters- und geschlechtsspezifische Sterbeziffern verwendet. Altersspezifische Sterbeziffern sind notwendig, weil das Sterberisiko vom Alter abhängt. Darüber hinaus ist das Sterberisiko von Männern höher als das von Frauen gleichen Alters. Dies erfordert eine geschlechtsspezifische Betrachtung. Zurückblickend lässt sich fast durchgängig über alle Altersjahre ein Rückgang der Sterbeziffern feststellen. In der mittleren Variante der Modellrechnungen ist die beobachtete Entwicklung der Sterblichkeit fortgeschrieben worden, was auf Landesebene bis 2020 zu einer Erhöhung der Lebenserwartung – sowohl bei Frauen als auch bei Männern – um etwa zwei Jahre führt. Die kreisspezifischen Sterbeziffern werden für die Berechnung der Gestorbenen auf der Kreisebene verwendet. Die vorausberechnete Zahl der Sterbefälle nach Alter und Geschlecht wird anschließend anhand der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre von 2002 bis 2006 auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden verteilt.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Berechnungen auf der Kreisebene und der

Rechenverfahren auf Verbands-gemeindeebene

Für jedes Projektionsjahr bis 2020 wurden folgende Rechenschritte durchgeführt.

Schritt 1: Mit der jeweiligen Ausgangsbevölkerung erfolgt zunächst die Berechnung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung. Dabei wird die in der mittleren Variante der Kreisberechnung vorausberechnete Zahl der Geburten nach Geschlecht sowie die Zahl der Sterbefälle nach Alter und Geschlecht auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden anhand der durchschnittlichen Entwicklung der Jahre von 2002 bis 2006 verteilt.

Schritt 2: Für jeden Landkreis werden die Zuzüge und Fortzüge über die Kreisgrenze aus der mittleren Variante der Modellrechnungen (Außen- und Binnenwanderungen) nach Alter und Geschlecht auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden anhand des Wanderungsgeschehens der Jahre von 2002 bis 2006 verteilt.

Schritt 3: Für jeden Landkreis werden die Zuzüge und Fortzüge innerhalb des Landkreises (Kreisbinnenwanderungen) nach Alter und Geschlecht auf die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden anhand der Wanderungsverflechtungen der Jahre von 2002 bis 2006 verteilt.

Verbandsgemeindeebene ist die regionale Verteilung der Wanderungen. Bei den Modellrechnungen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise sind die Außenwanderungen und die Binnenwanderungen zu berücksichtigen.

Berücksichtigung der Wanderungen bei der mittleren Variante auf der Kreisebene ...

Bei den Außenwanderungen, also den Wanderungen über die Landesgrenze, ist hinsichtlich der Herkunfts- und Zielgebiete zwischen den anderen Bundesländern und dem Ausland zu unterscheiden. In den Modellrechnungen werden die Zuzüge anhand der Vergangenheitsentwicklung geschätzt und nach dem beobachteten regionalen Muster auf die kreisfreien Städte und

Landkreise verteilt. Die künftigen Fortzüge werden über kreisspezifische Fortzugsziffern berechnet. Aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre ist in der mittleren Variante ein zunächst leicht steigender und ab 2007 gleich bleibender Wanderungsüberschuss über die Landesgrenze von 5 000 Personen pro Jahr unterstellt worden.

Unter den Binnenwanderungen sind die Wanderungen innerhalb des Landes zu verstehen. In den Modellrechnungen werden die Binnenwanderungen zwischen den Kreisen auf der Grundlage einer Verflechtungsmatrix ermittelt. Die Fortzüge werden anhand durchschnittlicher Fortzugsziffern der letzten Jahre errechnet und bis zum Jahr 2020 fortgeschrieben. Die Zuzüge in einen Kreis ergeben sich durch Aufsummierung der entsprechenden Fortzüge aus den übrigen Kreisen.

Bei der Durchschnittsbildung für den Stützzeitraum der Jahre von 2002 bis 2006 konnten nicht alle Jahre mit dem gleichen Gewicht von jeweils einem Fünftel in die Berechnung eingehen. Vielmehr wurde der Einfluss der Jahre 2005 und 2006 – für die sich aufgrund der Einführung von Zweitwohnsitzabgaben in den kreisfreien Städten Mainz, Worms, Landau in der Pfalz und Trier in den Jahren 2005 und 2006 ein von der Vergangenheit deutlich abweichendes Wanderungsgeschehen ergab – durch die Anwendung eines gewogenen arithmetischen Mittels abgeschwächt.

... und Verteilung
der Wanderungen
auf die Verbands-
gemeindeebene

Um für die Verbandsgemeindeebene Ergebnisse zu erhalten, die auf die Kreisberechnungen abgestimmt sind, wird das dort ermittelte Wanderungsgeschehen bis zum Jahr 2020 zugrunde gelegt. Für die Berechnungen ist für die 24 rheinland-pfälzischen

Anmerkungen zum regionalen Wanderungsgeschehen aufgrund der Einführung von Zweitwohnsitzabgaben

Die Problematik der regionalen Verteilung des künftigen Wanderungsgeschehens im Land hat sich bei der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung aufgrund der Einführung von Zweitwohnsitzabgaben in den kreisfreien Städten Mainz (zum 1. Juni 2005), Worms (1. März 2006), Landau in der Pfalz (1. Juni 2006) und Trier (1. Januar 2007) gegenüber der vorangegangenen Vorausberechnung beträchtlich verstärkt.

Der für die Berechnungen des künftigen Wanderungsgeschehens zugrunde gelegte fünfjährige Stützzeitraum umfasst die Jahre 2002 bis 2006. In den Jahren 2005 und 2006 hat sich für die Altersstruktur – insbesondere wegen der Einführung von Zweitwohnsitzabgaben in den Universitätsstädten – eine von der Vergangenheit deutlich abweichende Entwicklung ergeben. Hauptsächlich betroffen war die Altersgruppe der 19- bis 28-Jährigen – dabei dürfte es sich überwiegend um Studierende handeln.

Problematisch sind aus Sicht der Bevölkerungsvorausberechnung vor allem zwei Aspekte. Zum einen waren die Zuzüge in die vier Städte gegenüber einem „normalen“ Jahr deutlich überzeichnet. Zum anderen ist zu erwarten, dass ein großer Teil dieser Neubürgerinnen und Neubürger die Städte in den kommenden Jahren – etwa nach dem Ende des Studiums – wieder verlassen wird. Da im zugrunde liegenden Stützzeitraum diese Fortzüge aber noch nicht stattgefunden haben, fehlen sie bei der Ermittlung der künftigen Fortzugsziffern.

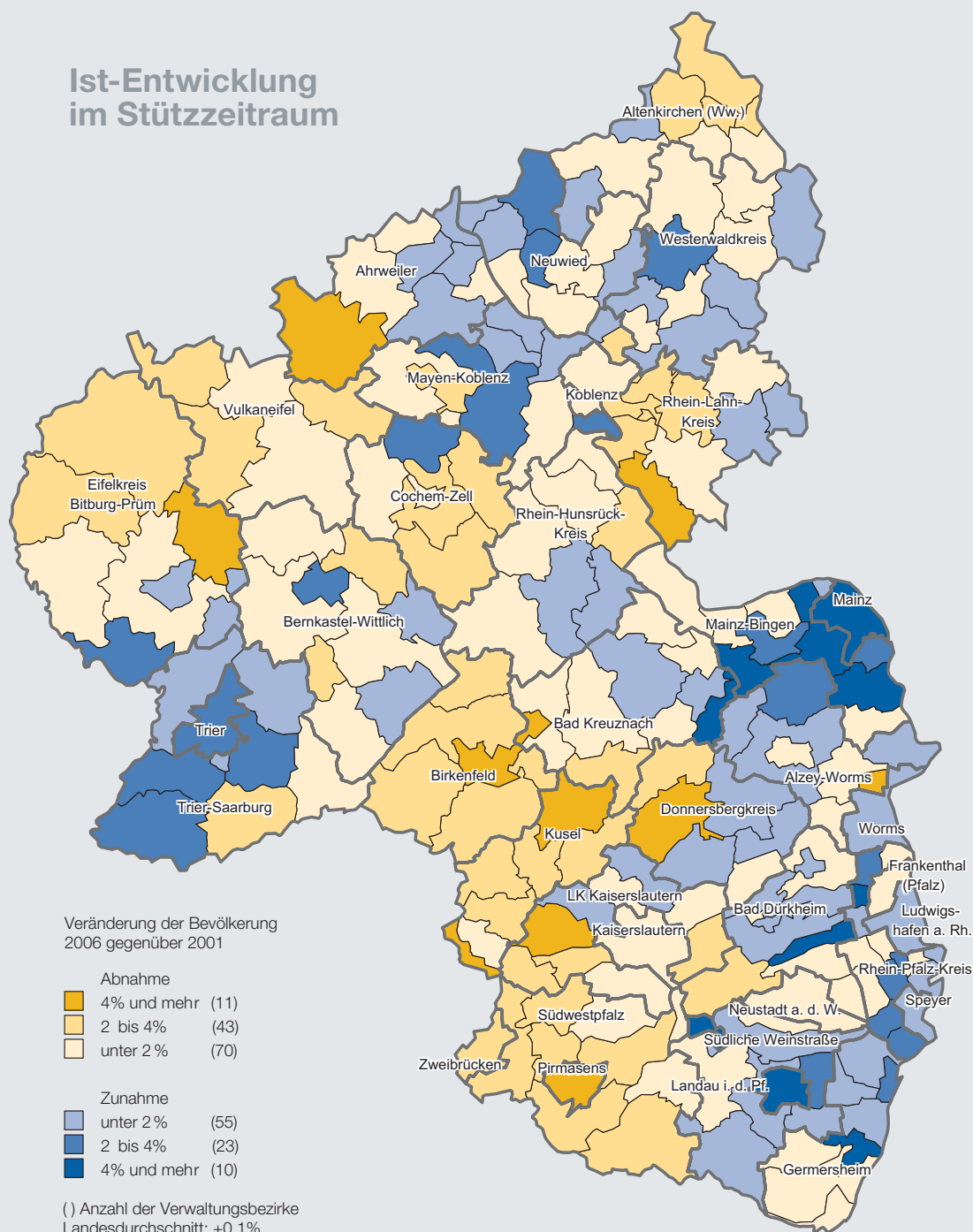
Um die aktuelle Entwicklung nicht „ungebremst“ in die Zukunft fortzuschreiben, musste das künftige Wanderungsgeschehen daher angepasst werden. Die fünf Jahre von 2002 bis 2006 gingen nicht mit dem gleichen Gewicht von jeweils einem Fünftel in die Berechnung ein, vielmehr wurde der Einfluss der Jahre 2005 und 2006 durch die Anwendung eines gewogenen arithmetischen Mittels abgeschwächt. Darüber hinaus mussten in den Städten mit Zweitwohnsitzabgaben die Fortzugsziffern gegenüber den berechneten Durchschnittswerten angepasst werden.

Landkreise ein Verteilungsverfahren der künftigen Wanderungsströme auf die jeweils zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden entwickelt worden. Dabei musste für jeden Landkreis zwischen

G 1

Bevölkerung 2001–2006 in den kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden

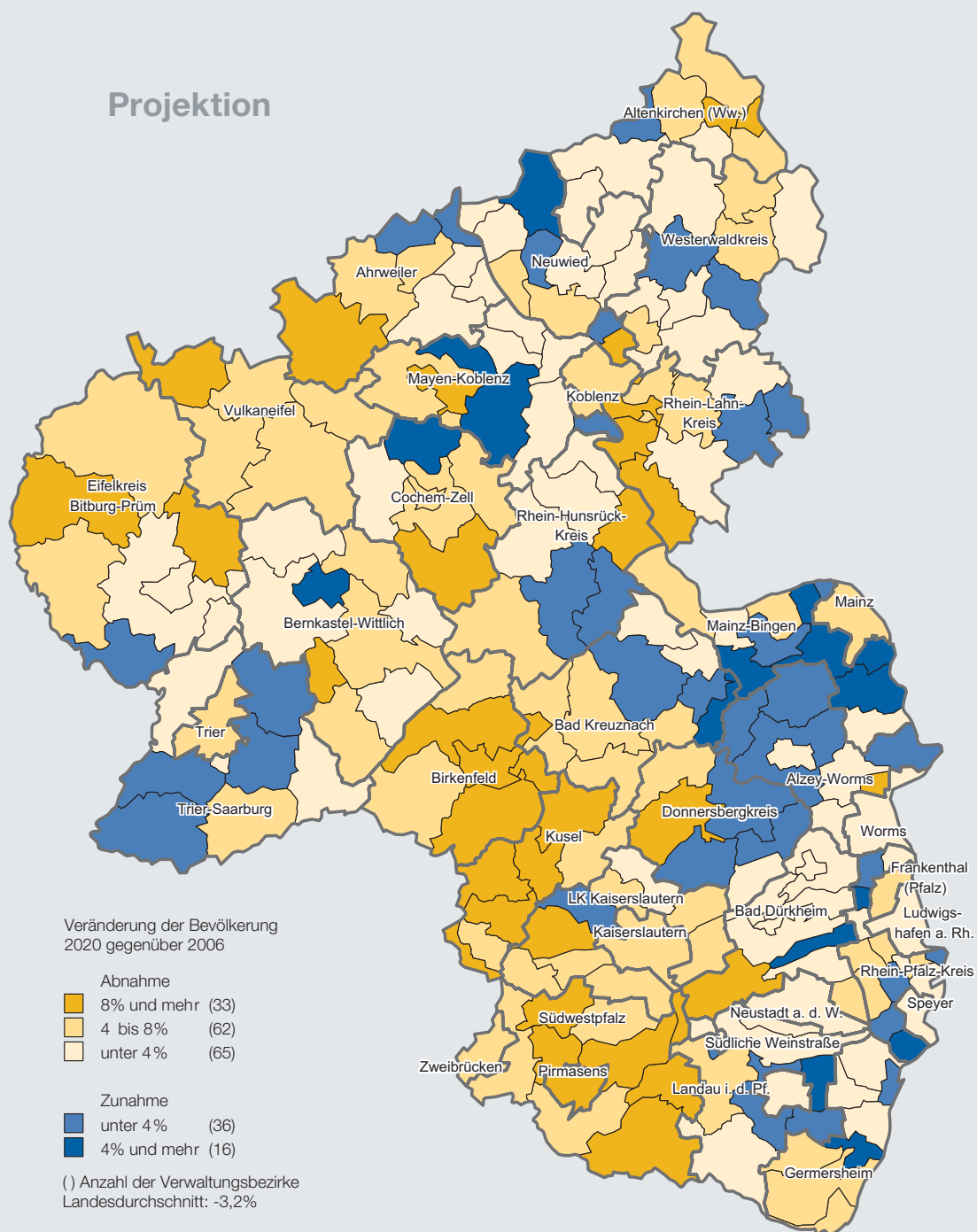
Ist-Entwicklung im Stützzeitraum



G 1

Bevölkerung 2006–2020 in den kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden

Projektion



den Wanderungen über seine Kreisgrenze (also den Zuzügen und Fortzügen aus dem Ausland, den anderen Bundesländern und den anderen rheinland-pfälzischen kreisfreien Städten und Landkreisen) sowie den Wanderungen innerhalb des Landkreises (Kreisbinnenwanderungen) unterschieden werden.

Im Anschluss an den ersten Rechenschritt zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung werden für jeden Landkreis die Zuzüge und Fortzüge über die Kreisgrenze – getrennt nach Geschlecht und Altersjahren – anhand des Wanderungsgeschehens im Stützzeitraum von 2002 bis 2006 auf die einzelnen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden verteilt. Auch hier wurde der Einfluss der Jahre 2005 und 2006 durch die Anwendung eines gewogenen arithmetischen Mittels abgeschwächt.

Bei der Berechnung der Verbandsgemeindeergebnisse muss darüber hinaus in einem dritten Rechenschritt mit der Betrachtung der Kreisbinnenwanderung, d. h. mit den Wanderungen innerhalb eines Landkreises zwischen den einzelnen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden, ein zusätzlicher Aspekt berücksichtigt werden. Anhand des Wanderungsgeschehens im Stützzeitraum von 2002 bis 2006 wird die durchschnittliche Verteilung nach einzelnen Altersjahren und dem Geschlecht differenziert und in die Zukunft fortgeschrieben.

Wo finden sich die Ergebnisse?

Detaillierte
Ergebnisse im
Internet

Einen Überblick über die Bevölkerungsentwicklung im fünfjährigen Stützzeitraum von 2002 bis 2006 – hierzu ist ein Vergleich der Bevölkerungszahlen zum 31.12.2001 und zum 31.12.2006 notwendig – sowie für den

Projektionszeitraum von 2006 bis 2020 in den verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden geben die Karten.

Detaillierte Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für die Verbandsgemeindeebene werden auf der Website des Statistischen Landesamtes unter der Adresse www.statistik.rlp.de/analysen/demografie/index.html bereitgestellt.

Hauptaltersgruppen und bedarfsgerecht abgegrenzte Altersgruppen

Die demografische Alterung der Gesellschaft wird in den Ergebnistabellen anhand der Altersstruktur der drei **Hauptaltersgruppen** (unter 20 Jahre, 20 bis 65 Jahre, 65 Jahre und älter) dargestellt. Die Hauptaltersgruppen grenzen den erwerbsfähigen Teil von dem noch nicht bzw. nicht mehr erwerbstätigen Teil der Bevölkerung ab. Diese Abgrenzung wurde gewählt, da aktuell und auch in der Zukunft die unter 20-Jährigen in der Regel noch nicht, die über 65-Jährigen dagegen größtenteils nicht mehr erwerbstätig sind.

Darüber hinaus enthalten die Tabellen die Ergebnisse von zehn **bedarfsorientiert abgegrenzten Altersgruppen**:

- Die Hauptaltersgruppe der unter 20-Jährigen ist fünfmal untergliedert. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die unter 2-Jährigen, die 2- bis 6-Jährigen (wegen des vom 1. August 2010 an geltenden Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem zweiten vollendeten Lebensjahr bilden sie künftig das Potenzial für Kindertagesstättenplätze), die 6- bis 10-Jährigen (Potenzial für die Grundschulen), die 10- bis 16-Jährigen (Potenzial für die Sekundarstufe I) sowie die 16- bis 20-Jährigen als Potenzial für die Sekundarstufe II bzw. für Ausbildungsplätze.
- Die 45 Jahre umfassende Hauptaltersgruppe der erwerbsfähigen Personen ist in die drei Altersgruppen der 20- bis 35-Jährigen, der 35- bis 50-Jährigen sowie der 50- bis 65-Jährigen gegliedert. Diese Einteilung in jeweils 15 Altersjahre umfassende Gruppen ermöglicht einen schnellen Überblick über die künftige Altersstruktur des Erwerbspersonenpotenzials.
- Für die Hauptaltersgruppe der nicht mehr Erwerbstätigen werden die Ergebnisse nach den Altersgruppen der 65- bis 80-jährigen („Junge Alte“) sowie der 80-jährigen und älteren Seniorinnen und Senioren („Hochbetagte“) getrennt nachgewiesen.

Ergebnisse für
Hauptalters-
gruppen ...

Für jeden Landkreis sind in einem Übersichtblatt die Ergebnisse für die zugehörigen verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden dargestellt. Das Blatt enthält die Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der sogenannten Hauptaltersgruppen (unter 20 Jahre, 20 bis unter 65 Jahre, 65 Jahre und älter) für das Basisjahr 2006 sowie für das Projektionsjahr 2020.

... sowie für
bedarfsgerecht
abgegrenzte
Altersgruppen

Darüber hinaus gibt es für jede verbandsfreie Gemeinde und Verbandsgemeinde ein Datenblatt, das neben der Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der Hauptaltersgruppen auch die Entwicklungen in zehn bedarfsgerecht abgegrenzten Altersgruppen für die Jahre 2006, 2010, 2015 und 2020 enthält.

Vergleichsdaten
für Landkreis,
Region und
Land ...

Um die Ergebnisse größtmäßig besser einordnen zu können, sind in diesem Datenblatt auch die Werte für den jeweiligen

Landkreis, für die Region und für Rheinland-Pfalz für die Jahre 2006 und 2020 dargestellt.

Die Zukunftsergebnisse basieren zu einem wesentlichen Teil auf Vergangenheitsentwicklungen. Daher sind in einem separaten Datenblatt für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden des jeweiligen Landkreises auch die Vergangenheitswerte der Gesamtbevölkerung für die Jahre von 1970 bis 2005 aus der laufenden Bevölkerungsstatistik aufgeführt.

...sowie für die
Vergangenheit

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in dem Bereich Analysen und Prognosen als Referent tätig.

Außenhandel mit Wein

USA wichtigstes Abnehmerland, Italien bedeutendstes Herkunftsland



Von Rainer Klein

Rheinland-Pfalz ist das größte Weinbaugebiet Deutschlands: 62% der bestockten Rebfläche liegen hier. Von den Betrieben mit Weinbau in Deutschland haben 45% ihren Standort in Rheinland-Pfalz. Im Jahr 2007 trugen die rheinland-pfälzischen Betriebe 66% zur deutschen Weinmosternte bei. Von den deutschen Weinexporten entfiel fast die Hälfte auf Rheinland-Pfalz. Von den Weinimporten waren im Vorjahr gut 17% für Rheinland-Pfalz bestimmt.

Wein im Wert von 371,5 Mill. Euro exportiert

Export 2007:
+4,4%

Im Jahr 2007 wurde aus Rheinland-Pfalz Wein im Wert von insgesamt 371,5 Mill. Euro exportiert. Damit stieg der Exportwert des Weins gegenüber dem Vorjahr um 4,4%. Die Exportmenge lag bei knapp 2 Mill. hl; der mengenmäßige Zuwachs betrug nur 0,4%. In Euro gerechnet konnten die rheinland-pfälzischen Weinexporteure 2007 also

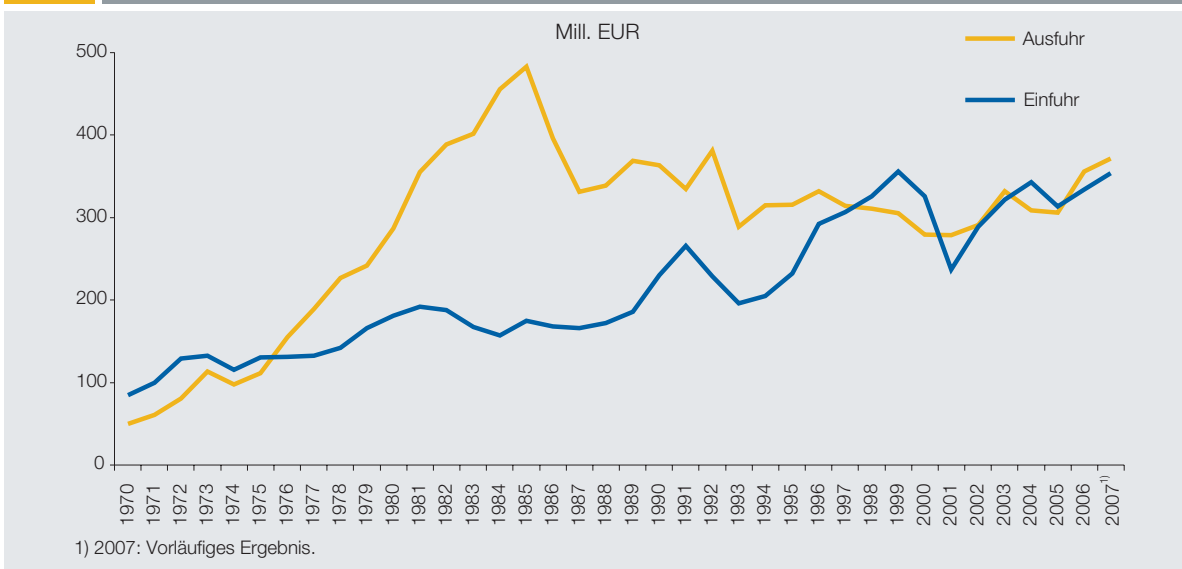
Preiserhöhungen auf ihren ausländischen Absatzmärkten durchsetzen. Für einen exportierten Hektoliter Wein wurden 2007 durchschnittlich 187 Euro erzielt; im Jahr 2006 erzielten sie nur einen Durchschnittspreis von 180 Euro je hl.

Der Wert der von Rheinland-Pfalz importierten Weine stieg 2007 um 6,1% auf 354,2 Mill. Euro. In einer längerfristigen Betrachtung

Import 2007:
+6,1%

G 1

Ausfuhr und Einfuhr von Wein 1970–2007



bedeutet dies ein hohes Einfuhrergebnis; nur im Jahr 1999 war der rheinland-pfälzische Weinimport wertmäßig etwas höher (356 Mill. Euro) ausgefallen. Mit fast 4,5 Mill. hl lag die eingeführte Weinmenge im Jahr 2007 um 2% über dem Vorjahresergebnis. Ein Hektoliter importierter Wein kostete 2007 durchschnittlich 79 Euro (2006: 76 Euro).

USA und Großbritannien sind Hauptabnehmer rheinland-pfälzischer Weine

Die Hälfte aller Exporte gehen in die USA und nach Großbritannien

Den größten Anteil am mengenmäßigen Weinexport hatte im Jahr 2007 erneut Großbritannien. In das Vereinigte Königreich lieferte Rheinland-Pfalz 597 000 hl, das waren 30% der gesamten Weinexportmenge. Die Einnahmen für diese Exporte beliefen sich auf 89,3 Mill. Euro. Das waren 24% der gesamten Einnahmen aus der Weinausfuhr.

Der Durchschnittspreis für rheinland-pfälzischen Wein stieg in Großbritannien 2007 auf 150 Euro je hl. Im Jahr 2006 lag der Durchschnittspreis bei 142 Euro je hl. Aufwertungsbedingte Erlösschmälerungen – der Euro wertete sich 2007 gegenüber dem britischen Pfund um knapp 9% auf – konnten dadurch zum Teil ausgeglichen werden.

Höchste Einnahmen beim Handel mit den USA

Die höchsten Einnahmen erzielten die rheinland-pfälzischen Weinexporteure 2007 allerdings nicht in Großbritannien, sondern in den USA. Mit einer Exportmenge von 297 000 hl wurden Erlöse in Höhe von 98,4 Mill. Euro erzielt. Am gesamten Exportwert des Weins hatten die Lieferungen in die USA einen Anteil von gut einem Viertel (26,5%), an der gesamten Exportmenge einen Anteil von 14,9%.

Außenhandelsstatistiken

Der grenzüberschreitende Weinhandel ist aufgrund von Befreiungen und Vereinfachungen bei der Erhebung der Daten durch eine gewisse Untererfassung gekennzeichnet.

Intrahandelsstatistik

Im Rahmen der Intrahandelsstatistik (Warenverkehr mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union) werden die Meldeschwellen von den Mitgliedstaaten jeweils so festgelegt, dass die in den Intrastat-Verordnungen geforderte Erfassungsquote von 97% erreicht wird. Die Schwellen dienen dazu, die Belastung der Unternehmen zu reduzieren. Unternehmen, deren Intrahandel unterhalb dieser Grenzen liegt, müssen keine Meldungen abgeben.

In Deutschland ist die Anmeldeschwelle auf derzeit 300 000 Euro festgelegt. Das bedeutet in der Praxis, dass Unternehmen, deren innergemeinschaftliche Warenverkehre je Verkehrsrichtung (Eingang bzw. Versendung) im Vorjahr bzw. im laufenden Jahr den Wert von 300 000 Euro (seit 2005) nicht übersteigen, von den Anmeldungen generell befreit sind.

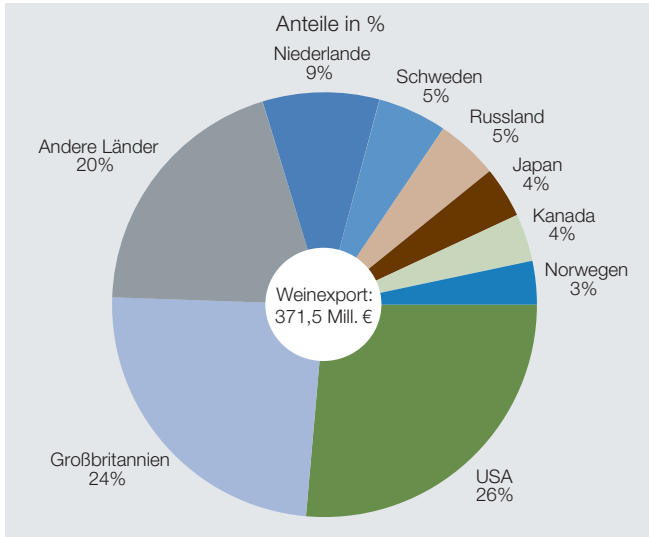
Wird die Wertgrenze erst im laufenden Kalenderjahr überschritten, sind ab dem Monat, in dem die Schwelle überschritten wurde, statistische Meldungen abzugeben. Vor 2005 hatte die Schwelle bei 200 000 Euro gelegen. Aktuell ist eine weitere Anhebung der Anmeldeschwelle auf 400 000 Euro in der Diskussion. Im innergemeinschaftlichen Handel sind grundsätzlich auch alle Privatpersonen von der Auskunftspflicht befreit.

Extrahandelsstatistik

Im Rahmen der Extrahandelsstatistik (Warenverkehr mit Ländern außerhalb der Europäischen Union) werden alle Waren erfasst, die zwischen Deutschland und Drittländern gehandelt werden. Nach der entsprechenden Gesetzesregelung innerhalb der Europäischen Union sollen die statistischen Ämter der Mitgliedstaaten Transaktionen mit Drittländern erfassen, die die statistische Schwelle von 1 000 Euro oder 1 000 kg überschreiten.

G 2

Weinexport 2007 nach ausgewählten Bestimmungsländern



Rheinland-pfälzischer Wein erzielte in den USA einen Durchschnittspreis in Höhe von 331 Euro je hl – also einen mehr als doppelt so hohen Durchschnittspreis wie in Großbritannien. Ursache hierfür ist, dass in die USA vor allem höherwertige Qualitätsweine exportiert wurden.

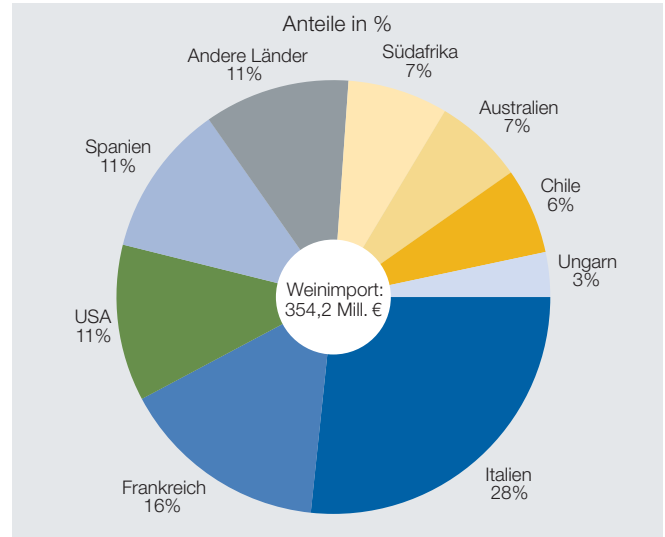
Auch in den USA ist der Durchschnittspreis der rheinland-pfälzischen Weine gestiegen. Im Jahr 2006 lag er erst bei 318 Euro je hl. Also konnten auch bei den Weinexporten in die USA aufwertungsbedingte Einnahmeschwächerungen wenigstens teilweise durch Preiserhöhungen aufgefangen werden. Gegenüber dem US-Dollar wertete sich der Euro 2007 um rund 12% auf.

Dänemark
mit stärkster
Steigerung

Weitere wichtige Abnehmerländer für rheinland-pfälzische Weine waren 2007 die Niederlande (32,8 Mill. Euro; 261 000 hl), Schweden (19,8 Mill. Euro; 133 000 hl) und Russland (17,9 Mill. Euro; 136 000 hl). Unter den zehn bedeutenden Abnehmerländern konnten in Dänemark (+16,6%), Russland

G 3

Weinimport 2007 nach ausgewählten Herkunftsländern



(+8,8%) und Schweden (+8,1%) die größten Steigerungen bei der Absatzmenge erzielt werden.

Weinimporte stammen überwiegend aus Italien

Die rheinland-pfälzischen Weinimporte stammen überwiegend aus Italien; im Jahr 2007 waren es 1,4 Mill. hl im Gesamtwert von 94 Mill. Euro. Es folgen Frankreich (56 Mill. Euro; 491 000 hl), die USA (40,5 Mill. Euro; 337 000 hl) und Spanien (40,4 Mill. Euro; 752 000 hl). Sowohl wert- als auch mengenmäßig stammen etwa zwei Drittel der importierten Weine aus den vier genannten Ländern.

1,4 Mill. hl Wein
aus Italien im-
portiert

Seit 1997 verzeichneten vor allem die Weinimporte aus den USA, Australien und Südafrika überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten. So lag beispielsweise der Wert des aus den Vereinigten Staaten eingeführten Weins im Jahr 1997 erst bei gut 1,8 Mill. Euro.

Weißwein ist Exportschlager

Beim grenzüberschreitenden Weinhandel dominieren in Rheinland-Pfalz die Weiß-

Info

Der grenzüberschreitende Handel mit Wein umfasst in der Summe neben den wert- und mengenmäßig dominierenden Lieferungen von Weiß- und Rotweinen auch den Schaum- und Wermutwein. Dazu kommen noch andere gegorene Getränke (z.B. Apfelwein, Birnenwein und Met) sowie Mischungen solcher gegorener Getränke untereinander oder mit anderen nichtalkoholischen Getränken.

und Rotweine (siehe Info). Im Jahr 2007 hatten sie einen Anteil von 90,6% beim Weinexport und 89,4% beim Weinimport. Rheinland-Pfalz exportierte im Vorjahr 1,72 Mill. hl Weiß- und Rotwein im Gesamtwert von 336,6 Mill. Euro (Deutschland: 3,13 Mill. hl; 635,3 Mill. Euro). Traditionell beherrscht in Rheinland-Pfalz der Weißwein die Ausfuhr; 2007 wurden 1,52 Mill. hl Weißwein exportiert (88,3%).

Von den gesamten deutschen Weißweinexporten kommen mengenmäßig drei Viertel (74,5%) aus Rheinland-Pfalz; beim Rotwein liegt der Exportanteil des Landes bei 18,3%.

Drei Viertel der deutschen Weißweinexporte aus Rheinland-Pfalz

T 1

Außenhandel mit Wein 1997–2007 nach ausgewählten Ländern

Land	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Veränderung 2007 zu 1997 in %
	1 000 EUR											
Exporte												
USA	26 961	27 745	30 156	36 287	36 349	41 841	56 586	58 113	70 756	91 503	98 427	265,1
Vereinigtes Königreich	112 234	119 208	118 967	94 598	96 276	98 037	114 096	103 244	92 394	90 316	89 312	-20,4
Niederlande	28 690	28 581	28 580	23 911	23 184	23 036	26 328	25 913	28 768	29 489	32 846	14,5
Schweden	13 473	14 289	15 628	18 134	18 633	19 535	22 777	16 399	12 288	16 309	19 789	46,9
Russland	10 334	5 599	449	1 280	1 745	2 489	3 935	4 191	5 482	15 530	17 905	73,3
Japan	40 515	46 612	41 208	31 733	26 928	26 357	21 428	18 943	18 475	19 935	14 131	-65,1
Kanada	7 177	7 569	7 167	8 863	9 749	10 173	9 698	9 574	9 176	14 076	13 414	86,9
Norwegen	7 518	6 702	6 839	6 461	7 345	8 803	9 402	9 146	9 474	11 607	12 311	63,8
Belgien ¹⁾	7 128	8 950	7 302	6 112	7 013	5 803	6 551	6 989	7 751	8 452	8 219	15,3
Finnland	3 365	3 049	3 851	4 295	5 085	5 514	6 257	5 306	5 114	5 910	6 351	88,7
Sonstige	57 011	42 373	45 161	47 492	46 615	49 579	55 042	51 072	46 309	52 714	58 772	3,1
Insgesamt	314 406	310 677	305 308	279 166	278 922	291 167	332 100	308 890	305 987	355 841	371 477	18,2
Importe												
Italien	77 720	77 478	101 529	68 765	66 226	76 382	74 056	76 887	74 537	88 098	94 021	21,0
Frankreich	78 612	80 681	89 410	64 034	52 110	63 710	80 844	73 917	60 846	63 110	55 967	-28,8
USA	1 836	4 066	5 244	7 232	10 076	18 547	21 606	24 247	25 466	43 910	40 464	2 103,9
Spanien	104 506	115 438	97 492	111 369	21 944	31 305	48 600	58 297	41 377	35 962	40 423	-61,3
Südafrika	2 543	3 346	3 894	8 052	8 730	11 017	16 197	18 695	24 222	19 869	26 466	940,7
Australien	2 076	3 881	10 065	12 252	14 298	28 383	19 498	21 674	18 403	23 612	23 639	1 038,7
Chile	4 907	6 289	9 110	10 628	13 482	10 636	12 304	19 290	19 460	14 891	22 660	361,8
Ungarn	8 081	8 557	12 106	11 802	13 611	14 013	14 096	11 855	11 553	11 100	11 421	41,3
Mazedonien	8 886	7 236	3 928	5 554	5 394	5 233	7 544	8 531	9 020	7 072	9 153	3,0
Österreich	1 983	2 506	3 849	5 403	4 258	8 019	7 998	5 491	5 439	5 381	7 784	292,5
Sonstige	15 347	16 498	19 381	20 729	26 665	21 905	19 278	24 001	23 253	20 787	22 156	44,4
Insgesamt	306 497	325 976	356 008	325 820	236 794	289 150	322 021	342 885	313 576	333 792	354 154	15,5

1) Bis 1998 einschließlich Luxemburg.

T 2	Ausfuhr ausgewählter rheinland-pfälzischer Weine 2005–2007			
Wein	2005	2006	2007	Veränderung 2007 zu 2006 in %
	1 000 EUR			
Wein aus frischen Weintrauben; Traubenmost	289 895	334 599	351 613	5,1
Schaumwein	9 317	12 315	11 993	-2,6
Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete (Weißwein)				
Mosel	84 451	98 363	101 444	3,1
Pfalz	26 709	28 297	31 405	11,0
Rheinhessen	72 374	83 385	84 457	1,3
Wermutwein und andere Weine aus frischen Weintrauben	6 014	8 224	8 134	-1,1
Andere gegorene Getränke (z. B. Apfelwein, Birnenwein, Met); Getränkemischungen	10 079	13 018	11 730	-9,9
Insgesamt	305 987	355 841	371 477	4,4

Hauptsächlich
Rotweine
importiert

Von den nach Rheinland-Pfalz eingeführten Weiß- und Rotweinen (4,2 Mill. hl; 316,7 Mill. Euro) entfallen 52,6% der Importmengen und 62,2% des Importwerts auf Rotweine. Bei den Weiß- und Rotweinimporten Deutschlands (12,67 Mill. hl) entfällt mengenmäßig ebenfalls mehr als die Hälfte (53,8%) auf Rotweine, wertmäßig sind es sogar gut zwei Drittel (66,8%).

Jeweils etwa ein Drittel der Weißwein- (34,3%) und der Rotweinmenge (32,7%), die nach Deutschland importiert wurde, ging nach Rheinland-Pfalz.

Export von Mosel-Qualitäts-Weißweinen mit deutlichem Zuwachs

Statistik bietet
Zahlen nach
Anbaugebieten

Die deutsche Außenhandelsstatistik eröffnet neben der räumlichen (Herkunfts- und Bestimmungsländer sowie Bundesländer) und warensystematischen Differenzierung auch die Möglichkeit, den grenzüberschreitenden Handel mit Qualitätsweinen nach Anbaugebieten darzustellen. Allerdings konzentriert sich diese Möglichkeit der Untergliederung nach rheinland-pfälzischen Anbaugebieten lediglich auf Qualitäts-Weißwein der drei Anbaugebiete Mosel, Rheinhessen und Pfalz.

Im Jahr 2007 brachten weiße Qualitätsweine aus dem Anbaugebiet Mosel auf Weltmärkten Einnahmen in Höhe von 101,4 Mill. Euro und trugen damit mehr als ein Viertel (27,3%) zu den gesamten rheinland-pfälzischen Einnahmen aus Weinexporten bei. Nachdem mit Weinen aus dem Anbaugebiet Mosel bereits 2006 ein Zuwachs von 16,5% gegenüber dem Vorjahr erreicht wurde, stieg der Exportwert im Jahr 2007 nochmals um 3,1%.

Das mit 8 883 ha bestockter Rebfläche drittgrößte rheinland-pfälzische Anbaugebiet Mosel zählt zu den ältesten deutschen Weinregionen. Das Gebiet gliedert sich in Rheinland-Pfalz in die Bereiche Cochem, Bernkastel, Ruwertal, Obermosel und Saar. Seit August 2007 lautet der Name dieses Gebietes „Mosel“; Saar und Ruwertal gehören aber weiterhin zu dieser Weinregion.

Neben Riesling wachsen im Anbaugebiet Mosel auch Müller-Thurgau, Kerner und Elbling, der meist zu Sekt verarbeitet wird. Aber auch immer mehr Rotweine finden hier einen Platz. Gut 59% (59,9 Mill. Euro) der Einnahmen aus den exportierten Mosel-

Weißweine
von der Mosel
für gut
100 Mill. Euro
exportiert

USA nimmt 59%
der exportierten
Mosel-Qualitäts-
Weißweine ab

Qualitäts-Weißweinen wurden 2007 in den USA erzielt. Auf den Plätzen zwei und drei folgten die Niederlande (8,2 Mill. Euro; 8,1%) und Großbritannien (6,9 Mill. Euro; 6,8%). Weitere wichtige Absatzländer für Qualitäts-Weißweine aus der Region Mosel waren Norwegen, Kanada und Japan.

Großbritannien, USA und Niederlande wichtige Abnehmer für rheinhessische Weißweine

Mehr als ein Fünftel (22,7%) der rheinland-pfälzischen Einnahmen aus Weinausfuhren kommen aus dem Anbaugebiet Rheinhessen (84,5 Mill. Euro). Nach einem kräftigen Exportplus von 15,2% in 2006 konnten die rheinhessischen Weißweine 2007 nur noch um 1,3% zulegen.

Rheinhessen umfasst ein Viertel der deutschen Anbaufläche

Rheinhessen ist Deutschlands größtes Anbaugebiet (26 334 ha bestockte Rebfläche). Es liegt im Dreieck Mainz, Worms, Bingen und gliedert sich in die Bereiche Bingen, Nierstein und das Wonnegau. In Rheinhessen sind zwei Drittel der angebauten Weine Weißweine. Die größten Anteile bilden hier Müller-Thurgau, Riesling und Silvaner. Bei den roten Sorten erfreut sich der Dornfelder großer Beliebtheit.

Weine der Anbauregion Rheinhessen wurden überwiegend nach Großbritannien (15,6 Mill. Euro; 18,5%), in die USA (14,7 Mill. Euro; 17,4%) und in die Niederlande (14 Mill. Euro; 16,6%) ausgeführt. Rheinhessische Weine erfreuen sich aber auch in Russland, Kanada und Japan einer regen Nachfrage.

Wert der Weißweinexporte aus der Pfalz 2007 um 11% gestiegen

Die Pfalz trug 2007 zu den gesamten Einnahmen aus den rheinland-pfälzischen Wei-

nexporten 8,5% (31,4 Mill. Euro) bei. Gegenüber dem Jahr zuvor stieg der Exportwert pfälzischer Weine um 11%.

Mit den beiden Bereichen Mittelhaardt/Deutsche Weinstraße und Südliche Weinstraße ist die Pfalz mit 23 389 ha bestockter Rebfläche das zweitgrößte Anbaugebiet in Deutschland, das noch bis 1995 als Rheinpfalz bezeichnet wurde. Etwa ein Fünftel des Anbaus beansprucht der Riesling für sich, weiter werden Müller-Thurgau, Kerner, Ruländer, Silvaner, Weißburgunder und andere Spezialitäten angebaut. Rotweine wie Dornfelder, Portugieser und Spätburgunder finden zunehmend einen Platz bei den Winzern.

Die höchsten Einnahmen aus dem Export pfälzischer Qualitäts-Weißweine kamen aus den USA (8,9 Mill. Euro; 28,5%) und aus Großbritannien (8,4 Mill. Euro; 26,9%). Nennenswert ist auch der Absatz in Russland (3,3 Mill. Euro; 10,5%).

USA und Großbritannien wichtige Abnehmer pfälzischer Weine

Somit steuern die Qualitäts-Weißweine aus den drei Anbaugebieten Mosel, Rheinhessen und Pfalz weit mehr als die Hälfte (58,5%) zum gesamten Wert der rheinland-pfälzischen Weinexporte bei.

Die weiteren Weinanbaugebiete des Landes Rheinland-Pfalz sind Nahe (4 135 ha), Ahr (552 ha) und Mittelrhein (437 ha). Der grenzüberschreitende Handel mit Weinen dieser Regionen lässt sich jedoch nicht in der Außenhandelsstatistik ablesen.

Rainer Klein, Diplom-Ökonom, leitet das Referat Unternehmensstatistiken.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Geschäftsklimaindex gibt auch im August kräftig nach

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

ifo Geschäfts-
klimaindex im
August erneut
kräftig gesunken

Das Geschäftsklima hat sich im August weiter deutlich eingetrübt. Der ifo Index fiel zum dritten Mal in Folge; er verringerte sich von 97,5 auf 94,8 Punkte. „Die deutsche Wirtschaft gerät zunehmend in konjunkturell schwieriges Fahrwasser“ kommentierte das ifo Institut in München diese Entwicklung. Die weitere Stimmungseintrübung wird auch Folgen für den Arbeitsmarkt haben. Der seit 2006 anhaltende Beschäftigungsaufbau dürfte zum Stillstand kommen.

Lagebeurteilung
und Geschäfts-
erwartungen
ungünstiger als
im Vormonat

Sowohl die Beurteilung der gegenwärtigen Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich im August erneut deutlich verschlechtert. Der Lageindex gab von 105,6 auf 103,2 Punkte nach. Die Bewertung der Geschäftsaussichten fiel von 89,9 auf 87 Punkte. Besonders die weitere Verschlechterung der Geschäftserwartungen gibt Anlass zur Besorgnis. Wegen der Euroabwertung und der rückläufigen Ölpreise war von einigen Konjunkturexperten mit einer etwas optimistischeren Einschätzung gerechnet worden.

Kräftige Klima-
eintrübung im
verarbeitenden
Gewerbe

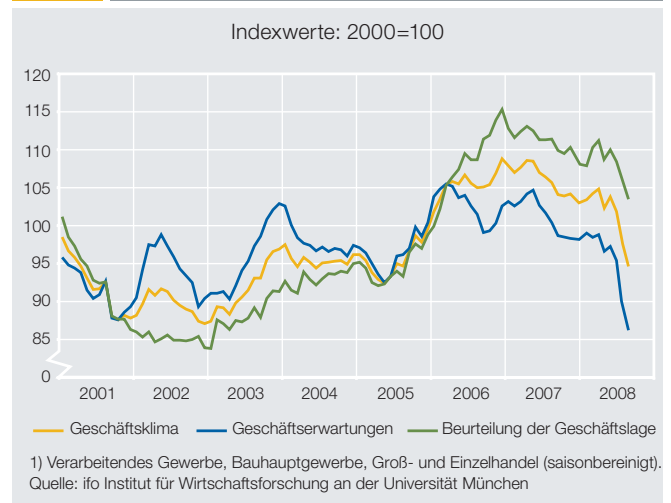
Besonders deutlich verschlechterte sich die Stimmung im verarbeitenden Gewerbe. Sowohl die Lageeinschätzung als auch die Erwartungen haben sich in der Industrie kräftig eingetrübt. Auch in der Baubranche

zeigte sich im August ein schlechteres Stimmungsbild; beide Teilindizes gaben nach.

Im Großhandel hat sich das Klima leicht verbessert. Die Lageeinschätzung blieb hier nahezu unverändert, während die Beurteilung der Geschäftserwartungen bei den Großhändlern sogar etwas günstiger ausfiel. Im Einzelhandel gab es eine leicht verbesserte Lagebeurteilung. Die Erwartungen der Einzelhändler haben sich jedoch weiter verschlechtert.

Stand:
August
2008

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe leicht gestiegen

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung. Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge
des verarbeitenden
Gewerbes
im Mai 2008
gegenüber dem
Vorjahr um 0,7%
gestiegen

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe wurden von November 2003 bis März 2008 steigende Auftragseingänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat festgestellt. Der Anstieg im April 2006 markierte mit +16,1% den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. Das Ordervolumen erhöhte sich im Mai 2008 wieder leicht um 0,7%, nachdem im April zum ersten Mal nach mehr als vier Jahren ein Rückgang der Auftragseingänge (-1,7%) registriert worden war. Davor war bereits im Februar und März die Verbesserung gegenüber dem Vorjahresmonat mit +3 bzw. +2,2% nur gering ausgefallen. Im Januar 2008 war es noch zu einem Auftragsplus von 9,3% gekommen. Davor bewegte sich die Zuwachsrate von Juli bis Dezember 2007 im zweistelligen Bereich zwischen 10,9 und 14,2%.

Inlandsaufträge
im Mai wieder
gestiegen – Aus-
landsaufträge
rückläufig

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde von Mai 2005 bis Januar 2008 von Zuwächsen sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten getragen. Danach wurde von Februar bis April ein Rückgang der heimischen Nachfrage registriert, während die ausländische Nachfrage noch anstieg. Im Mai 2008 kam es nun zu einer gegenläufigen Entwicklung: Die Auftragseingänge aus dem Inland wiesen einen Zuwachs von 2,5% auf, dagegen trat bei den Aufträgen aus dem Ausland mit -0,8% erstmals seit November 2003 eine Verschlechterung ein. Die Auftragszahlen aus dem Inland lagen im April 2008 um 4% niedriger als im Vorjahresmonat; im Februar und März hatte es bereits ein Minus von 1,7 bzw. 1,6% gegeben. Die Steigerungsrate der Bestellungen aus dem Ausland war im April 2008 mit lediglich +0,6% noch einmal deutlich niedriger als im Februar (+7,3%) und März (+5,8%).

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) erhöhten sich im Mai 2008 die Auftragseingänge um 8,4% gegenüber dem Mai des Vorjahres. Damit war die Nachfragesteigerung höher als in den vorangegangenen 13 Monaten. Zuletzt hatte es nach dem schwächeren Anstieg vom Februar (+3,9%) im März und April Auftragszuwächse von 5,2 bzw. 5,5% gegeben.

Die aktuelle Zuwachsrate wird – nach drei Monaten mit rückläufiger Inlandsnachfrage – nun wieder von Nachfragesteigerungen aus dem In- und Ausland bestimmt. Bei den Bestellungen aus dem Inland kam es im Mai 2008 zu einem Auftragsplus von 4,7%. Davor war es von Februar bis April zu einem leicht sinkenden Ordervolumen im Bereich von 0,1 bis 1,4% gekommen. Im Dezember 2007 sowie im Januar 2008 hatte es noch einen Anstieg von 5,5 bzw. 5,4% gegeben. Von September 2007 bis Januar 2008 war die Nachfrage aus dem Ausland fünf Mal in Folge stärker gewachsen als die inländische. Danach erhöhte sich nur noch die Auftrags-eingänge aus dem Ausland: Von Februar bis April lag die Zuwachsrate zwischen 6,1 und 9,3%. Im Mai 2008 betrug der Anstieg sogar 10,5% und war damit höher als in den Monaten seit Juni 2006.

Im Fahrzeugbau, der etwa 17% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, kam es im April 2008 mit einem Minus von 23,2% zu einem weiteren deutlichen Rückgang der Auftragseingänge. Bereits im März (-13,8%) und im April (-19,7%) waren stark sinkende Auftragszahlen zu verzeichnen. Davor war es im Februar mit -5,7% zur Umkehr bei der bis dahin sehr erfreulichen Auftragslage gekommen. Im Januar hatte es noch ein Plus von 8,7% gegeben. Von Oktober 2006 bis Dezember 2007 waren sogar zweistellige Zuwachsraten

Auftragseingänge
in der chemischen
Industrie um 8,4%
über Vorjahres-
niveau

Fahrzeugbau:
Weiterhin deut-
licher Rückgang
der Auftrags-
eingänge

ten zu beobachten. Im Oktober 2007 gab es mit +47,9% den höchsten Auftragszuwachs der letzten Jahre überhaupt.

Im Mai 2008 war bei der inländischen Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion mit –19,2% wieder ein kräftiger Rückgang zu registrieren. Davor waren im März und April die Auftragseingänge aus dem Inland um 21,7 bzw. 23,9% sogar noch stärker gesunken. Außerdem war nach 18 Monaten mit teilweise deutlichen Steigerungsraten auch die Auslandsnachfrage zum dritten Mal in Folge mit einem Minus von 26,3% niedriger als im Vorjahr. Davor hatte es im März und April einen Rückgang der Auftragseingänge aus dem Ausland um 6,7 bzw. 15,9% gegeben.

Nachfrageplus
in der Metall-
erzeugung und
-verarbeitung

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) stiegen die Auftragseingänge im Mai 2008 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 6,5%, nach +3,4% im April. In den ersten drei Monaten des Jahres war die Entwicklung noch günstiger ausgefallen: Im März wurde ein Anstieg um 8,9% registriert, nachdem die Zuwachsrate im Januar (+10,9%) und Februar (+10,3%) sogar im zweistelligen Bereich gelegen hatte.

Bei den Inlandsbestellungen kam es im Mai zu einem Zuwachs um 10,8%, nach +7,6% im April. Damit war die Nachfragesteigerung fast so hoch wie im Februar (+10,9%) und blieb lediglich hinter dem Spitzenwert der letzten Jahre vom März 2008 (+13,2%) zurück. Das Volumen der Auslandsaufträge stieg im Mai wieder leicht um 0,5%. Davor war es im April erstmals seit zehn Monaten hinter dem Vorjahreswert zurückgeblieben (–2,2%). Vor allem zum Jahreswechsel hatte es noch deutliche Verbesserungen gegeben. Von Dezember 2007 bis Februar 2008 lagen die Auftragssteigerungen zwischen 8,5% und 15,9%.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 10%) stieg die Nachfrage im Mai 2008 im Vorjahresvergleich um 6,2% und damit wieder stärker als zuletzt im April (+3%). In den vorangegangenen Monaten hatten die Zuwachsraten von Juni 2007 bis März 2008 – mit Ausnahme des Septembers 2007 (+5,9%) und des Februars 2008 (+8,8%) – noch im zweistelligen Bereich gelegen und zwischen 10,9 und 16% betragen.

Nachfrage-
steigerung im
Maschinenbau
vor allem aus
dem Inland

Die heimische Nachfrage ist im Mai um 14,8% gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Aus dem Ausland gab es mit +1% dagegen nur ein leichtes Plus. Im April lagen die Zuwachsraten aus dem Inland (+2,8%) und aus dem Ausland (+3,2%) noch fast gleichauf. Davor waren die Aufträge aus dem Inland im März um 4,2% gestiegen, während die ausländischen Bestellungen mit +15,3% noch stark zugelegt hatten.

Steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe – Zahl der Baugenehmigungen erhöht sich deutlich

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Mai 2008 gegenüber dem Vorjahresmonat mit +3,4% nach drei Monaten mit rückläufiger Entwicklung wieder gestiegen. Vor allem im Februar (–9,1%) und April (–8,2%) waren die Auftragseingänge kräftig gesunken. Zwischenzeitlich hatte es im März mit –1,5% einen schwächeren Rückgang gegeben. Schon in den vorangegangenen Monaten hatte sich in der Baubranche keine eindeutige Tendenz gezeigt. Im Januar war ein leichtes Plus von 1,3% registriert worden, nachdem es im Dezember 2007 zu einem Minus von 1,9% gekommen war. Davor hatte es von September bis November hohe Zuwachsraten zwischen 9,3 und 13,6% gegeben.

Auftrags-
einträge im
Bauhaupt-
gewerbe steigen
um 3,4%

Zahl der Baugenehmigungen um 13,8% gestiegen

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau ist seit Oktober 2006 stark rückläufig. Von Dezember 2006 bis Februar 2007 brach der Drei-Monats-Durchschnitt – vor allem als Basiseffekt in der Folge eines zwischenzeitlichen Genehmigungsschubs aufgrund der Abschaffung der Eigenheimzulage Anfang 2006 – jeweils um mehr als 50% ein. Diese Entwicklung schwächte sich anschließend ab. Es kam zu einer Stabilisierung der gleichwohl immer noch hohen Abnahmeraten. Von März bis Dezember 2007 gab es Rückgänge zwischen 14,7 und 34%. Nachdem die Zahl der Baugenehmigungen im Drei-Monats-Durchschnitt im Januar 2008 erstmals seit September 2006 mit +0,6% im Vorjahresvergleich wieder leicht angestiegen war, setzte sich im Frühjahr 2008 zunächst die Entwicklung des Vorjahres fort. Von Februar bis April waren deutliche Rückgänge zwischen 10,8 und 17,9% zu verzeichnen. Bedingt durch die hohe Zahl der Baugenehmigungen im Berichtsmonat Juni kam es im aktuellen Drei-Monats-Durchschnitt im Mai 2008 nun allerdings zu einer kräftigen Zunahme um 13,8%.

Sinkende Umsätze im Handel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

„Neuzugangsstichprobe“ erhöht die Repräsentativität, schränkt aber den Vergleich mit den Vorjahren ein

Mit dem Ziel, die Repräsentativität der Handelsstatistiken am aktuellen Rand zu verbessern, wurden die Stichproben der berichtspflichtigen Betriebe durch eine „Neuzugangsstichprobe“ ergänzt. Durch die rückwirkende Einbeziehung neu ge-

gründeter Unternehmen können zwar Umsatzmesszahlen ab Januar 2007 ermittelt werden, diese sind aber mit den zuvor berechneten Werten nicht kompatibel. Daher können die gleitenden Drei-Monats-Durchschnitte im Vorjahresvergleich erst wieder seit dem Vorliegen der Ergebnisse für den Berichtsmonat März 2008 gebildet werden.

Die Einzelhandelsumsätze wiesen nach Einbeziehung der „Neuzugangsstichprobe“ im Mai 2008 im Drei-Monats-Durchschnitt einen realen Rückgang um 0,4% gegenüber Mai 2007 auf. Damit setzte sich die Entwicklung der vorangegangenen Monate fort; die Umsatzeinbußen waren genauso hoch wie im Februar. Zwischenzeitlich waren im März (–1,3) und April (–1,4%) etwas stärkere Rückgänge zu verzeichnen. Für das Jahr 2007 wurde – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – ein jahresdurchschnittlicher Rückgang der realen Umsätze von 0,5% errechnet.

Leichter Umsatzrückgang im Einzelhandel

Die Umsätze im Großhandel sanken nach Einbeziehung der „Neuzugangsstichprobe“ im Mai 2008 im Vorjahresvergleich real um 1,9%. Den höchsten Rückgang im Drei-Monats-Durchschnitt hatte es im April (–5,2%) gegeben. Dieser war in erster Linie durch die Umsatzeinbrüche in den Berichtsmonaten März und Mai 2008 verursacht worden. Im Februar und März hatten die Umsatzrückgänge 2,5 bzw. 1% betragen. Im Jahr 2007 war es – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – zu jahresdurchschnittlichen Umsatzeinbußen von 3,4% gekommen.

Sinkende Umsätze im Großhandel

Im Gastgewerbe gingen die Umsätze im Jahr 2007 real um 2,3% zurück. Im Mai 2008 lagen die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. preisbereinigt um 3,5% unter dem Vorjahreswert. Zuvor waren im März (–3,2%) und April (–3,4%) ebenfalls deutlich sinkende Umsatzzahlen zu

Weiterhin deutlicher Umsatzrückgang im Gastgewerbe

verzeichnen. Der Drei-Monats-Durchschnitt dieser Monate wird allerdings maßgeblich von dem deutlichen Rückgang des realen Umsatzes um 8,3% im Berichtsmonat April bestimmt.

Jahresteuerrate im August 2008 bei 3%

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Anstieg des Verbraucherpreisindex weiterhin auf hohem Niveau

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ging im August 2008 im Vergleich zum Vormonat um 0,5% zurück. Gegenüber dem August des Vorjahres ist er um 3% gestiegen. Damit war die Jahresteuerrate wieder etwas niedriger als in den beiden Vormonaten. Im Juni (+3,3%) und Juli (+3,4%) wurden jeweils die höchsten Werte erreicht, die für den Verbraucherpreisindex seit dem Jahr 1995 – seither wird der rheinland-pfälzische Preisindex nachgewiesen – zu verzeichnen waren. Im Mai hatte die Preissteigerung ebenfalls bei 3% gelegen. Davor hatte sie im April lediglich 2,3% betragen, nach einem zwischenzeitlichen Anstieg um 2,8% im März. Im Januar und Februar 2008 war es zu einer Preissteigerung von jeweils 2,5% gekommen.

Preisentwicklungen in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Überproportionale Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im August 2008 in den Indexhauptgruppen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+7%), „Verkehr“ (+4,4%) sowie „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+4%). Die Preise im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Dagegen waren die Preise im Bereich „Nachrichtenübermittlung“ (-3,6%) sogar niedriger als im August 2007.

Arbeitslosigkeit im August wieder leicht gesunken

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige

konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

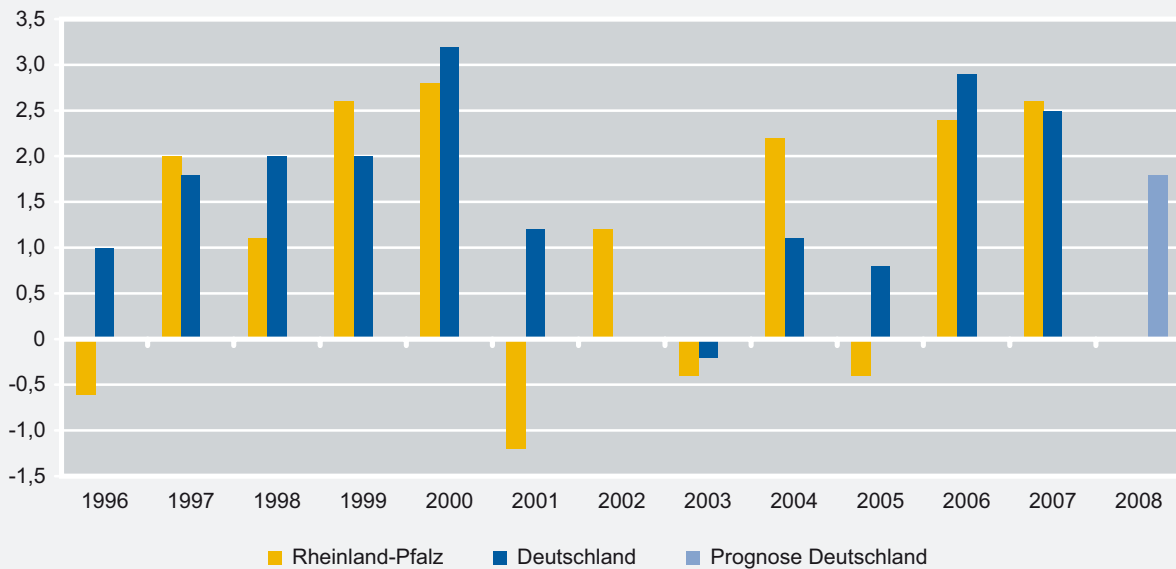
Die Lage am Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz hat sich im August 2008 wieder etwas entspannt. Nachdem die Arbeitslosigkeit im Juli erstmals seit Längerem zugenommen hatte, ist sie im August wieder leicht gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen ging im Vergleich zum Vormonat um 3 800 auf 112 500 (-3,2%) zurück. Gegenüber August 2007 verringerte sich die Arbeitslosenzahl um 19 400 (-14,7%). Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen belief sich im August 2008 auf 5,4% und lag damit 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert des Vormonats. Vor einem Jahr hatte die Arbeitslosenquote noch 6,4% betragen.

Arbeitslosigkeit im August rückläufig

Der wirtschaftliche Aufschwung, der jetzt zwar nachlässt, und die Arbeitsmarktreformen zeigen weiterhin Wirkung. Dies wird auch anhand des Anstiegs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung deutlich. Nach vorläufigen Ergebnissen erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Juni im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 25 000 (+2,1%). Besonders kräftig stieg die Beschäftigung bei den unternehmensnahen Dienstleistern (+7 700), im verarbeitenden Gewerbe (+6 600) und im Gesundheits- und Sozialwesen (+3 800).

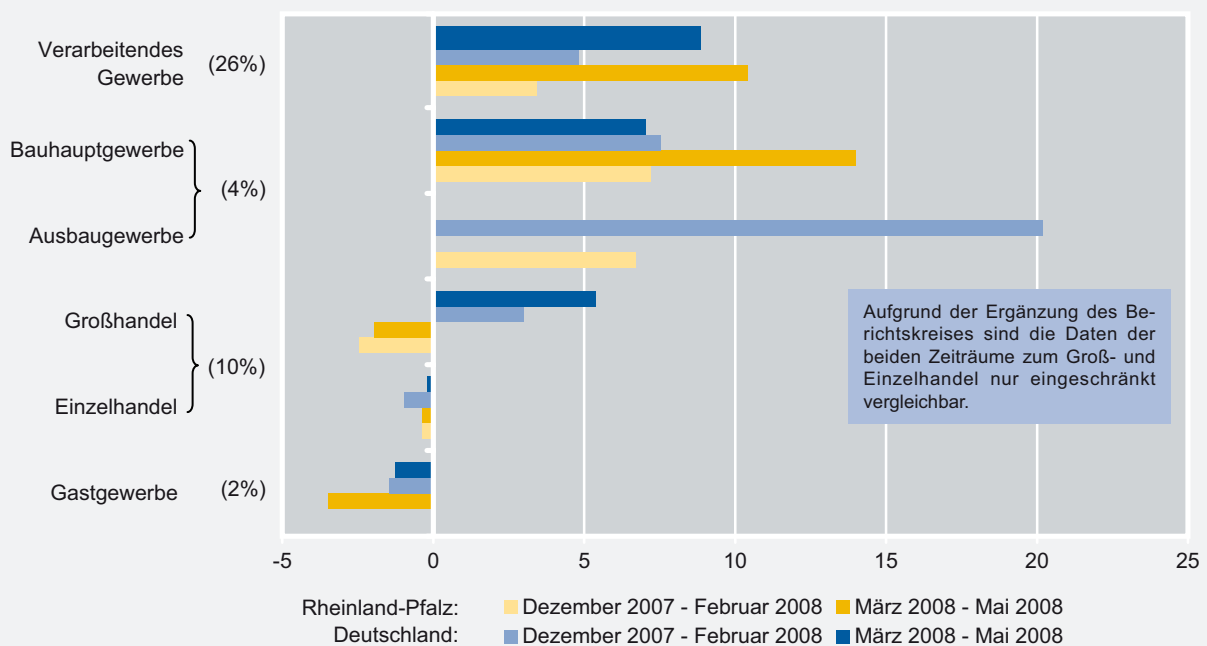
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in dem Bereich Analysen und Prognosen als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾ – Preisbereinigt – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für das 1. Halbjahr 2008: September 2008. – Quelle Prognosewert 2008: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



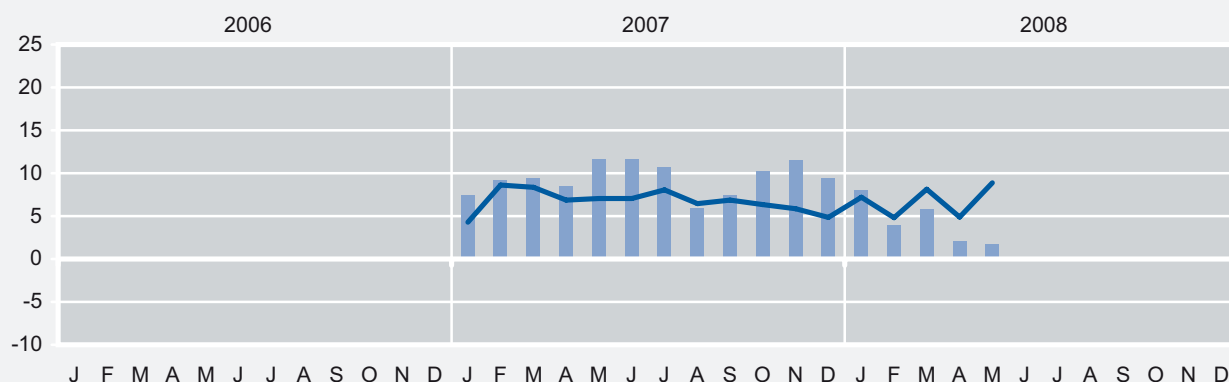
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2005. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

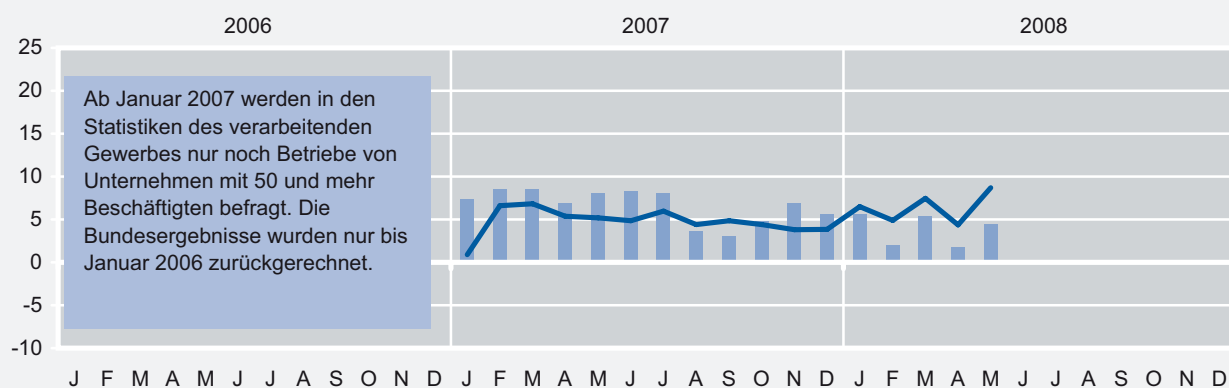
Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

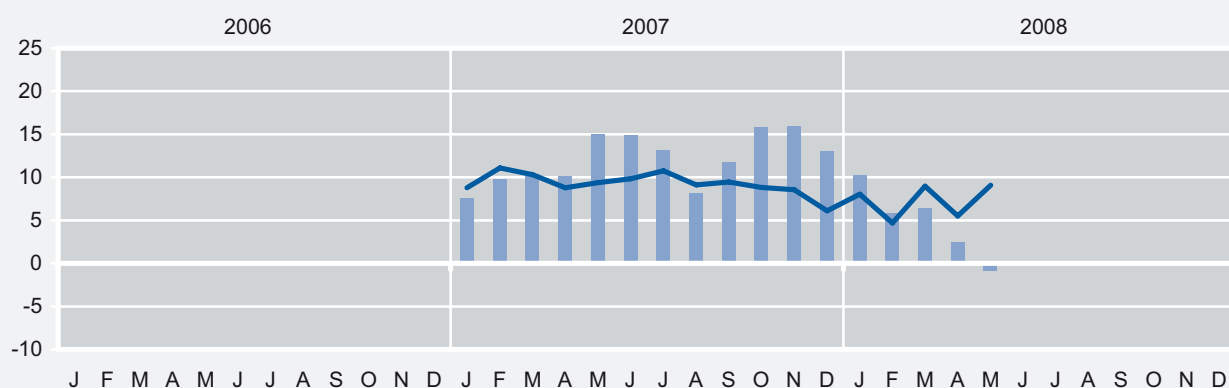
Insgesamt



Inland



Ausland



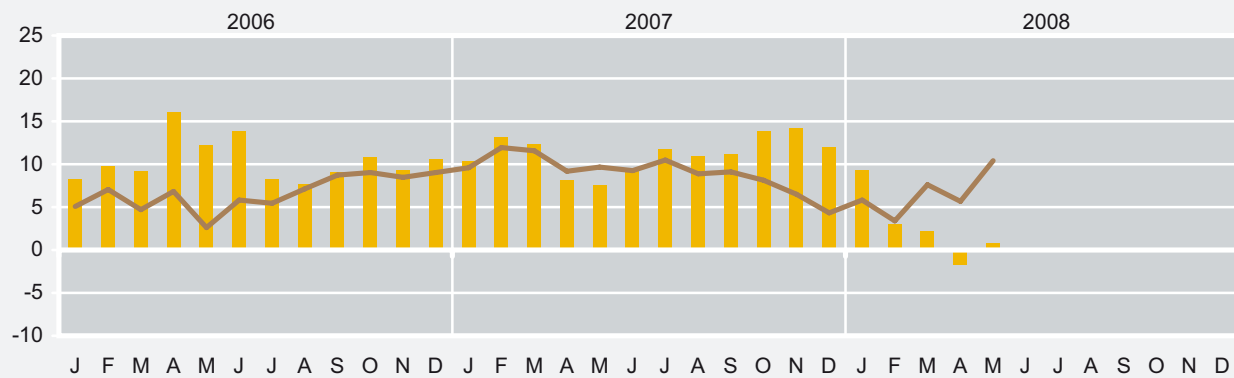
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

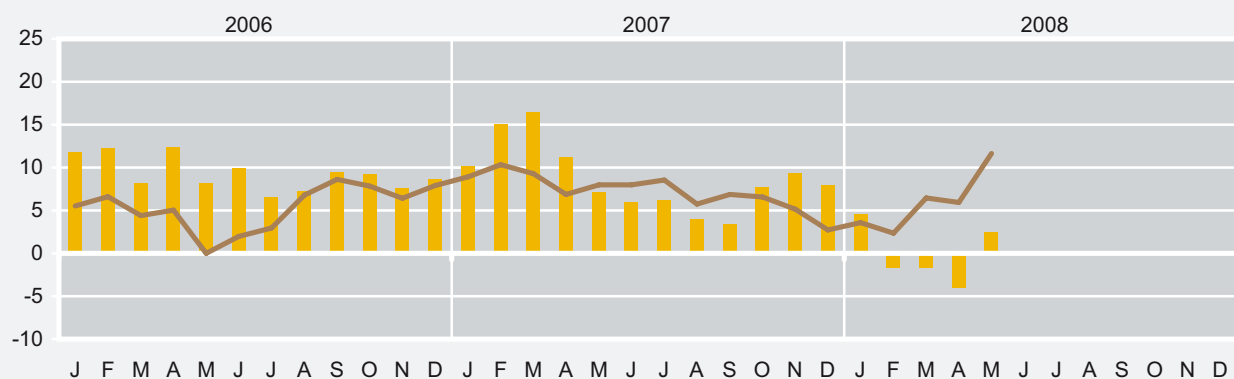
Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

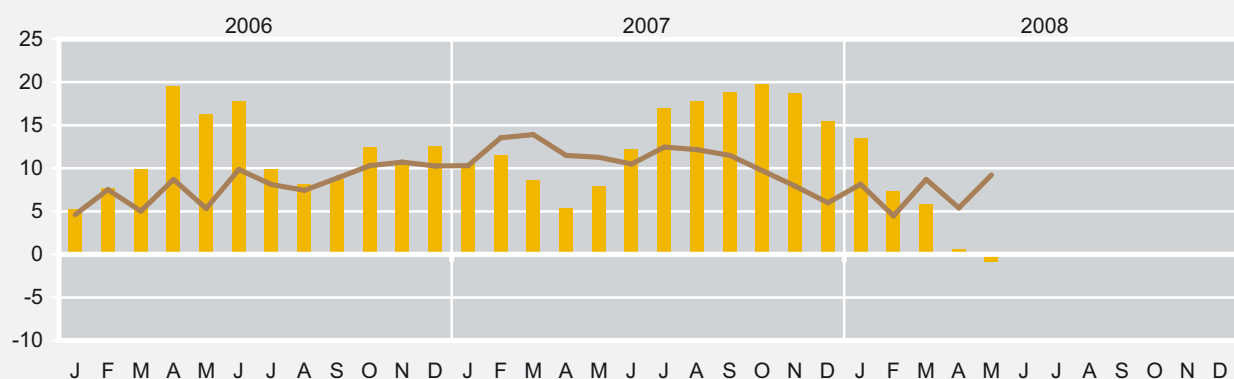
Insgesamt



Inland



Ausland

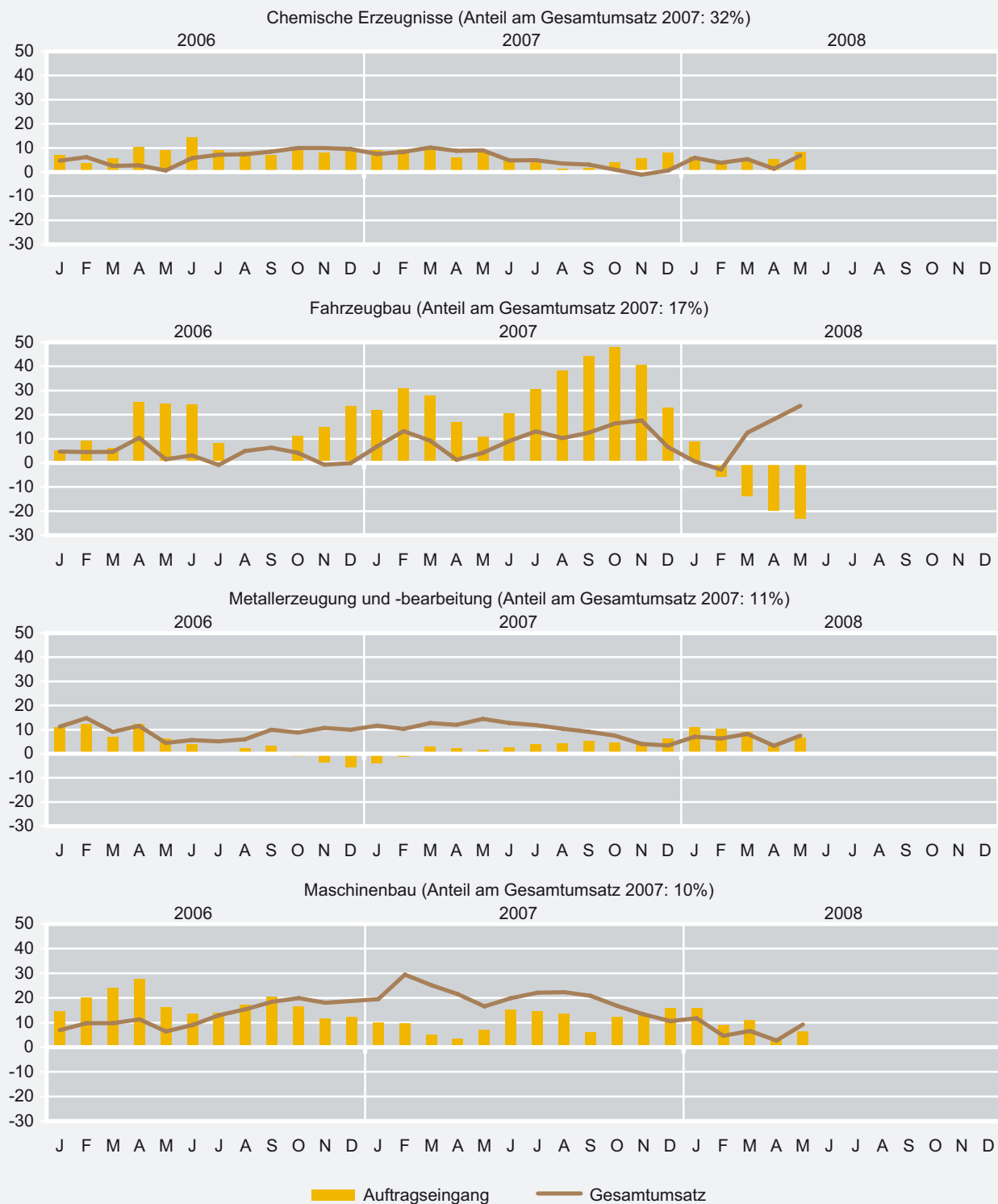


Auftragseingang Gesamtumsatz

Ab Januar 2007 werden in den Statistiken des verarbeitenden Gewerbes nur noch Betriebe von Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten befragt. Die Bundesergebnisse wurden nur bis Januar 2006 zurückgerechnet.

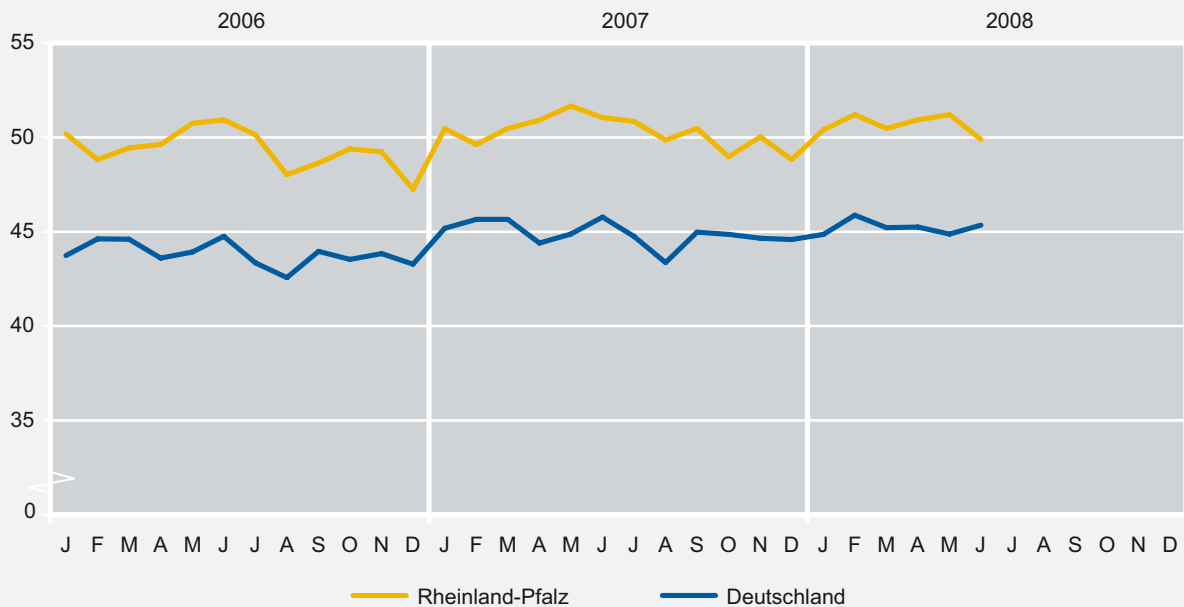
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



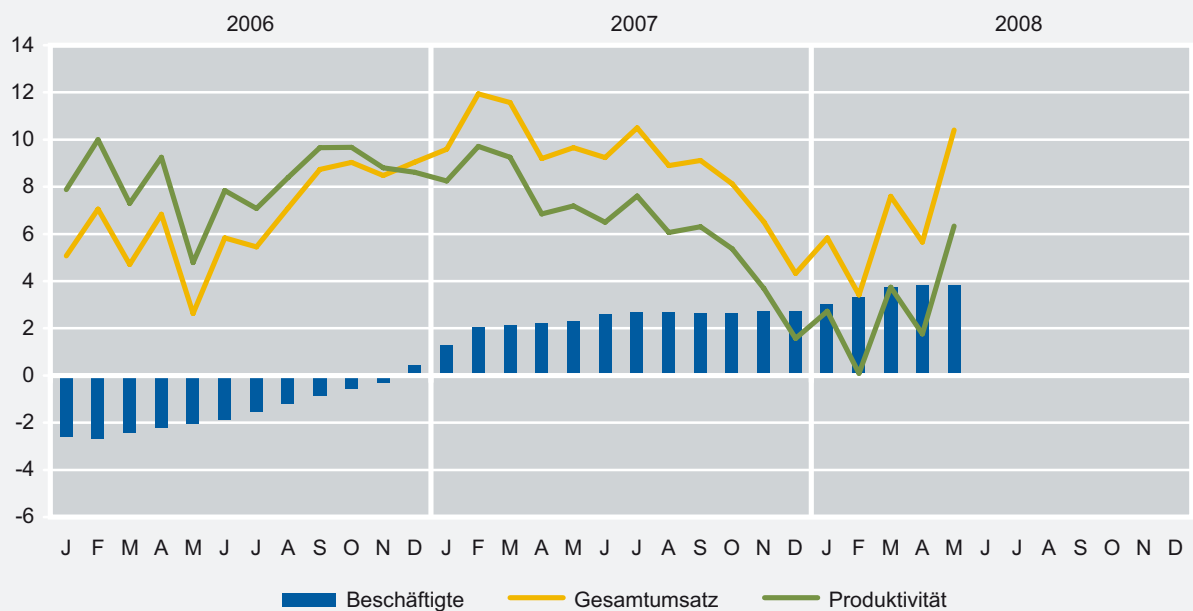
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

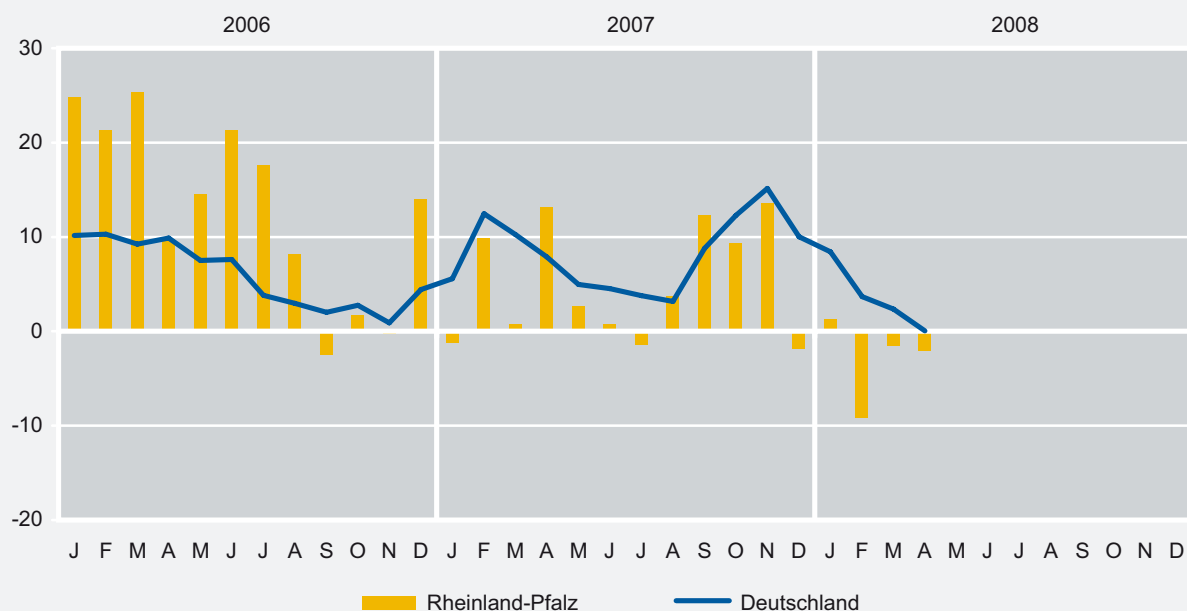
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten.

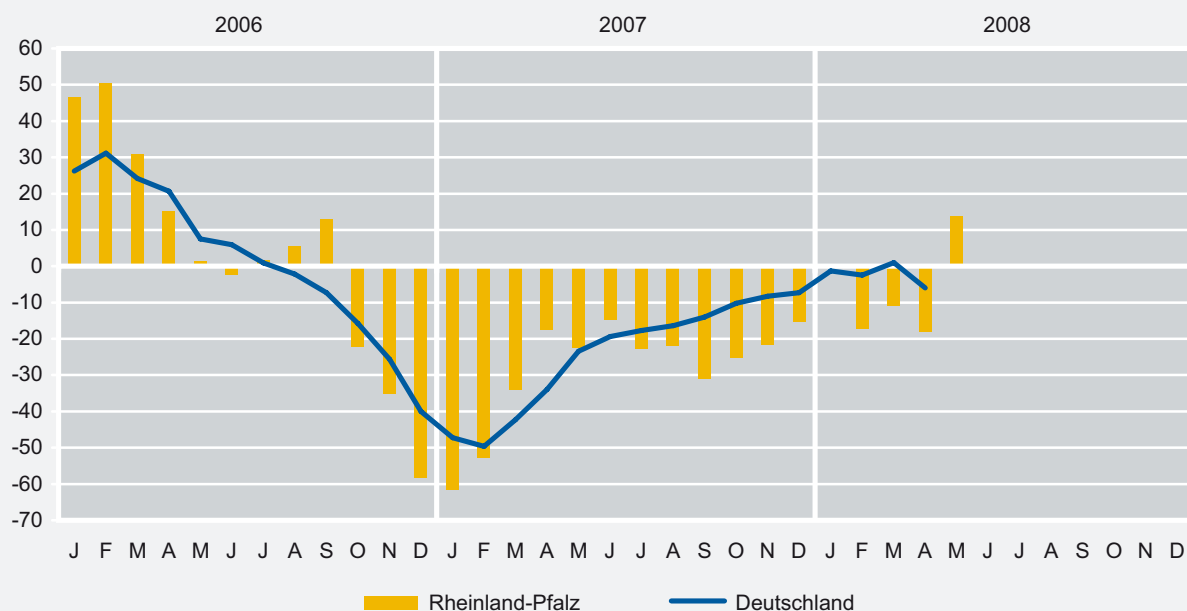
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

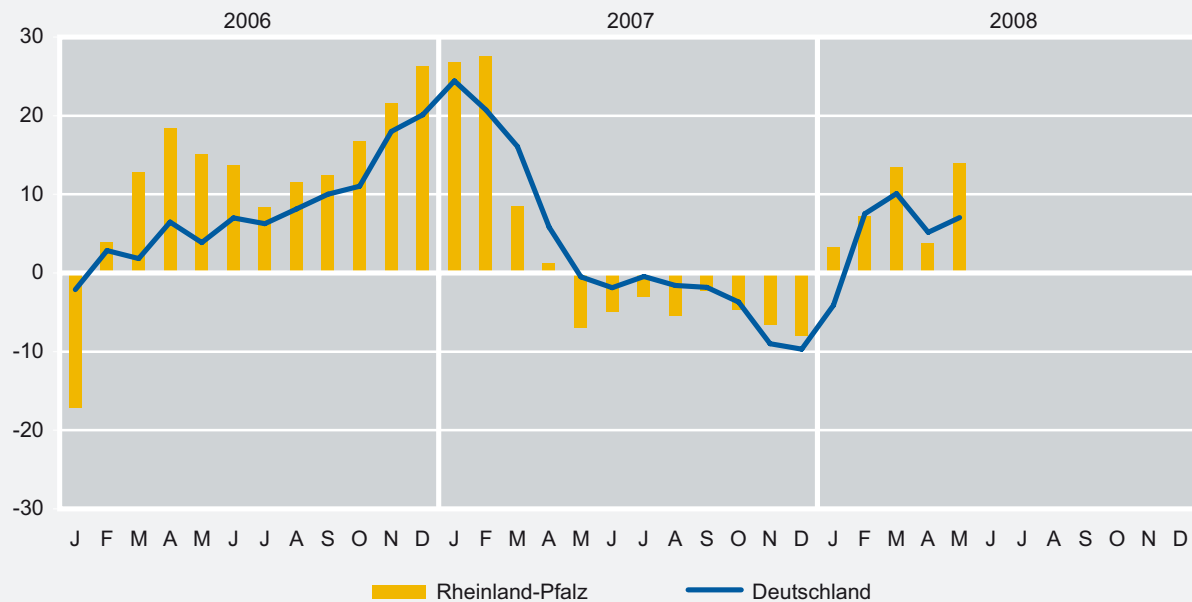
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

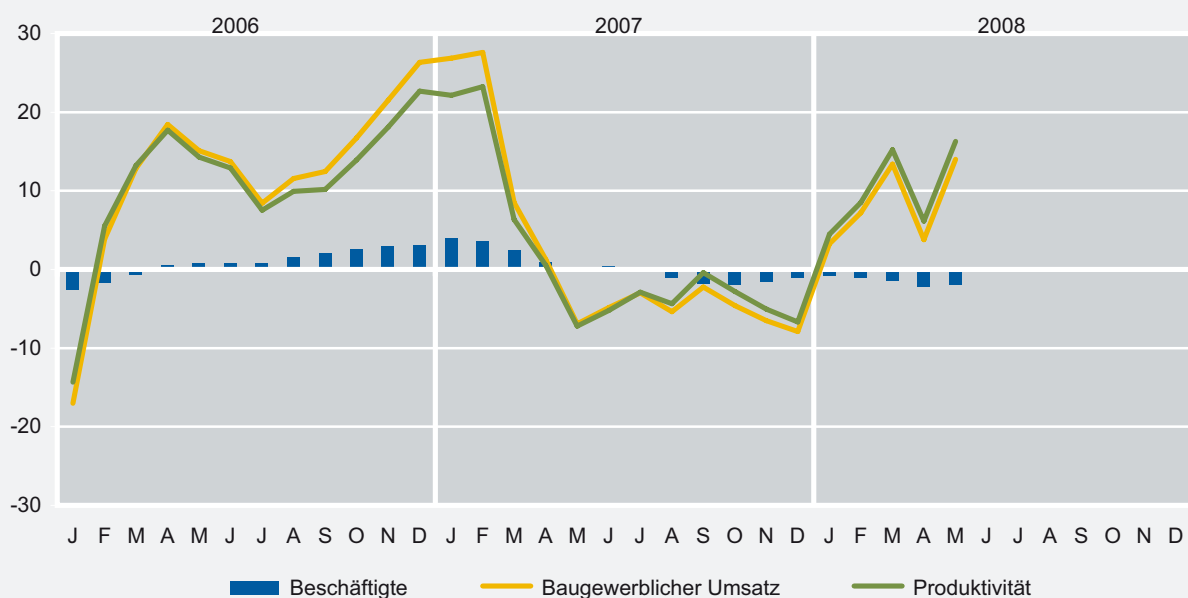
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

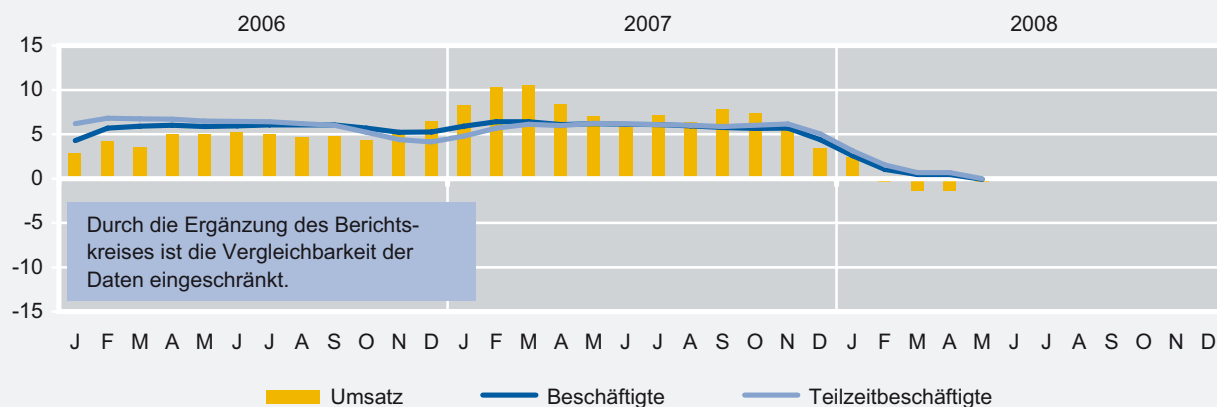
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

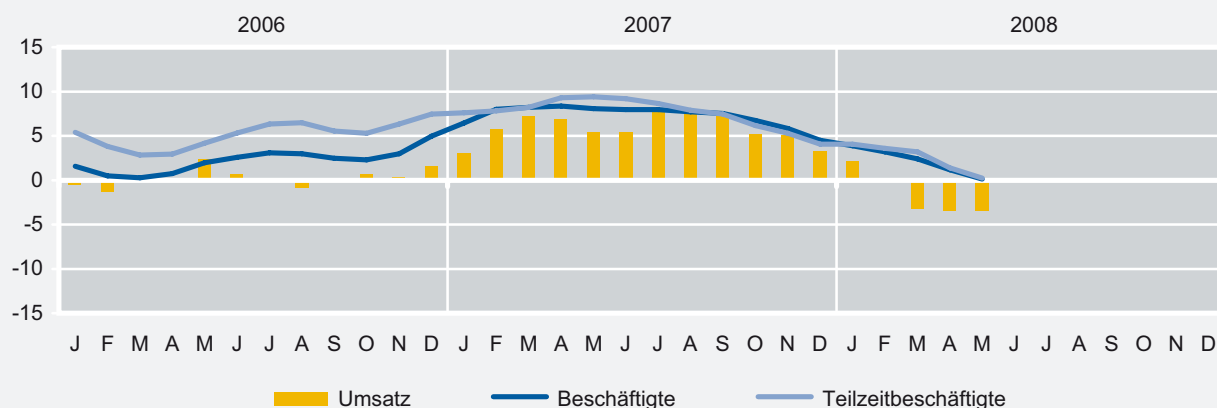
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



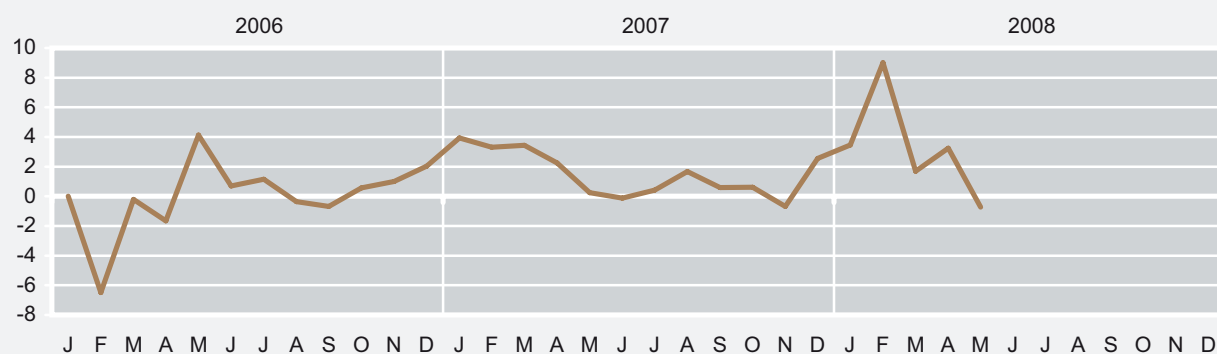
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



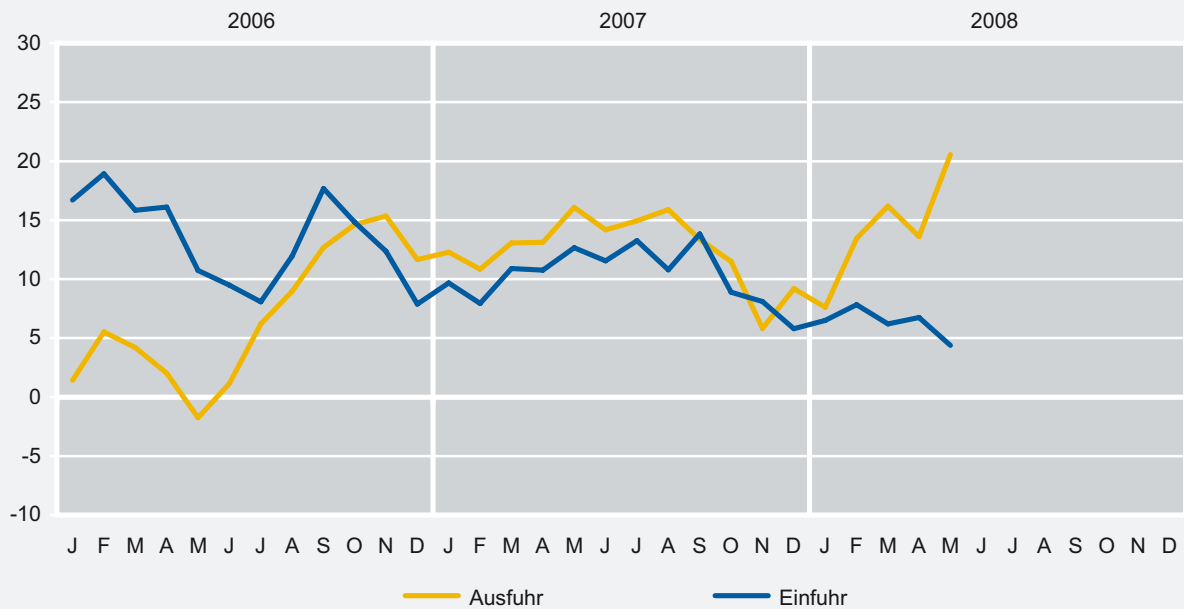
Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

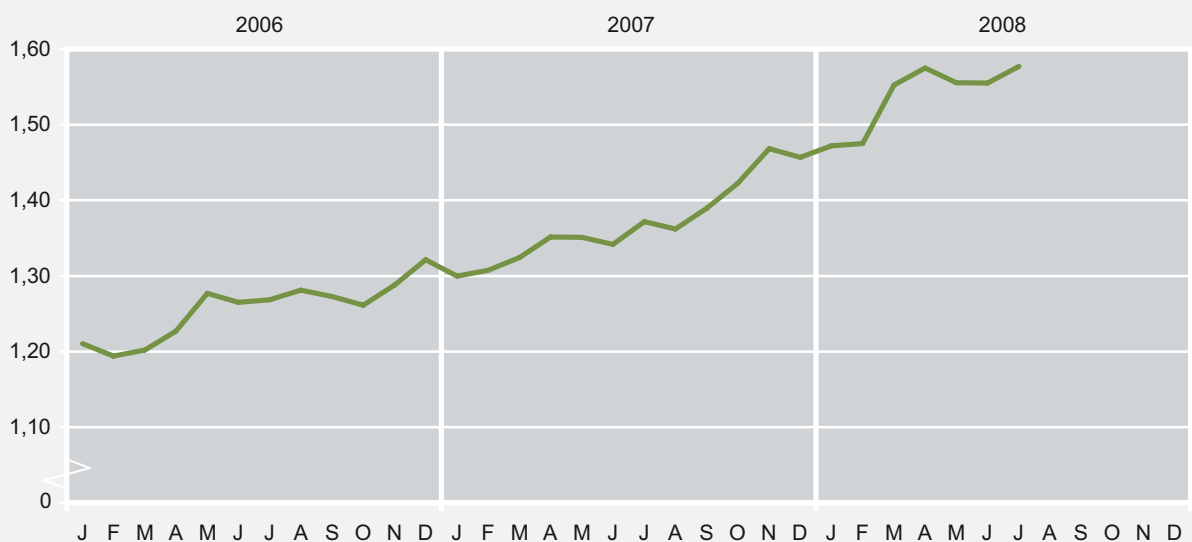
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

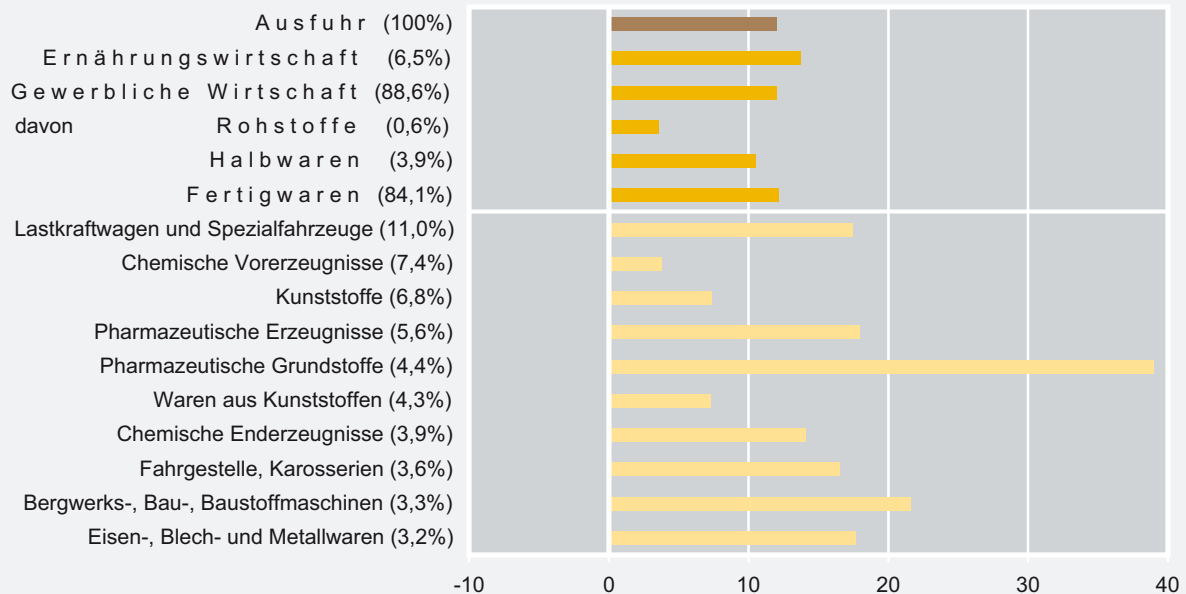
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

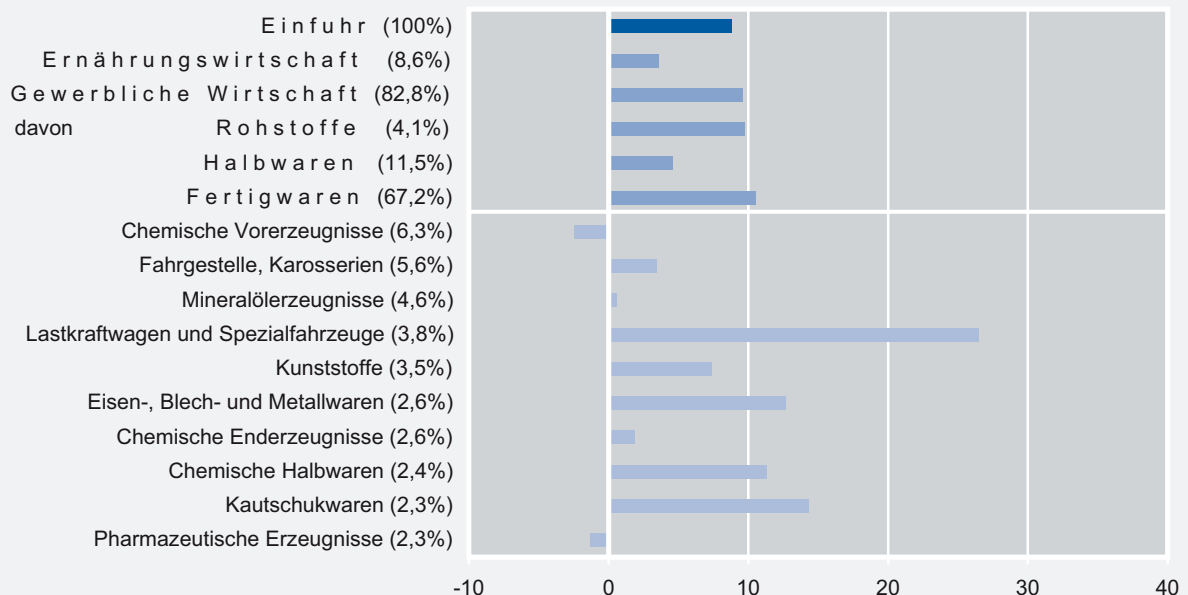
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juni 2007 – Mai 2008 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juni 2007 – Mai 2008 nach Warengruppen¹⁾

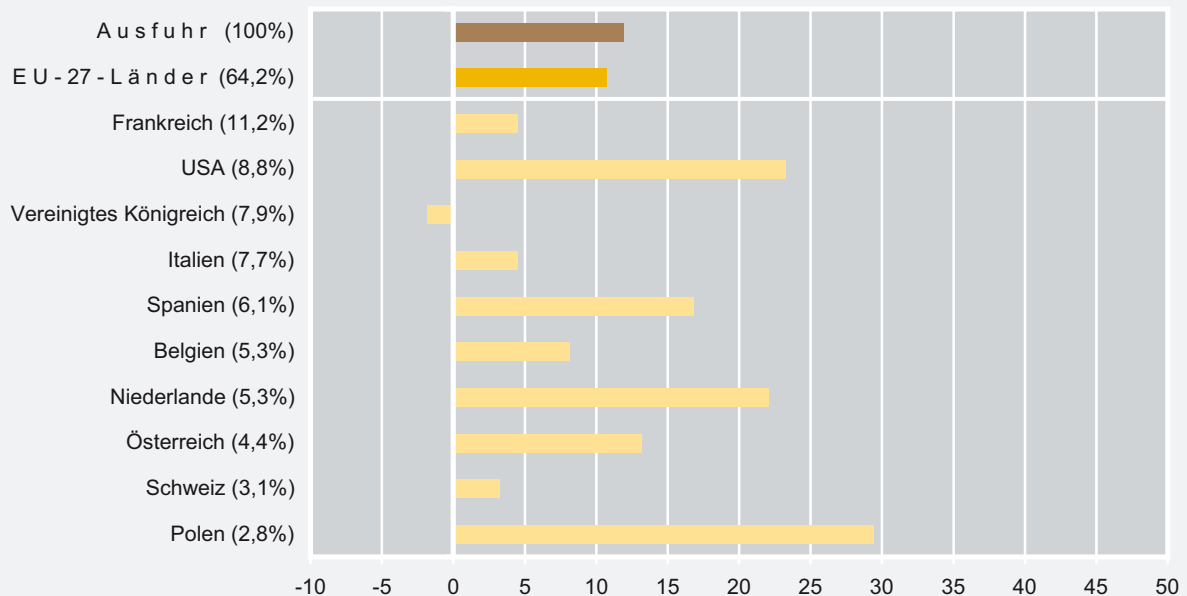
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

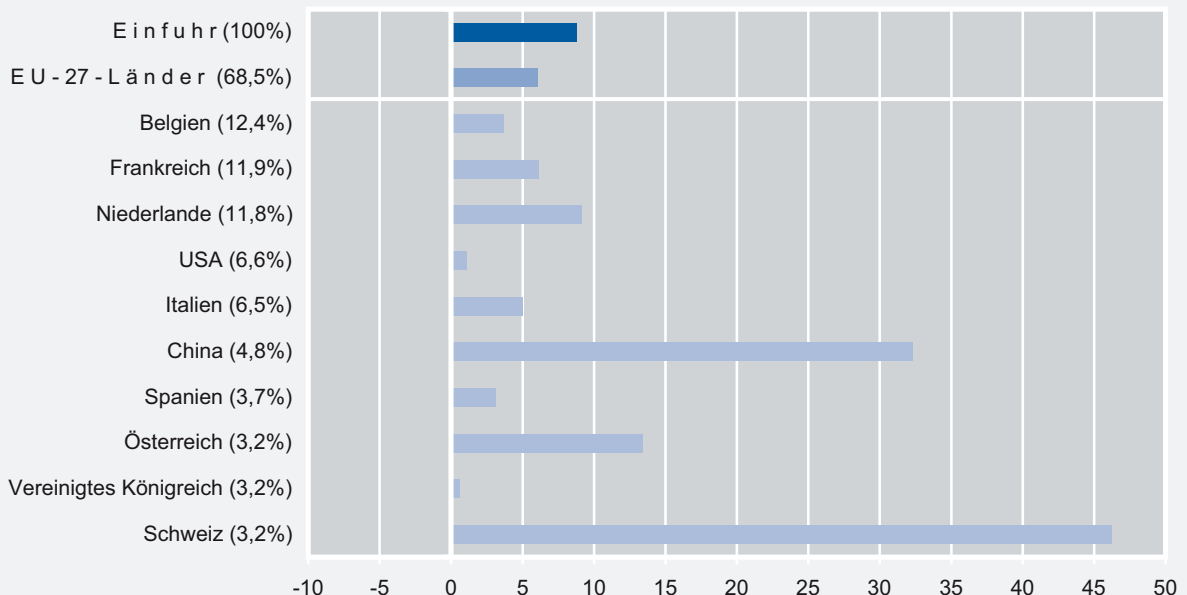
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juni 2007 – Mai 2008 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



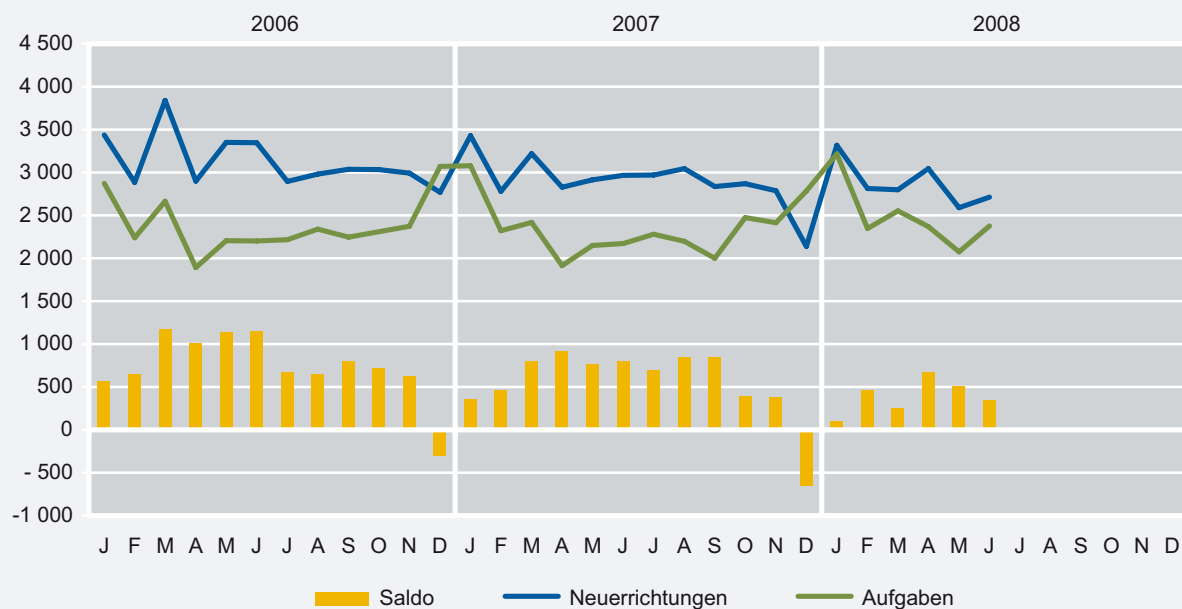
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juni 2007 – Mai 2008 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

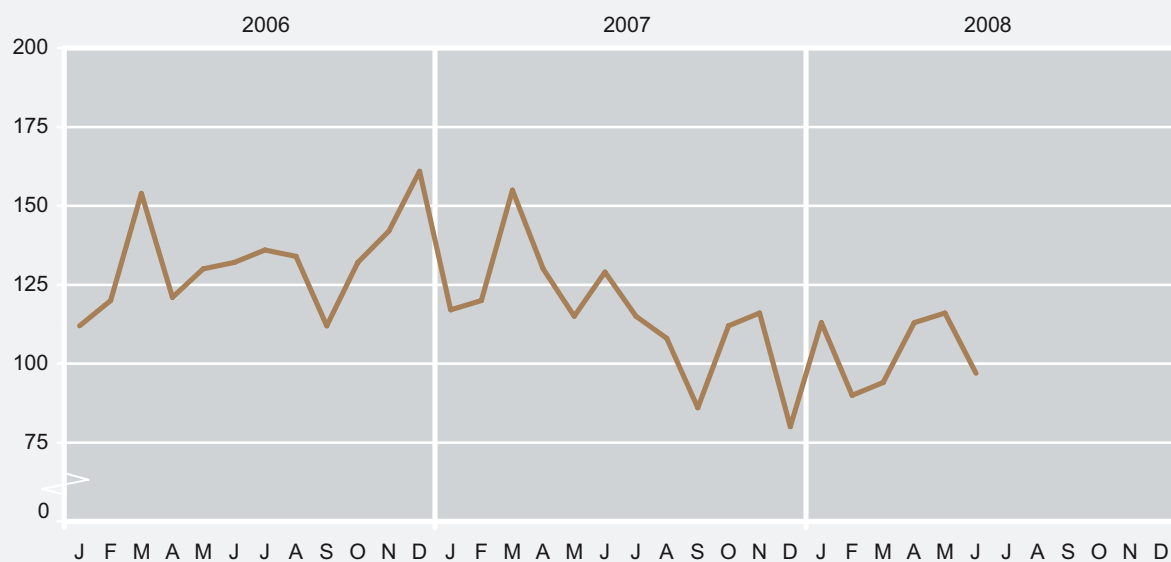


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

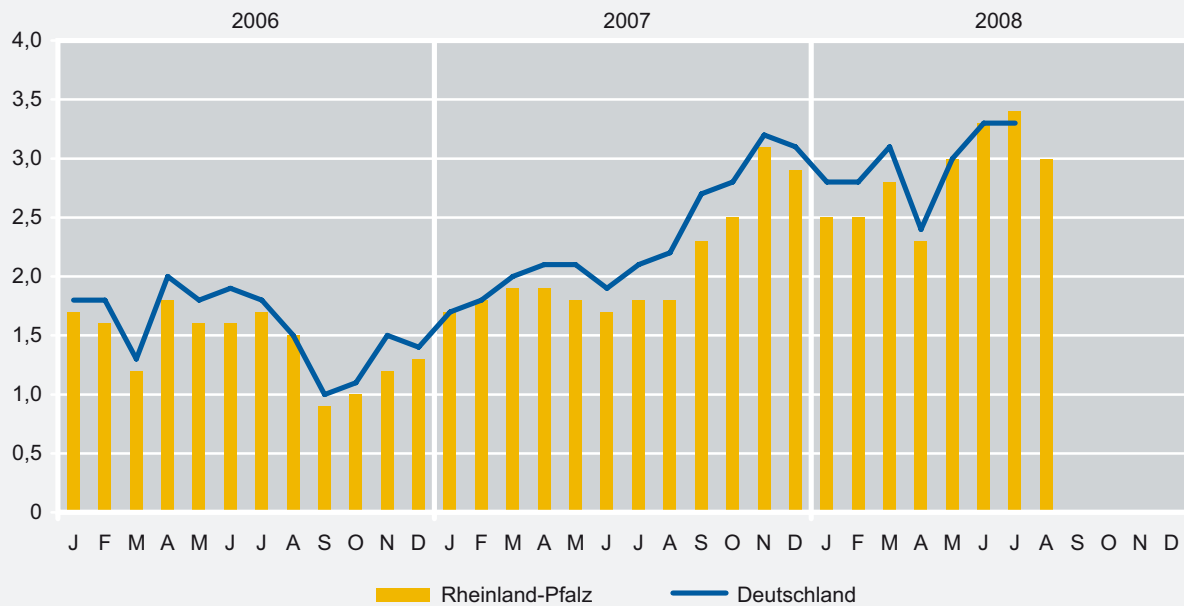


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



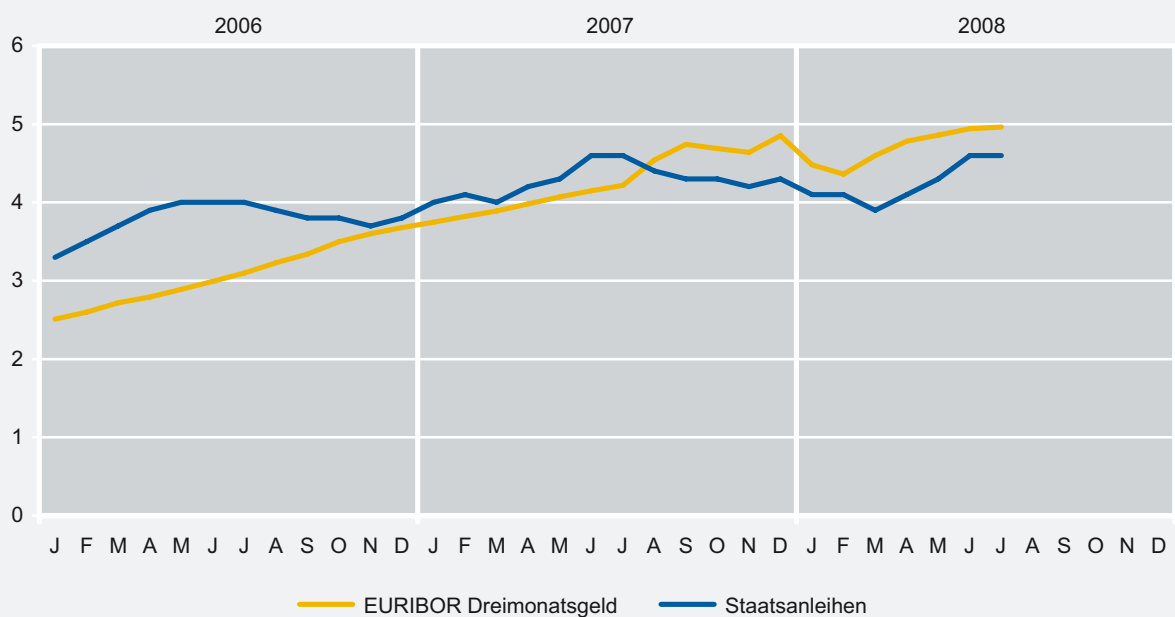
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

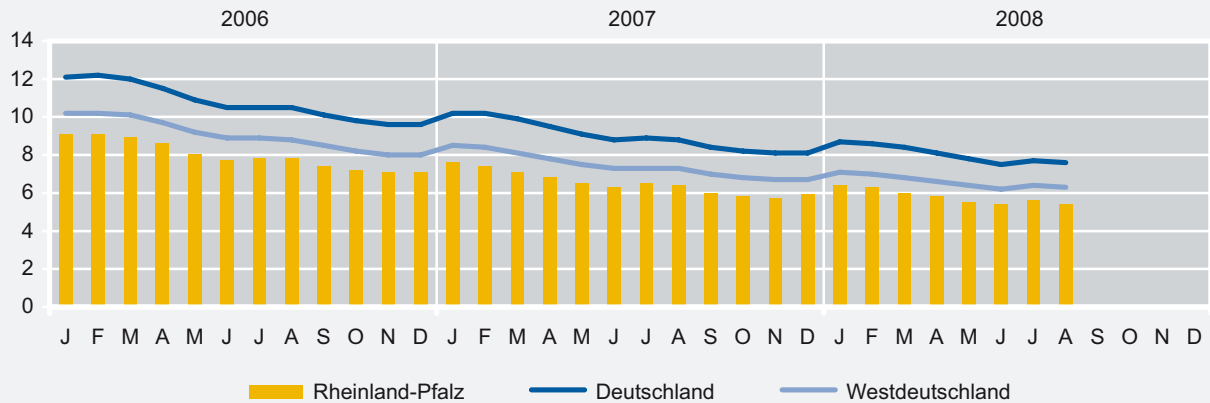
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

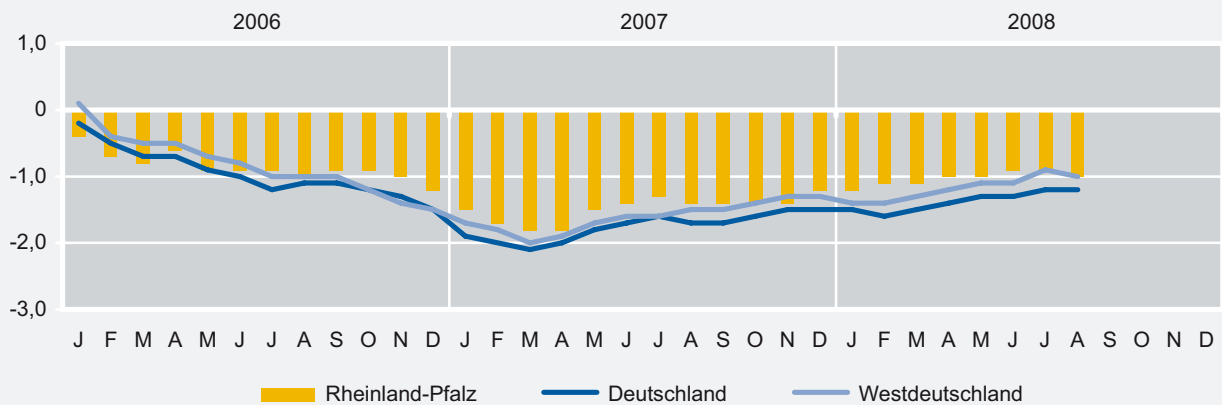
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

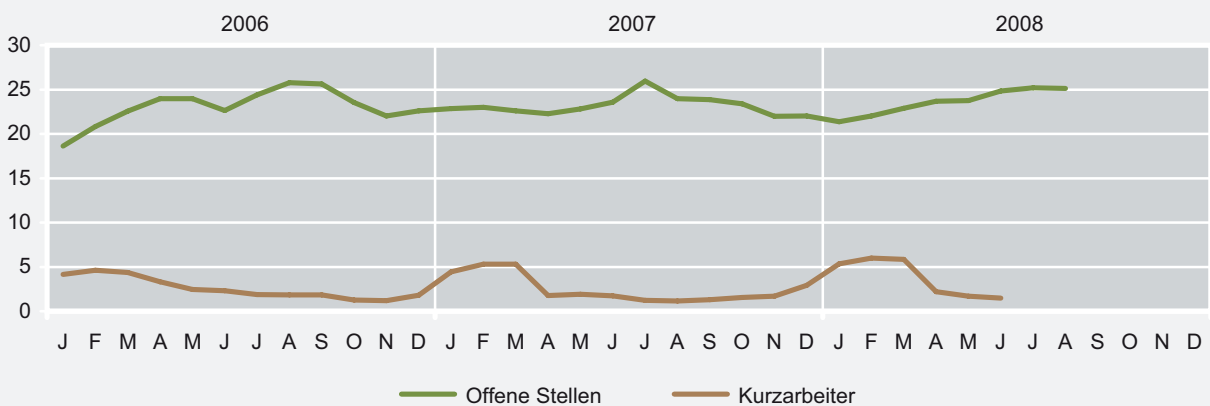
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Ab 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

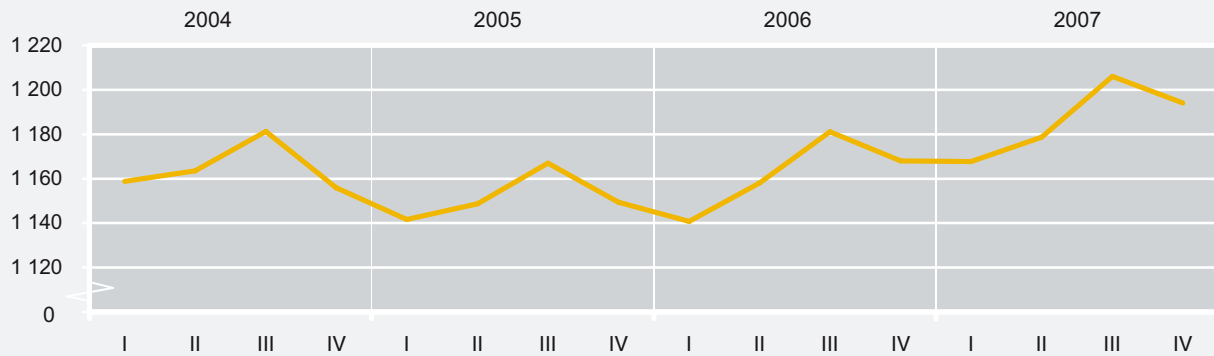
Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

in 1 000

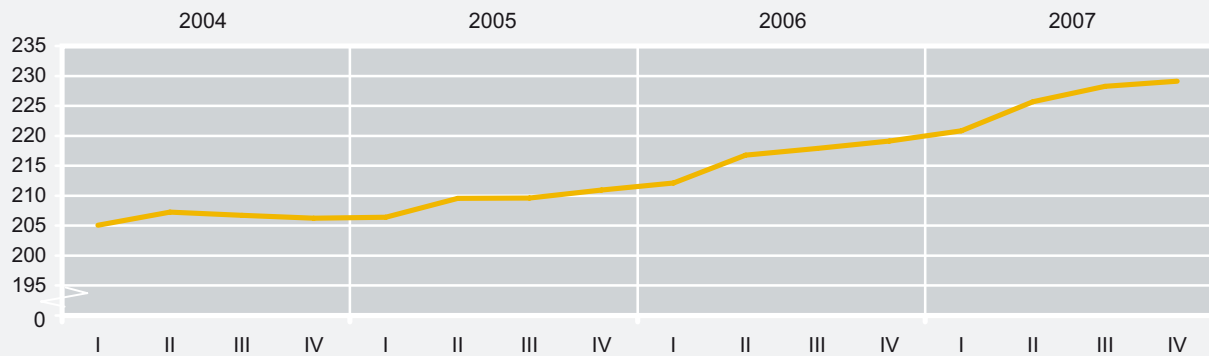


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz in 1 000

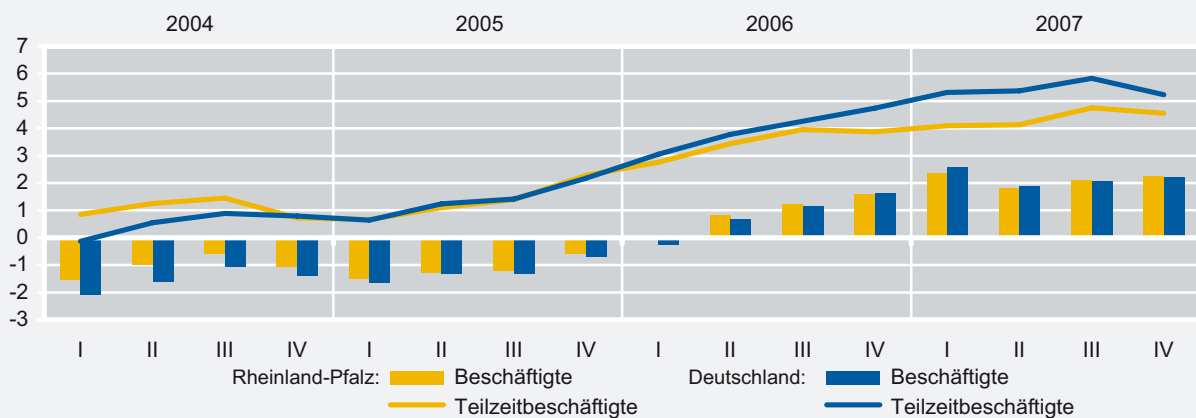


Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

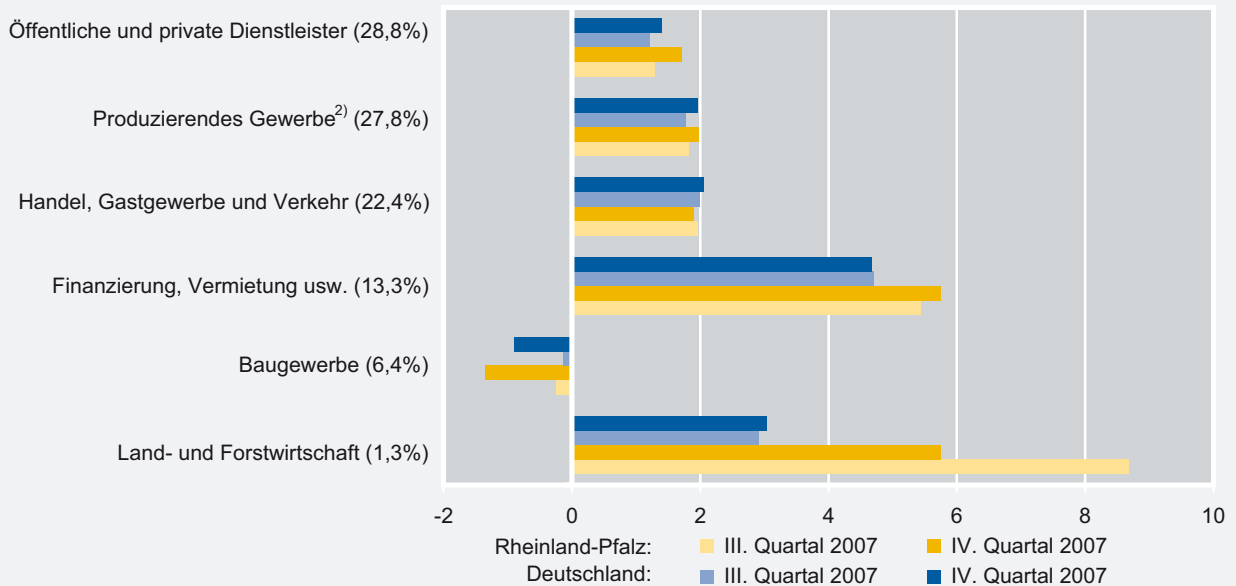
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

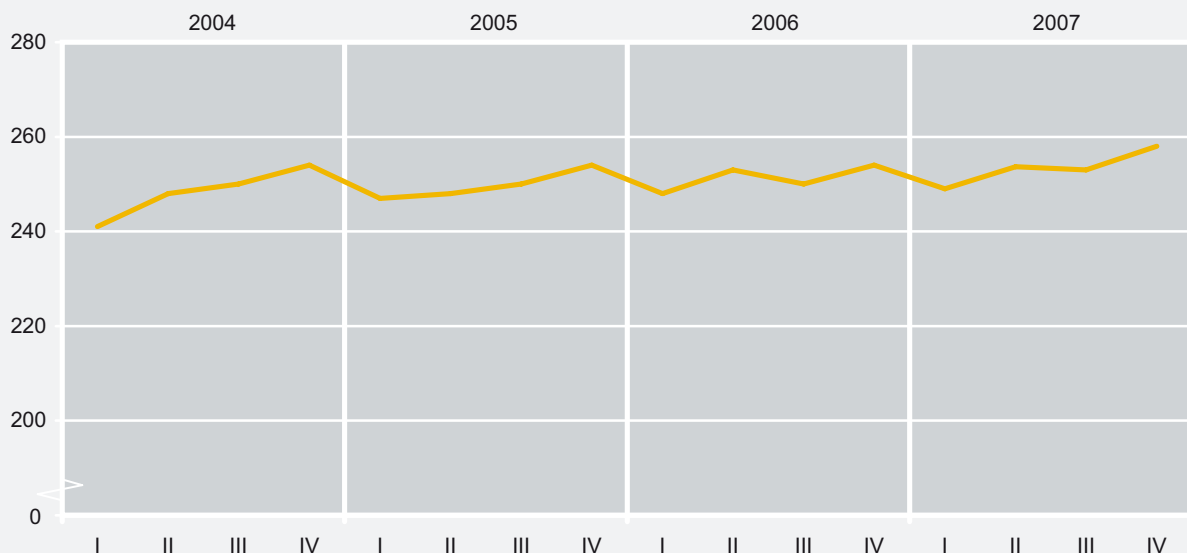
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2007. – 2) Ohne Baugewerbe.

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz in 1 000

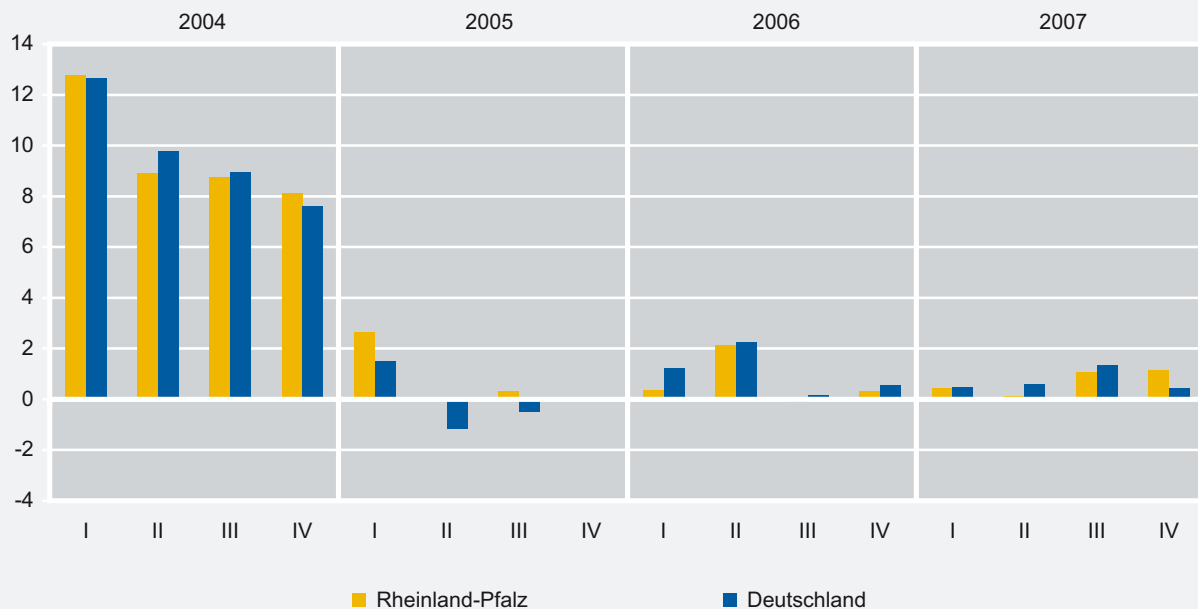


1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

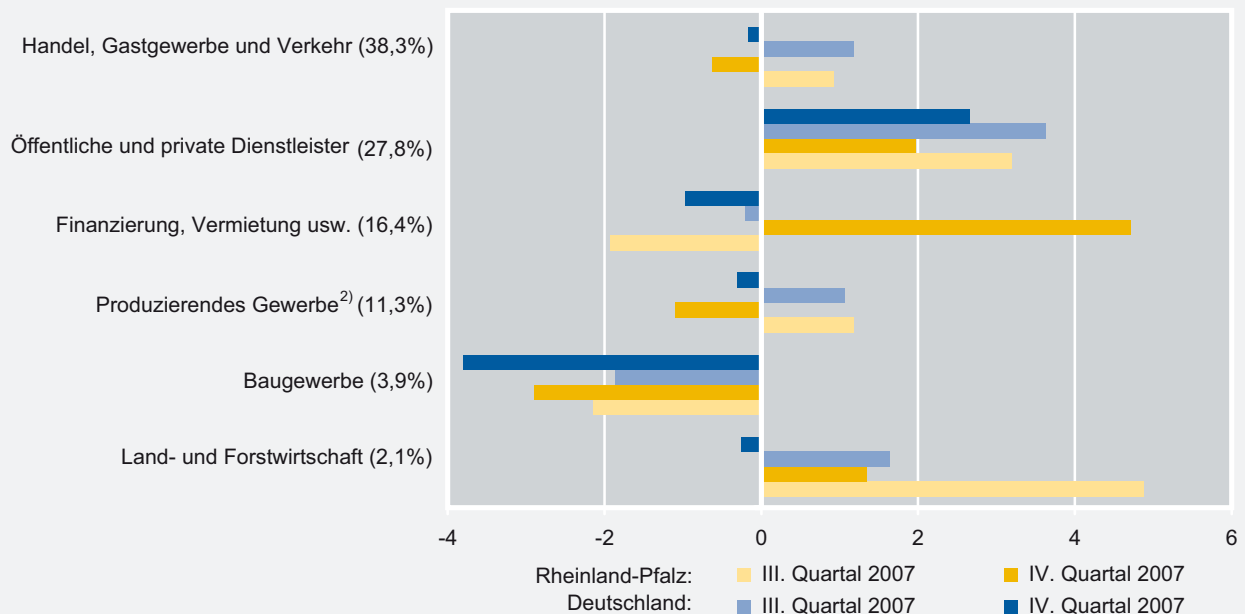
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2007. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 29. August 2008.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. $2000=100$) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren

(steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmer-tätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschränkt ist.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturerwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerech-

neten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzu-beziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein

Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



37	1.279.036	20.053.663	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
81	1.474.661	22.438.521	4.092.465
	1.789.099	21.687.249	4.004.960

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 053 ¹⁾	4 046 ¹⁾	4 051	4 051	4 050	4 044	4 043	4 041	...
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	312 ¹⁾	314	315	315	313	313	313	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 667	1 629	661	1 097	1 051	431	741	868	...
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 646	2 711	2 457	2 649	2 378	2 228	2 542	2 405	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	7,8	8,0	7,9	7,7	7,1	6,5	7,9	7,0	...
Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 498	3 514	3 367	3 854	3 698	3 765	3 567	3 723	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,4	10,4	10,8	11,2	11,1	11,0	11,1	10,8	...
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	12	13	10	8	13	6	12	8	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,3	4,6	4,1	3,0	5,5	2,7	4,7	3,3	...
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 852	- 802	- 910	- 1 205	- 1 320	- 1 537	- 1 025	- 1 318	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,4	- 2,9	- 3,5	- 4,0	- 4,5	- 3,2	- 3,8	...
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 220	7 931	6 463	7 654	7 894	8 294	6 655	7 143	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 462	2 595	2 168	2 778	2 631	2 901	2 337	2 312	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 871	7 734	6 404	7 206	7 317	8 163	7 042	7 919	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 169	2 338	2 132	2 179	1 992	2 381	2 378	2 738	...
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. -verlust (-)	Anzahl	349	197	59	448	577	131	- 387	- 776	...
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 477	12 402	10 998	12 622	12 139	13 729	11 180	11 954	...
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte ^{8) 9)}	Einheit	2004	2005	2006			2007			
		30.6.		31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 164	1 149	1 141	1 158	1 181	1 168	1 168	1 179	1 206
* Frauen	1 000	522	519	518	521	530	526	525	527	540
* Ausländer/-innen	1 000	70	68	67	70	71	68	70	73	76
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	207	210	212	217	218	219	221	226	228
* darunter Frauen	1 000	181	183	184	187	188	189	191	195	197
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	12	14	15	12	14	15	16
* produzierendes Gewerbe										
ohne Baugewerbe	1 000	333	325	320	322	327	326	326	328	333
* Baugewerbe	1 000	77	74	69	74	77	75	74	75	77
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	262	258	256	260	267	263	261	264	272
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	142	143	145	150	154	152	153	157	162
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	336	335	337	337	341	341	340	339	345

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2006	2007			2008			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Arbeitslose	Anzahl	162 951	133 676	129 666	133 360	131 935	114 502	111 871	116 302
* Frauen	Anzahl	78 698	67 361	65 933	68 783	68 787	57 010	56 781	59 537
* Männer	Anzahl	84 253	66 315	63 733	64 577	63 148	57 492	55 090	56 765
darunter									
Bauberufe	Anzahl	6 562	4 865	4 419	4 300	4 220	4 168	3 677	3 566
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	41 059	33 587	32 218	32 441	32 397	28 980	27 652	28 285
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	9,0	7,3	7,1	7,3	7,2	6,2	6,0	6,3
* Frauen	%	9,1	7,7	7,6	7,9	7,9	6,5	6,4	6,7
* Männer	%	8,8	6,9	6,6	6,7	6,6	5,9	5,7	5,9
* Ausländer/-innen	%	20,0	16,6	16,3	16,4	16,1	14,7	14,3	14,4
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,9	6,7	6,0	7,8	8,0	5,0	5,3	6,6
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 589	2 527	1 731	1 217	1 167	1 696	1 494	...
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 047	23 191	23 572	25 950	23 968	23 746	24 854	25 216
darunter									
Bauberufe	Anzahl	1 316	1 372	1 211	1 280	1 365	1 582	1 527	1 703
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 912	8 078	8 219	10 459	8 317	7 964	8 728	9 429
BAUTÄTIGKEIT									
(Baugenehmigungen)									
Baugenehmigungen für Wohngebäude									
	Einheit	2006	2007			2008			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Wohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	738	469	448	537	535	414	531	507
davon mit ...									
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	707	448	428	518	516	389	511	487
3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	31	21	20	19	19	25	20	20
davon									
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	1	-	1	2	-	1	1	-
tionen ohne Erwerbszweck									
Unternehmen	Anzahl	87	68	48	59	76	36	64	87
private Haushalte	Anzahl	650	400	399	476	459	377	466	420
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 011	673	637	684	671	566	716	640
* Umbauter Raum	1 000 m ³	717	468	457	524	503	415	504	450
* Wohnfläche	1 000 m ²	132	87	84	95	93	76	94	84
Wohnräume	Anzahl	5 701	3 688	3 582	4 114	3 841	3 233	4 058	3 607
* Veranschlagte Kosten der									
Bauwerke	Mill. EUR	167	114	111	128	123	100	123	112
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude									
* Nichtwohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	126	133	118	125	148	114	155	120
davon									
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	11	12	7	9	11	16	14	14
tionen ohne Erwerbszweck									
Unternehmen	Anzahl	107	115	103	114	132	94	137	102
private Haushalte	Anzahl	7	6	8	2	5	4	4	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	38	14	9	15	12	14	11	15
* Umbauter Raum	1 000 m ³	767	980	1 333	940	786	1 487	892	782
* Nutzfläche	1 000 m ²	109	124	137	119	118	142	135	121
* Veranschlagte Kosten der									
Bauwerke	Mill. EUR	68	76	82	69	67	141	89	86
Genehmigte Wohnungen									
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)									
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-									
nahmen an bestehenden									
Gebäuden)	Anzahl	1 183	783	695	764	775	640	913	743
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 603	4 336	4 248	4 759	4 497	3 822	5 042	4 250

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. Die aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT		Einheit	2006	2007			2008			
			Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 757	10 823	10 257	10 534	10 155	10 602	11 041	10 458	9 547
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 630	2 513	2 283	2 326	2 193	2 490	2 604	2 299	2 022
* Kälber	t	17	17	19	15	10	24	17	17	9
* Schweine	t	8 012	8 211	7 875	8 108	7 880	8 009	8 354	8 060	7 449
* Eierzeugung ²⁾	1 000	9 968	10 036	10 378	10 068	9 128	10 851	10 239	10 059	9 721
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	61 736	62 486	65 118	68 174	64 219	64 731	63 099	62 269	57 558
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	1 000	1 027	1 026	1 026	1 024	1 060	1 061	1 059	1 055
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	240 629	246 471	243 963	244 521	245 187	253 148	253 602	253 836	254 374
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	30 896	31 517	30 497	31 530	31 080	31 263	34 902	31 670	32 824
* Entgelte ⁵⁾	Mill. EUR	814	850	830	1 067	873	831	893	1 097	904
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 774	6 305	6 088	6 497	6 520	6 452	7 214	6 817	7 063
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶⁾	Mill. EUR	3 063	3 322	3 321	3 498	3 432	3 381	3 772	3 546	3 654
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 614	1 840	1 692	1 857	1 975	1 968	2 195	2 088	2 211
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	111	106	87	91	98	110	125	110	108
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	986	1 037	988	1 051	1 016	993	1 122	1 073	1 090
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 912	2 005	2 022	2 149	2 048	2 004	2 285	2 174	2 185
Fahrzeugbau	Mill. EUR	937	1 042	931	1 046	1 102	1 090	1 278	1 255	1 275
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 851	3 170	3 099	3 356	3 329	3 257	3 673	3 490	3 524
Exportquote ⁷⁾	%	49,4	50,3	50,9	51,7	51,1	50,5	50,9	51,2	49,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)										
2000=100		123,9	138,1	132,7	133,7	138,1	137,1	144,4	129,2	133,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	118,2	125,2	123,9	128,4	130,3	127,9	139,6	129,8	137,5
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	130,2	161,6	147,5	145,1	150,4	149,2	146,6	129,2	126,6
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	133,2	141,5	142,6	143,3	154,1	147,8	164,9	149,9	162,3
Fahrzeugbau	2000=100	133,8	173,6	153,7	152,8	160,6	144,2	132,9	123,5	102,5
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ⁸⁾	Anzahl	86	103	103	103	103	111	111	111	111
* Beschäftigte ^{4) 8)}	Anzahl	10 058	9 860	9 817	9 824	9 835	9 882	9 870	9 886	9 888
* Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000 h	1 264	1 241	1 193	1 243	1 213	1 183	1 380	1 176	1 274
* Brutto- und gehaltssumme ⁸⁾	Mill. EUR	34	34	38	33	33	31	41	36	33
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	757	776	669	633	826	801	833	713	638
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	741	760	656	619	808	786	818	695	620

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Entgelte = Brutto- und gehaltssumme. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Entgelte = Brutto- und Gehaltssumme. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe		Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾											
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	36 480	36 559	36 354	36 773	36 977	35 619	35 697	35 863	36 402	
* Geleistete Arbeitsstunden davon	1 000 h	3 639	3 702	3 776	4 030	3 997	3 106	4 036	3 662	4 117	
* Wohnungsbau	1 000 h	1 547	1 523	1 581	1 687	1 641	1 310	1 588	1 502	1 628	
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	856	862	828	905	933	780	976	867	991	
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 194	1 317	1 367	1 438	1 423	1 016	1 472	1 293	1 498	
darunter Straßenbau	1 000 h	613	652	718	723	679	488	766	707	809	
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	81	82	81	85	83	71	83	82	84	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	349	344	280	338	353	290	339	356	412	
* Wohnungsbau	Mill. EUR	116	112	92	114	110	108	111	127	125	
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	94	91	78	91	101	86	99	98	113	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	139	142	110	133	142	96	128	131	174	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	67	65	51	64	63	40	56	59	79	
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe ^{5) 6)}											
Einheit		2006	2007	2006	2007				2008		
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
Betriebe ⁷⁾	Anzahl	304	297	302	302	297	293	294	313	...	
* Beschäftigte ^{2) 7)}	Anzahl	11 059	11 384	11 215	11 264	11 245	11 560	11 468	11 876	...	
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 524	3 674	3 721	3 583	3 593	3 774	3 745	3 686	...	
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	75	78	81	74	76	78	85	79	...	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	274	276	410	216	255	284	351	230	...	
HANDEL ⁸⁾											
Großhandel ^{9) 9)}											
Einheit		2006	2007				2008				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Beschäftigte	2003=100	113,4	115,6	116,0	116,7	113,9	112,5	112,7	112,6	113,1	
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	126,1	122,5	126,6	126,4	116,9	115,1	114,5	114,1	113,2	
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	119,7	119,2	117,5	125,0	120,8	116,5	132,1	121,7	124,9	
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	111,3	107,9	106,6	113,2	109,4	101,3	113,9	103,0	105,9	
Einzelhandel ^{11) 11)}											
* Beschäftigte	2003=100	109,8	116,4	115,4	115,5	116,0	116,6	115,5	115,5	115,6	
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	112,1	118,8	117,7	117,7	118,6	119,3	117,6	118,0	118,4	
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	109,7	119,1	121,3	118,3	117,4	120,8	123,1	125,4	117,0	
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	108,1	116,0	118,2	115,1	114,7	114,9	116,8	118,6	111,3	
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{12) 12)}											
* Beschäftigte	2003=100	98,6	106,6	106,5	106,8	106,8	104,4	105,0	105,1	105,7	
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	97,4	109,3	110,0	110,7	110,1	108,0	108,2	105,7	107,5	
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	118,4	115,0	118,3	120,2	121,2	116,4	132,7	122,4	123,2	
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	113,9	107,5	110,8	112,4	113,4	107,2	122,1	112,2	113,0	
GASTGEWERBE ^{13) 13)}											
* Beschäftigte	2003=100	110,8	119,1	119,7	123,1	123,9	116,6	121,0	123,0	123,2	
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	121,1	130,5	132,0	136,6	136,8	127,4	134,8	135,5	136,0	
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	99,5	108,3	110,0	117,4	116,5	96,3	103,4	120,6	115,8	
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	96,4	102,2	105,0	111,5	109,6	89,1	96,3	111,7	106,8	

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 7) Am Ende des Berichtsjahres. – 8) Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Änderung des Berichtskreises. – 9) Einschließlich Handelsvermittlung. – 10) Ohne Umsatzsteuer. – 11) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 12) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾										
	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gästeankünfte	1 000	600	617	600	748	778	468	584	836	730
* darunter von Auslandsgästen	1 000	141	143	141	169	173	98	135	190	181
* Gästeübernachtungen	1 000	1 660	1 674	1 646	1 999	2 044	1 297	1 453	2 237	1 905
* darunter von Auslandsgästen	1 000	405	403	355	470	468	232	340	533	494
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 056	2 082	1 997	2 174	2 356	1 725	1 785	1 925	2 162
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 347	1 384	1 265	1 637	1 585	1 079	1 044	1 256	1 570
* Getötete Personen	Anzahl	22	18	16	17	16	13	19	25	16
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	12	10	8	6	11	8	14	15	8
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	4	3	8	3	-	1	6	4
Radfahrer	Anzahl	2	1	1	1	1	2	2	2	3
Fußgänger	Anzahl	2	2	3	2	1	2	1	2	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 745	1 795	1 625	2 106	2 050	1 431	1 384	1 645	2 001
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	329	338	287	425	421	241	260	269	430
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	153	159	158	150	192	120	140	139	131
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	79	83	52	163	116	42	42	58	166
Radfahrer	Anzahl	45	47	30	68	59	23	26	28	85
Fußgänger	Anzahl	37	34	34	30	36	38	36	34	34
Kraftfahrzeuge ³⁾										
	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 333	12 830	13 237	14 717	14 680	14 060	13 649	14 787	15 748
darunter										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	797	825	1 401	1 292	1 025	1 149	1 209	1 335	1 364
Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	12 247	10 673	10 498	11 994	12 233	11 484	11 052	12 010	12 864
* Lastkraftwagen	Anzahl	910	954	915	1 005	1 043	921	945	956	1 032
* Zugmaschinen	Anzahl	302	302	347	344	331	395	376	385	392
Personenbeförderung										
	Einheit	2006	2007	2006	2007			2008		
		Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 993	62 850	64 030	66 305	63 828	56 783	64 485	65 513	63 191
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	588	583	658	589	584	506	654	585	579
Binnenschifffahrt										
	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Gütereingang	1 000 t	1 191	1 142	1 104	1 179	1 098	1 092	1 082	1 095	1 153
* Güterversand	1 000 t	901	959	1 051	975	1 067	977	1 018	1 045	977
AUSSENHANDEL ⁶⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel) ⁷⁾										
* Insgesamt	Mill. EUR	3 026	3 391	3 328	3 293	3 457	3 539	3 833	4 056	3 559
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	198	219	211	215	226	228	251	274	254
* Güter der gewerbbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 681	3 012	2 952	2 920	3 066	3 145	3 406	3 587	3 128
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	20	21	21	19	16	22	19	25
* Halbwaren	Mill. EUR	119	130	129	131	139	126	149	156	148
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 544	2 862	2 803	2 767	2 909	3 003	3 234	3 411	2 956
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	817	894	881	899	897	913	1 023	909	857
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 727	1 968	1 922	1 869	2 012	2 090	2 212	2 503	2 099

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Einheit	2006	2007			2008				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 222	2 527	2 586	2 503	2 633	2 643	2 800	3 074	2 769
* darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	1 941	2 210	2 271	2 185	2 274	2 303	2 435	2 697	2 445
Belgien	Mill. EUR	160	183	186	177	175	172	206	204	192
Luxemburg	Mill. EUR	47	48	43	50	51	40	57	48	54
Dänemark	Mill. EUR	42	49	45	45	55	49	44	57	74
Finnland	Mill. EUR	23	28	32	27	29	31	29	32	30
Frankreich	Mill. EUR	339	372	403	391	402	415	426	482	408
Griechenland	Mill. EUR	39	41	31	43	50	37	51	55	48
Großbritannien	Mill. EUR	240	245	244	245	246	228	231	259	243
Irland	Mill. EUR	16	15	16	17	13	14	16	16	12
Italien	Mill. EUR	232	268	289	276	293	265	269	281	281
Niederlande	Mill. EUR	159	198	212	176	191	227	241	249	238
Österreich	Mill. EUR	133	145	154	141	135	152	165	183	152
Schweden	Mill. EUR	51	67	68	59	66	64	71	90	69
Spanien	Mill. EUR	183	210	200	204	212	229	240	281	227
Portugal	Mill. EUR	20	22	20	23	25	24	34	29	28
* Afrika	Mill. EUR	72	74	76	67	74	72	70	86	79
* Amerika	Mill. EUR	377	396	324	372	350	386	524	428	296
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	284	295	241	277	253	294	421	309	189
* Asien	Mill. EUR	326	364	322	329	371	409	410	434	392
darunter nach Japan	Mill. EUR	49	56	39	44	60	57	44	44	39
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	29	30	19	22	30	29	30	34	23
Einfuhr (Generalhandel) ²⁾										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 965	2 158	2 166	2 180	2 145	2 200	2 307	2 360	2 263
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	170	188	185	190	226	168	202	190	215
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 626	1 786	1 796	1 804	1 722	1 859	1 914	1 978	1 862
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	80	93	107	89	76	114	111	121	129
* Halbwaren	Mill. EUR	226	237	221	220	262	240	224	246	291
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 320	1 456	1 468	1 495	1 384	1 505	1 579	1 611	1 442
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	347	416	418	434	431	440	429	402	384
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	973	1 040	1 051	1 062	953	1 064	1 150	1 209	1 058
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 508	1 652	1 664	1 676	1 674	1 673	1 783	1 796	1 716
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 346	1 428	1 434	1 447	1 499	1 411	1 532	1 533	1 472
Belgien	Mill. EUR	243	256	235	264	260	226	251	243	261
Luxemburg	Mill. EUR	36	44	46	45	49	33	38	42	34
Dänemark	Mill. EUR	29	43	48	46	44	27	38	21	45
Finnland	Mill. EUR	10	12	12	10	11	9	9	12	9
Frankreich	Mill. EUR	234	246	265	259	253	274	273	300	239
Griechenland	Mill. EUR	5	6	5	4	9	6	7	5	8
Großbritannien	Mill. EUR	63	70	76	77	74	59	73	57	60
Irland	Mill. EUR	13	11	6	14	17	5	9	7	8
Italien	Mill. EUR	128	135	130	143	144	133	152	137	132
Niederlande	Mill. EUR	232	238	237	205	260	206	283	252	301
Österreich	Mill. EUR	63	66	66	61	67	82	61	101	61
Schweden	Mill. EUR	50	43	54	44	46	49	63	56	43
Spanien	Mill. EUR	72	81	87	102	79	105	80	80	69
Portugal	Mill. EUR	11	11	13	12	13	12	16	16	13
* Afrika	Mill. EUR	32	32	34	26	28	37	25	44	33
* Amerika	Mill. EUR	204	209	220	199	225	199	243	234	240
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	150	146	154	136	137	154	163	163	161
* Asien	Mill. EUR	216	260	241	272	212	284	253	282	268
darunter aus Japan	Mill. EUR	27	26	25	28	29	23	32	27	25
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	8	6	6	6	3	4	5
GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾										
	Einheit	2006	2007			2008				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 707	3 462	3 364	3 409	3 483	3 396	3 575	3 037	3 202
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 958	2 920	2 421	2 670	2 707	3 073	2 921	2 547	2 840

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN		Einheit	2006	2007			2008			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Insgesamt	Anzahl	611	615	594	612	623	585	638	578	621
davon										
* Unternehmen	Anzahl	132	115	130	115	129	94	113	116	97
* Verbraucher	Anzahl	336	371	349	363	343	351	366	331	399
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	129	114	103	116	134	124	139	116	110
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	14	15	12	18	17	16	20	15	15
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	131	99	104	97	124	102	128	133	70

HANDWERK ²⁾		Einheit	2006	2007	2006	2007			2008	
		Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	91,7	94,2	92,7	92,6	93,8	95,5	95,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	101,8	102,3	122,4	84,6	102,3	105,1	117,1

PREISE		Einheit	2006	2007			2008			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Verbraucherpreisindex	2005=100	101,4	103,5	103,2	103,8	103,7	106,2	106,6	107,3	106,8

VERDIENSTE ⁶⁾		Einheit	2006	2007	2006	2007			2008	
		Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Bruttomonatsverdienste ⁶⁾ der vollzeit-										
beschäftigten Arbeitnehmer ⁷⁾ im										
produzierenden Gewerbe und Dienst-										
leistungsbereich	EUR	...	3 303	...	2 942	2 987	2 979	3 017	3 036	3 078
* männlich	EUR	...	3 514	...	3 108	3 167	3 160	3 201	3 213	3 261
* weiblich	EUR	...	2 735	...	2 486	2 504	2 498	2 524	2 564	2 586
* produzierendes Gewerbe	EUR	...	3 517	...	3 074	3 138	3 137	3 179	3 172	3 231
männlich	EUR	...	3 627	...	3 165	3 234	3 238	3 281	3 268	3 336
weiblich	EUR	...	2 910	...	2 564	2 597	2 591	2 617	2 653	2 666
* Bergbau und Gewinnung von										
Steinen und Erden	EUR	...	3 417	...	3 087	3 138	3 195	3 149	3 100	3 150
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	...	3 585	...	3 132	3 184	3 174	3 214	3 224	3 274
* Energie- u. Wasserversorgung	EUR	...	4 686	...	3 913	3 948	4 019	4 085	4 003	4 086
* Baugewerbe	EUR	...	2 823	...	2 520	2 667	2 690	2 744	2 636	2 753
* Dienstleistungsbereich ⁸⁾	EUR	...	3 082	...	2 805	2 833	2 817	2 849	2 895	2 918
männlich	EUR	...	3 351	...	3 025	3 071	3 048	3 085	3 133	3 153
weiblich	EUR	...	2 664	...	2 454	2 467	2 460	2 487	2 527	2 552
* Handel; Instandhaltung										
und Reparatur von Kfz										
und Gebrauchsgütern	EUR	...	3 127	...	2 788	2 857	2 861	2 854	2 909	2 924
* Gastgewerbe	EUR	...	2 029	...	2 005	1 939	1 930	1 987	1 989	1 978
* Verkehr und Nachrichten-										
übermittlung	EUR	...	2 695	...	2 491	2 501	2 478	2 548	2 551	2 554
* Kredit- u. Versicherungsgewerbe	EUR	...	4 256	...	3 614	3 573	3 607	3 644	3 672	3 729
* Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	EUR	...	2 858	...	2 643	2 655	2 610	2 631	2 737	2 778
* Erziehung und Unterricht	EUR	...	3 166	...	2 939	2 939	2 939	2 939	2 994	3 011
* Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	EUR	...	3 248	...	2 961	3 015	3 031	3 071	3 042	3 089
* Erbringung von sonstigen, öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	EUR	...	3 072	...	2 924	2 932	2 895	2 923	2 980	3 008

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Quartalswerte ohne Sonderzahlungen; Jahresdurchschnittswerte mit Sonderzahlungen. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Quartalswerte ohne Sonderzahlungen; Jahresdurchschnittswerte mit Sonderzahlungen. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

GELD UND KREDIT ¹⁾

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2005	2006		2007				2008	
		Durchschnitt		31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 220	117 762	118 057	117 898	118 796	120 405	119 738	120 076	120 250
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 276	12 617	12 396	12 510	12 528	13 577	12 969	13 710	13 324
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 331	9 451	9 468	9 608	10 105	10 841	11 113	11 348	11 639
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	94 614	95 694	96 193	95 780	96 163	95 987	95 656	95 018	95 287
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	110 708	111 464	111 637	111 323	111 587	112 103	110 629	110 247	110 068
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	96 206	97 528	97 784	97 677	98 388	99 491	98 235	98 193	98 580
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	14 503	13 936	13 853	13 646	13 199	12 612	12 394	12 054	11 488
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 512	6 298	6 420	6 575	7 209	8 302	9 109	9 829	10 182
Einlagen u. aufgenommene										
Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	93 933	97 350	99 307	97 596	99 893	100 378	102 981	103 616	102 920
Sichteinlagen	Mill. EUR	26 954	28 338	28 752	27 753	29 609	29 861	30 171	29 936	29 385
Termineinlagen	Mill. EUR	30 217	32 833	34 559	34 255	35 041	35 582	37 936	39 228	39 516
Sparbriefe	Mill. EUR	5 317	5 702	6 051	6 577	7 086	7 639	8 192	8 531	8 839
Spareinlagen	Mill. EUR	31 446	30 477	29 945	29 011	28 157	27 296	26 682	25 921	25 180
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	90 659	93 977	96 139	94 595	96 440	97 325	99 273	99 741	100 077
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	88 986	91 680	93 016	91 950	93 879	94 929	96 736	97 369	97 519
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	1 674	2 297	3 123	2 645	2 561	2 396	2 537	2 372	2 558
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 274	3 373	3 168	3 001	3 453	3 053	3 708	3 875	2 843

STEUERN**Aufkommen nach
Steuerarten**

STEUERN	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 379	2 807	2 825	3 099	2 467	2 696	3 270	3 178	2 584
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	824	888	978	1 203	536	865	1 146	1 240	617
Lohnsteuer	Mill. EUR	591	637	875	573	521	470	947	596	548
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	112	128	349	-	-	-	414	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	87	91	- 13	390	- 61	- 1	25	400	8
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	39	50	26	28	42	370	47	42	35
Zinsabschlag	Mill. EUR	27	38	90	11	22	21	103	17	26
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	10	15	72	-	3	-	80	0	3
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	80	71	- 1	200	12	4	24	184	- 0
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	Mill. EUR	5	1	3	-	-	-	- 7	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 554	1 920	1 847	1 896	1 931	1 831	2 124	1 938	1 967
Umsatzsteuer	Mill. EUR	372	430	465	441	453	356	451	434	426
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 183	1 489	1 382	1 455	1 478	1 475	1 674	1 504	1 541
Zölle	Mill. EUR	150	156	145	158	160	141	151	147	152
Bundessteuern	Mill. EUR	78	78	64	98	62	78	69	104	66
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	32	28	26	26	26	23	25	29	26
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	38	39	28	62	26	45	34	65	31

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN		2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Landessteuern	Mill. EUR	87	97	87	87	87	95	126	90	99
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	- 0	0	0	- 0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	14	19	11	11	10	16	47	13	23
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	19	19	18	17	17	19	20	17	20
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	39	41	42	38	44	47	42	40	40
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	10	14	12	13	11	12	14	12	12
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	4	0	0	- 1	4	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	4	3	2	3	3	3
		2006		2007			2008			
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Gemeindesteuern	Mill. EUR	509	516	463	501	579	483	503	530	...
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	4	4	4	5	6	3	4	...
Grundsteuer B	Mill. EUR	103	104	94	94	112	116	96	95	...
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	392	399	359	395	450	352	397	423	...
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	10	9	6	8	12	9	7	8	...
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	716	753	785	635	768	722	886	669	...
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	311	320	242	351	379	261	290	381	...
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	257	281	393	160	229	295	441	163	...
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	30	34	46	18	32	35	50	17	...
		2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	655	733	741	983	600	731	854	902	636
Landessteuern	Mill. EUR	87	97	87	87	87	95	126	90	99
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	304	331	352	458	174	344	423	479	205
Lohnsteuer	Mill. EUR	199	219	307	193	171	150	335	204	183
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	37	39	- 5	166	- 26	- 0	11	170	4
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	16	21	11	- 6	14	183	20	6	7
Zinsabschlag	Mill. EUR	12	17	39	5	9	9	45	8	12
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	40	35	- 1	100	6	2	12	92	- 0
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	242	286	291	438	277	238	297	334	278
Umsatzsteuer	Mill. EUR	176	211	208	370	203	171	216	247	205
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	66	75	83	68	74	67	82	87	73
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	6	6	3	-	18	12	2	-	12
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	3	2	1	-	7	6	1	-	6
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	11	10	6	-	32	29	4	-	30
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	1	-	7	6	1	-	6
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 252	1 485	1 459	1 628	1 331	1 447	1 675	1 658	1 371
Bundessteuern	Mill. EUR	78	78	64	98	62	78	69	104	66
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	359	386	418	528	231	395	493	544	265
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	809	1 016	973	1 002	1 020	961	1 111	1 011	1 027
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	3	-	18	12	2	-	12

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

August

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2007 (Ergebnisse des Mikrozensus)
Bestellnr.: A1053 200700

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Personal und Personalstellen an Hochschulen sowie Neuhabilitierte 2007
Bestellnr.: B3043 200700

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen Mai 2008
Bestellnr.: D1023 200805

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juni 2008
Bestellnr.: E1023 200806

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Juni 2008
Bestellnr.: E1033 200806

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Mai 2008
Bestellnr.: E4023 200805

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Bestand und Struktur der Wohnungen – Wohnsituation der Haushalte 2006 – Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung
Bestellnr.: A1073 200601

Verkehr

Zulassungen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen sowie Fahrerlaubnisprüfungen 2007
Bestellnr.: H1043 200700

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im Juli 2008
Bestellnr.: M1013 200807

Gesamtrechnungen

Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992 bis 2006
Bestellnr.: P1053 200600

Umwelt

Daten zur Abfallwirtschaft 2006
Bestellnr.: Q2023 200600
Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen 2007
Bestellnr.: Q1053 200700

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im Juni 2008
Bestellnr.: G1023 200806
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Mai 2008
Bestellnr.: G4023 200805

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Mai 2008
Bestellnr.: Z1013 200805
Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe August 2008
Bestellnr.: Z2201 200807

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Faltblatt – Mikrozensus 2007/2008 (kostenfreier Download unter www.statistik.rlp.de)

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder – Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse – Ausgabe 2008 – (Druckversion gegen Schutzgebühr)
Bestellnr.: P1115 200800

E-Mail-Versand (kostenfrei): Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1996 bis 2006 – VGR der Länder: Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2
Bestellnr.: P1325E 200800

E-Mail-Versand (kostenfrei): Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1995 bis 2006 – VGR der Länder: Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3
Bestellnr.: P1335E 200600

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Layout und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Hans Ulrich Weidenfeller und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2008

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.